

Nummer 143 März/April

NO MEANS NO!!

fight sexism!

Vorwort

Viele werden es bemerkt haben. Wir sind diesen Monat relativ spät erschienen. Der Grund liegt nicht an unserer Frühjahrsmüdigkeit, sondern größeren strukturellen Problemen, die das Projekt mittelfristig durchaus bedrohen. Durch unsere verdeckte Erscheinungsform, um z.B. auch militante Diskussionen zu ermöglichen, werden viele Dinge im Produktionsprozess schwieriger, langsamer und auch umständlicher. Nicht zuletzt aber auch teuerer. Dies ist neben generellen und technischen Problemen, ein wesentlicher Punkt unserer Schwierigkeiten.

Wir haben verschiedene Möglichkeiten diskutiert, dies zu beheben. Eine war, einen Unkostenbeitrag zu erheben und die Zeitung für 50 Cent oder so zu vertreiben. Was wir an der Zeitung aber sehr schätzen ist ihr hoher Verbreitungsgrad mit ca. 2000 Exemplaren. Durch einen Wechsel von einem kostenlosen Blatt, hin zu einem "kommerziellen Blatt" würde sich die Auflage der Zeck sicherlich auf wenige hundert reduzieren. Dies würde bedeuten, in Bezug auf die Verbreitung, zu einem innerlinken Vereinsblatt zu werden, das im Sumpf der eigenen Zielgruppe verbleibt. Viel lieber sind und bleiben wir da ein Vereinsblatt mit dem Anspruch, linke Streit(un)kultur, Diskussionen und Positionen in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen.

Damit auch ihr in Zukunft dazu beitragen könnt, haben wir folgende Möglichkeit erwogen: Besorgt uns Werbung! Eine Anzeige in der Zeck kostet pro Ausgabe 50.- Euro. Für drei Ausgaben 120.- Euro und für 6 Ausgaben 200.- Euro. Schickt dann einfach das Geld und die Anzeige per Post an unser Postadresse oder legt beides in unser Postfach im Schwarzmarkt. Des weiteren freuen wir uns natürlich auch über Spenden oder Solipartys.

Wir danken euch im Übrigen für eure vielen Zusendungen. Unser Postkasten ist aus allen Nähten geplatzt. Leider hat uns dies dazu gezwungen, einige Texte aus dem Heft zu werfen und so haltet ihr eine echte und selbstverschuldete Bleiwüste in den Händen.

Zur Vergewaltigungsdebatte und insbesondere zu dem Text "Jetzt Gilt's" haben uns zahlreiche Texte erreicht. In diesem Zusammenhang werden auch wir als Redaktion kritisiert. Den Abdruck des Textes halten wir dabei nach wie vor für richtig. Dazu einige grundsätzliche Anmerkungen: Wir verstehen die Zeck als spektrenübergreifendes Medium und tun uns grundsätzlich schwer damit, uns zugeschickte Texte nicht abzudrucken. Selbst wenn wir gänzlich anderer Haltung sind, entscheiden wir uns im Regelfall für einen Abdruck. Vor allem deswegen, damit vorhandene Widersprüche in der Bewegung nicht einfach ausgeblendet werden. Aber auch um ein Klima zu befördern, das weitergehende inhaltliche Diskussionen möglich macht. Im Zweifelsfall bringen wir unsere "Bauchschmerzen" mit einer Anmerkung oder im Vorwort zum Ausdruck. So geschehen bei "Jetzt Gilt's".

Die inhaltliche Kritik, die diesem Vorwort entgegengebracht wird, teilen wir inzwischen weitgehend. Die Problematik solcher Vorworte entsteht in der Regel dadurch, dass uns viele eurer Texte erst sehr spät erreichen (z.T. erst am Produktionstag!), und wir diese dann, ggf. nur querlesen können. Eine gemeinsame Diskussion als Redaktion kann dann so gut wie nicht mehr stattfinden. Eine Person aus der Redaktion liest den Text dann doch noch genauer und stellt ihn dann noch kurz der Redaktion vor. Wirklich von allen genau gelesen und diskutiert wird dieser, in solchen Fällen, häufig erst im Nachhinein. Entsprechend windschief gestaltete sich nach späterer eigener Wahrnehmung auch unsere Vorbemerkung. Die Beiträge, die uns zu dieser Ausgabe erreicht haben, bilden in ihren leicht unterschiedlichen Blickwinkeln auch unsere Diskussion wieder.

Das Risiko, mit Schnellschüssen daneben zu liegen, gehen wir letztlich bewusst ein, da uns die Alternative ebenfalls missfällt. Denn dies würde bedeuten, uns zugesandte Texte zurückzuhalten, bis sie in Ruhe von uns gelesen werden konnten und es einen gemeinsamen Diskussionsstand gibt. Nicht zuletzt aus Gründen unserer mehr oder weniger klandestinen Produktionsweise, ist dies oft sehr schwierig. Dies soll die angesprochene Kritik nicht abfedern, sondern lediglich darstellen, wie es zum letzten Vorwort gekommen ist.

Im übrigen versuchen wir uns als Redaktion mit Kommentierungen generell zurückzuhalten. Die Zeck sind wir alle! Die Inhalte kommen von euch und wir verwalten / gestalten im Prinzip nur den technischen Ablauf. Wenn wir Inhalte ins Heft bringen, dann aus der gleichen Perspektive wie alle anderen auch. Als Zusendung. In manchen Fällen kommen wir allerdings auch nicht drumrum, uns als politische Struktur sichtbar zu machen, uns zu Wort zu melden und damit auch kritisierbar zu machen.

eure zeck

Inhalt

Impressum

V.i.S.d.P.: Klaus Kretschmer, Rothenbaumchaussee 30, 20148 Hamburg
Kontakt: Zeck, c/o Rote Flora, Schulterblatt 71, 20357 Hamburg

Schickt uns eure Beiträge, Artikel o.ä. möglichst auf Diskette mit beiliegendem Ausdruck, am besten als Textdatei. Disketten können nicht zurückgegeben werden. Gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Redaktionsschluss: der 20. des Vormonats.
Abos: Zeck g bt es im Förderabo für 10 Euro à drei Ausgaben. Geld in einem Umschlag an: Zeck c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg. Ältere Ausgaben gibt es, soweit vorhanden, gegen eine grosszügige Spende (Briefmarken oder Geld).
Eigentumsvorbehalt: Die Zeitschrift bleibt solange Eigentum des Absenders, bis sie dem/der Gefangenen ausgehändigt worden ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem/der Gefangenen nicht oder nur teilweise ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile - und nur diese - an den Absender mit ausführlicher Begründung der Nichtaushändigung zurückzuschicken (mögen die Zensurrichter bei der Durchsicht erblinden!).
Eigendruck im Selbstverlag.

Peoples global action Infopunkt im Schwarzmarkt



Kontakt: schwarzmarkt-pga@riseup.net
Offenes Treffen jeden ersten Mittwoch im Monat ab 16h

Xosé Tarrío: „Hau ab, Mensch“ Buch und Veranstaltung

Endlich liegt die deutschsprachig Version des noch immer aktuellen Buches von Xosé Tarrío vor, in dem er seine Zeit und seine Kämpfe im spanischen Knastsystem beschreibt und für das er nicht zuletzt mit dem Leben bezahlte.
Die HerausgeberInnern schreiben: "Der lebendige Stil Xosés in Praxis und Schrift dringt ins Herz. Er lässt uns darüber die Haare raufen, was das Gefängnis fähig ist, einem Menschen anzutun und aus einem Menschen zu machen. Er erzählt uns von der Bedeutung des Kampfs, von Widerstand als einziger Chance, ein System zur Menschenvernichtung in Würde zu überleben."
1968 in La Coruña geboren macht Xosé Tarrío González einen für seine Schicht nicht seltenen Lebenslauf durch: kleinere Raubüberfalle mit vierzehn, Schwererziehbarensanstalt, Raub, Gefängnisaufenthalte, Einstieg in die Drogenszene. Mit neunzehn muss er eine anderthalbjährige Haftstrafe antreten, die, wie das Buch schockierend erklärt, in einer Haftstrafe von 71 Jahren münden wird. Als er im Mai 2003 rauskommt, engagiert er sich in der AntiKnast-Bewegung. Kurz darauf wird er wegen mutmaßlicher Beteiligung an Raubüberfällen erneut in Haft genommen, wo sich sein Gesundheitszustand aufgrund verweigerter medizinischer Versorgung zunehmend verschlechtert. Nach zwei Monaten im Koma stirbt Tarrío am 2. Januar 2005.
Xosé Tarríos Mutter, Pastora González, führt den Kampf gegen die Mörder ihres Sohnes (Gefängnis, Krankenhaus und Polizei) weiter. Zwischen dem 1. und dem 13. April wird sie in verschiedenen Städten in Österreich und Deutschland auf Infotour sein. Zeit und Ort für Hamburg stehen noch nicht fest, werden jedoch bald über Flyer und Bewegungsmelder bekanntgegeben.

Xosé Tarrío: Hau ab, Mensch
Originaltitel in spanischer Sprache: Huye, hombre, huye - Diario de un preso FIES
Erste Auflage 1997 bis Vierte Auflage 2007: Virus Editorial, Barcelona
Übersetzung ins Deutsche: David

Der Erlös aus dieser ersten deutschen Auflage wird über die Deckung der Druckkosten hinaus Gefangenen zu Gute kommen und für deren zukünftige Veröffentlichungen verwendet werden.

Aufruf zur internationalen Mobilisierung gegen die US Militärbasen in Zentral-Europa. Kein Raketen-Abwehr-Schild!

Während in Brüssel und Bukarest im gleichen Zeitraum antimilitaristische Proteste gegen die NATO vorbereitet werden, findet am 29.März ein Aktionscamp gegen die geplante Aufrüstung des US-Raketensystems in Slupsk, Polen statt.
Wenige Kilometer von der nordpolnischen Stadt entfernt liegt das Gelände, auf dem Raketen stationiert werden sollen, die dann etwaige Raketenangriffe auf Zentraleuropa aus dem Osten aus der Luft schießen sollen.
Wo die Interessen der polnischen Regierung in der Aufrüstung liegen, wird u.a. in den Medien der letzten Wochen deutlich, in denen sich Polens Außenminister Sikorski als "starker NATO Partner" positionieren möchte. Parallel wird ein Radarsystem in der Tschechischen Republik als Teil der Infrastruktur aufgebaut. Die Russische Regierung kündigte Mitte Februar bereits an, Teile ihres Raketensystems auf die neuen Militäreinrichtungen auszurichten, "im Falle eines Notfalls" wie Putin in einer tschechischen Zeitung zitiert wird.
In der Kampagne gegen den Militäraufbau soll nach Aussage von anarchistischen Gruppen, die sich beteiligen, versucht werden, die Menschen vor Ort durch vielseitigen Protest Ende März hinter sich zu bringen gegen das Vorhaben. Entgegen der Tendenz, durch europäisches Recht oder anderen Mitteln "von oben" große brisante Bauvorhaben zu verhindern, wollen sie auf die Selbstorganisierung und Basisbewegung setzen, um über die Kampagne hinaus antimilitaristische Positionen zu verstärken.
Der Aufruf zum 29.März und weitere Infos finden sich unter:
www.m29.bzzz.net

Die Zeichen stehen auf Sturm!

ABC-Orkan ist eine Anarchist-Black-Cross-Gruppe aus Norddeutschland.Neben aktiver Gefangenenunterstützung und Anti-Knastarbeit möchten wir Informatinen und Aktionen zum Thema Knast liefern.Wir wollen Zusammenhänge in der Bewegung wieder mehr für das Thema Knast,aber auch für Gefangenenunterstützung sensibilisieren und zu Knastarbeit motivieren.
Als Anarchist-Black-Cross-Gruppe sind wir teil eines großen, internationalen Netzwerkes autonomer Gruppen, die aktiv gegen die jeweiligen Knastsysteme in den Staaten in denen sie leben ankämpfen.Wir fordern die Abschaffung aller Knäste und Zwangsanstalten und die Freiheit für alle Gefangenen. Letzteres mag so erstmal auf Kritik stoßen.Häufig wird auf diese Parole hin argumentiert, dass ja zum Beispiel auch Nazis im Knast säßen.Das ist schon klar, aber der Knast ist das letzte und höchste Maß an staatlicher Repression und Unterdrückun und als revolutionäre Zusammenhänge lehnen wir den Staat und sein Justizsystem ab und versuchen möglichst nie auf dieses zurückzugreifen,auch nicht im Kampf gegen Nazis. Das Nazis und andere Arschlöcher die andere Menschen unterdrückt und/oder ihnen Grundlos Gewalt angetan haben von uns keine Unterstützung bekommen ist klar.
Was unsere Gefangenenunterstützung angeht beziehen wir uns in einigen Fällen auf kritische Solidarität. Wenn Aktivistinnen z.B. Aktionsformen praktiziert haben, mit denne wir uns nicht solidarisieren können aber einer kritische Auseinandersetzung stattfindet oder ideologische Differenzen herrschen,über die wir aber durch die Auseinandersetzung mit der/dem Gefangenen und Äußerung unseres Standpunktes hinwegsehen können.

Seit November letzten Jahres geben wir zusammen mit dem ABC Berlin das 2-monatig erscheinende Antiknast-Info "Entfesselt" bundesweit heraus.Darin findet ihr aktuelle Infos zu Gefangenen, Texte zu und gegen Knast,eine Rubrik zu aktuellen Prozessen gegen AktivistInnen, Termine u.v.m.
Sollte die Entfesselt nicht sowieso schon bei euch ausliegen, dann meldet euch per Mail und wir schicken euch soviele Ausgaben wie ihr benötigt.

In nächster Zeit werden wir mit der Infoveranstalung "Den Kampf fortsetzen!" zu Gefangenenunterstüzung und Antiknast aktuell unterwegs sein. Außerdem wird es noch weitere Veranstaltungen und Aktionen im Zusammenhang mit der Solikampagne für die inhaftierten Berliner Antifas Andrea und Christian geben. Am 8. März wird es eine gemeinsame Anreise zur Solidemo für Andrea aus HH und SH geben.(achtet auf Ankündigungen!)

Termine für die Infoveranstaltung "Den Kampf fortsetzen!" zu Gefangenenunterstüzung und Antiknast aktuell:

28.2.->Antifa-Cafè in der Alten Meierei/Kiel
6.3.-> Cafè Merian in Rostock
20.3.->Infoladen Subtilus in Flensburg

März-> Walli in Lübeck
März-> Autonomes in Bargdeheide
April-> Liz in Hamburg
April-> Hannover
ABC Orkan
Infoladen
Hansastraße 48, 24118 Kiel
abc-orkan@riseup.net

To the AFAs!

Solikampagne in Norddeutschland für die inhaftierten Berliner Antifas
Andrea und Christian.

Seit einiger Zeit sitzen in Berlin zwei unseren Genosseninnen im Knast.
Andrea sitzt seit dem 1.12.2007 für wahrscheinlich 14 Monate, weitere Infos findet ihr unter www.freeandrea.de.vu .
Christian sitzt in der JVA Tegel um dort eine Strafe von 40 Monaten abzusitzen, weitere Infos findet ihr unter
www.freechristian.gulli.to .
Beide sitzen aufgrund mehrer Aktionen,die jetzt unter fadenscheidingen Begründungen zu Gesamtstrafen führten.
Nach Aussagen von Richtern soll der Knast dazu dienen Ihnen Ihre antifaschistische Meinung auszutreiben.Wir wollen den beiden unsere Solidarität zeigen und klar sagen,das sie sofort freigelassen werden sollen. Deswegen starten wir den:

Support-Sport

Mitmachen ist ganz einfach.Startet Soliaktionen und überbietet euch gegenseitig. Wer veranstaltet die größte Soliparty, wer macht die lustigste, größte,lauteste, kleinste, leiseste, mili... Soliaktion oder wer designed das coolste Plakat, Graffiti, Sticker und vieles mehr.
Ihr seht es gibt genug Wege den Beiden beizustehen und dem Staat den Finger zu zeigen.
Postet eure Aktionen auf der Homepage und lasst sie bewerten.Den der am Ende gewinnt erwartet nicht nur dicker Szene-Fame sondern auch eine dicke Überraschung.
Wann der Support-Sport startet und aktuelle Infos zur Kampagne gibt es bald auf: www.baanord.tk

Am 8. März wird es eine gemeinsame Anreise zur Solidemo für Andrea aus HH und SH geben.(achtet auf Ankündigungen!)

ABC-Orkan
BAAN!
(Bündnis autonomer Antifas nord)
Kontakt: abc-orkan@riseup.net

Nieselregen -ein neues autonomes Info für Schleswig Holstein

Moin!
Das Nieselregen soll als Informations und Diskussionsplattform für autonome Politik und Kultur in SH und Umgebung dienen. Jede_r soll die Möglichkeit haben Projekte/Texte/ Aktionen/Termine ... einzubringen.
Mitmachen ist total einfach:
Schickt Texte,Berichte,Termine,Artwork.... an unsere Adresse. Schickt die Sachen bitte im Din A5 Format. Das Heft wird unregelmäßig wenn möglich monatlich herausgebracht, dies hängt davon ab, wie gut ihr mitmacht. Das Projekt versucht sich durch Spenden zu finanzieren,die ihr wenn ihr wollt auch an die Postadresse im Umschlag schicken könnt. Ihr bekommt die Nieselregen in Infoläden Az's oder anderen einschlägigen Orten.
In diesem Sinne
Staatszerlegung jetzt!

Nieselregen
Infoladen
Hansastraße 48, 24118 Kiel

---

nach der demo ist vor der demo Teil II: Diskussion zu Perspektiven in der autonomen Linken

Sind wir Scheiße?
Seid ihr Scheiße?
Sind alle anderen Scheiße?
Eine nicht akademische Diskussion zur autonomen Bewegung.
Mo 31.03. 19.30 Flora

Der Infoladen Wilhelmsburg stellt sich vor...

Wilhelmsburg? ...da war doch was...
Nur was? Wilhelmsburg ist ein Stadtteil Hamburgs, welcher sich derzeit in einem drastischen Wandel befindet. Für viele HamburgerInnen ist Wilhelmsburg der Stadtteil, welcher mehr als jeder andere für Gewalt, Drogen oder vermeintliche Überfremdung steht.Vielmehr handelt es sich jedoch um ein Stück Hamburg, dessen BewohnerInnen im Rahmen von Umstrukturierung und Stadtneuordnung mit einer Abwertung seitens der Stadt konfrontiert sind. Die Mieten steigen, Studenten werden angeworben und durch finanzielle Unterstützungen geködert, Familien mit weniger Einkommen -statistisch meist migrantischer Herkunft- werden in die billigeren Randbezirke abgedrängt. Wilhelmsburg soll nun "aufgewertet" werden.
Wir alle stellen einen Teil dieser Veränderung dar, doch wollen wir uns dadurch keine zu erfüllende Rolle diktieren lassen, sondern versuchen, durch gemeinsame Gespräche und Handlungen der Vertreibung solidarisch entgegenzutreten.
Wir sind eine heterogene Gruppe von Menschen, die versuchen will, hier emanzipatorische Politik zu verwirklichen. Das heißt für uns, Gruppen Räume für regelmäßige Treffen sowie Informations- und Lesematerial zur Verfügung zu stellen und so ein erstes, und unabdingbares Stück Infrastruktur zu stellen. Ebenso jedoch soll der "Laden" Freiraum für Begegnung, Kultur und Veranstaltungen bieten. Unser libertärer Anspruch setzt voraus, dass wir alltägliche Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnisse aufzeigen, hinterfragen und versuchen, ihnen entgegenzuwirken. Wir wollen unsere Leben gleichberechtigt und solidarisch miteinander gestalten sowie gesellschaftliche Unterdrückung bekämpfen.
Termine
regelmäßig im Infoladen:
Info Café: Di.+Do. 13-18h und Sa.12-15h
Essen mit der KÜFA: es gibt jetzt jeden Donnerstag um 20h nach dem offenen Café im Infoladen lecker Essen von der Küfa (Küche für alle). Wer will kann gern vorher auch zum mitmachen vorbeikommmen
SPIELEABEND: und dienstags abends nach dem Info Café ist Spieleabend. Bringt mit, was ihr mit anderen spielen wollt.

Naziaufmarsch

Für den 1 Mai 2008 planen Nazis aus den Reihen der NPD und der sog. "Freien Nationalisten" in Hamburg eine Demonstration unter dem vermeintlich kapitalismuskritischen Slogan "Arbeit und soziale Gerechtigkeit für alle Deutschen! - Gemeinsam gegen Globalisierung!". Bislang wird auf einschlägigen Seiten im Internet für 12:00 Uhr zum U- und S-Bahnhof Barmbek, Ausgang Wiesendamm, mobilisiert.
Es ist davon auszugehen, dass es sich bei dieser Demonstration um die zentrale, norddeutschlandweite Demonstration der Neonaziszene handeln soll: mehr als Grund genug, diese zu verhindern.
Daher findet die revolutionäre 1. Mai Demo wahrscheinlich am 30.04.08 ebenfalls in Barmbek statt. Achtet auf Ankündigungen!!

Back to the roots

Dieser Text möchte zurück zum eigentlichen Thema: sexualisierte Gewalt und einen bewussten Umgang mit dieser.
Dafür ist es notwendig auf einige Kritikpunkte am Definitionsmachtkonzept genauer einzugehen. Der Text ist eine Kritik an der Kritik, er bezieht sich auch auf den in der letzten Zeck erschienene Artikel "jetzt gilt´s". Er soll eine andere Perspektive aufwerfen, jedoch ist eine abschließende Ausführung der angerissenen Punkte hier nicht möglich.
Dieser Text stammt nicht von einer Gruppe, wir sprechen für zwei Personen. Wir bewegen uns seit längerer Zeit in linksradikalen, feministischen, queeren oder studentischen Zusammenhängen. Unsere Perspektive ist weiss, wir sind weiblich sozialisiert.

Immer wieder tauchen in Gesprächen, Diskussionen und Texten Begriffe auf, die uns zweifelhaft oder verletzend oder vielleicht einfach unüberlegt erscheinen. Für eine Diskussion über Sexismus ist Sensibilität und Reflexion unserer Sprache und unserer Sexismen besonders wichtig. Unser angelerntes Sprachverhalten spiegelt soziale Hierarchien, Sexismen und Ignoranz wider. In Form wie Inhalt zeigen sich z.B. dominantes Redeverhalten, die Ausschließlichkeit von Männlichkeit in der Sprache, Unterdrückungsverhältnisse und die Gewalt von Normierung. Unüberlegtes Verhalten und Verwendung bestimmter Begriffe können beschissene Folgen haben.
Uns ist klar, dass eine hierarchiefreie respektvolle Sprache einer weiteren Entwikklung bedarf, dass viele Strukturen auch hier tief verflochten und nicht mal eben umzuwerfen sind. Auch wir benutzen nicht die perfekte Sprache, denn die gibt es nicht. Trotzdem oder gerade deswegen sind ein sensibler Umgang und die Bewusstmachung von Bedeutungsbereichen nötig.
Wir benutzen den Begriff sexualisierte Gewalt. Gewalt und Macht werden hier über sexuelle Handlungen zum Ausdruck gebracht, das hat nichts mit Sexualität zu tun, vor allem nicht für betroffene Personen. Sexualisierte Gewalt bewirkt einen Machtverlust über den eigenen Körper, das Selbst und den eigenen Willen. Der Begriff sexuelle Gewalt hingegen beinhaltet auch abgesprochene sexuellen Verhaltensweisen, die unter anderem mit Dominanz und Unterwerfung spielen (z.b. SM). Das hat nichts mit sexualisierter Gewalt zu tun.
Auch den Begriff Opfer verwenden wir nicht. Opfer sein suggeriert Hilflosigkeit. Dieser Begriff drängt die Person, der sexualisierte Gewalt widerfahren ist, in eine passive Rolle. So wird die betroffene Person zum hilflosen, wehrlosen, sprachlosen Wesen deklariert. Zum einen geschieht dies durch die Fremddefinierung von Verhalten, das dieses Wort inne hat. Der betroffenen Person wird zum Beispiel durch ihr "passives Opferverhalten" die Schuld zugewiesen. Zum anderen werden hierarchische Geschlechter Muster weiter festgeschrieben und zwar über die Gewaltsituation hinaus.
Daher werden wir Personen, die von sexualisierter Gewalt betroffen sind oder waren, als Betroffene benennen. Dieser Begriff steht dafür ein, dass Menschen ihre Position selbst definieren und erkennt ihre Situation an.
Als Folgen sexualisierter Gewalt schildern Betroffene oft Zweifel an der eigenen Wahrnehmung, haben Erinnerungslücken oder werfen sich vor, sich nicht genügend gewehrt zu haben. Diese haben jedoch niemals Schuld. Entscheiden sich Betroffene für eine Veröffentlichung führt dies nicht zu einer privilegierten Position, denn auch in Diskussionen wird oft Schuld oder Verantwortung vom Täter auf die betroffene Person abgewälzt oder die Realität der betroffenen Person, ihre Wahrnehmung des Übergriffs, in Frage gestellt. Dabei werden die Folgen solcher Anschuldigungen ignoriert: Sie können zu Flashbacks führen, betroffene Personen erleben dann gewalttätige Situationen und damit verbundenes Empfinden erneut.
Es ist davon auszugehen, dass Betroffene immer anwesend sind. Nicht zuvorderst eine Gruppe oder Einzelne sind hier in der Verantwortung für ein bewusste Wortwahl und Sensibilität beim Reden über sexualisierte Gewalt zu sorgen, sondern jede_r selbst.

Der in der letzten Zeck erschienene Artikel "Jetzt gilt`s" schafft es auf knapp dreieinhalb Seiten nicht ein einziges Mal, die Auswirkungen von sexualisierter Gewalt zu thematisieren. Warum dies so ist, ist offensichtlich: Das Thema dieses Textes ist nicht, wie ein möglicher Umgang mit sexualisierter Gewalt aussehen kann, sondern eine vermeintliche Kritik daran, wie das DefinitionsRecht in die Praxis umgesetzt wird.
Der Text "Jetzt gilt´s" macht die Sprecher_innen und Initiator_innen der aktuellen Vergewaltigungsdebatte aus und behauptet diese würden ihren Sprechort verschweigen. Dabei konstruiert der Text eine geschlossene Gruppe, eine planende Hand von "autonomen Feministen, Profeministen oder Antipatmännern". Nun ist es wohl kaum so, dass in einer WG Küche alternde Autonome sitzen und sich denken, nun sei es mal wieder an der Zeit eine Vergewaltigungsdebatte in der linken Szene zu initiieren. Der aktuellen Debatte sind Ereignisse vorausgegangen: Vergewaltigungen und sexualisierte Gewalt.
Wo ist denn das altautonome, antisexistische Selbstverständnis? Hat es das jemals gegeben?

Die Autor_innen des Textes sollten genauer hinschauen, bevor sie ihre "Ergänzung" veröffentlichen. Wer verschweigt wo ihren_seinen Sprechort? Die Unterzeichner_innen des Papiers "zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger"? Nun, das Papier wurde von einzelnen Gruppen unterzeichnet, deren Veröffentlichungen im worldwideweb oder im Flora Archiv zu finden sind, es ist also möglich, von ihnen eine politische Selbstverortung zu erhalten. Das Papier ist autorisiert von der Betroffenen und parteilich mit dieser. Welche anderen Informationen hätten die Autor_innen des Textes "Jetzt gilt´s" denn noch gerne gehabt? Normalerweise sind darunter Privilegien und Hintergründe zu verstehen, die zu bestimmten Positionen geführt haben, um diese sichtbar zu machen. An welcher Stelle macht das der Text "Jetzt gilt´s"?
Weiterhin wird festgestellt, dass der Diskurs um Definitionsmacht nicht herrschaftsfrei ist. Nein, das ist er nicht. Es gibt kein ausserhalb der Macht.
Schöne Grüße von Foucault.

Wenn wissenschaftliche Diskurse verkürzt wieder gegeben werden, entstehen Probleme. Manchmal verändert und verzerrt dies bestimmte Positionen. Die "Jetzt gilt´s" Autor_innen beziehen sich auf Judith Butler: "Wo sind eigentlich die ganzen Gender Studies-Studierenden, die doch sonst so gerne postmoderne Diskursanalysen anfertigen und die Matrix dekonstruieren? Interessant, wann in der Szene mit Butler hantiert wird und wann plattester Differenzfeminismus der 80er "angerufen" wird. Schon mal die postmodernen Theorien auf die eigene Szene angewandt?"
Ja, Geschlecht ist konstruiert und dies bedeutet nicht, dass es keine Wirkungsmacht hat, im Gegenteil. Das bedeutet, von Geburt an kategorisiert zu werden, Mann oder Frau sein zu müssen. Es bedeutet als Mann oder Frau sozialisiert worden zu

sein. "Die Konstruktion des Subjekts als politisches Problem zu begreifen ist nicht dasselbe, wie das Subjekt einfach abzutun." (Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, Nancy Fraser in: Der Streit um Differenz Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart).
Eine Analyse allein bedeutet noch keine Dekonstruktion, sie kann jedoch Machtstrukturen verdeutlichen. Nur, weil ich weiss, dass mein Geschlecht, meine Welt konstruiert ist, heisst dies nicht, dass ich dadurch keinen Schmerz erfahre. Postmoderne Gendertheorien allen anderen Feminismen entgegen zu setzen geht an der von Butler entwickelten Theorie vorbei:
"Wenn man befürchtet, dass die Unmöglichkeit, das Subjekt, seine Geschlechtsidentität, sein Geschlecht oder seine Materialität für selbstverständlich zu halten, den Feminismus zum Untergang verurteilt, tut man vielleicht gut daran zu erwägen, welche politische Konsequenzen daraus entstehen, dass man gerade jene Prämissen aufrecht erhält, die von Anfang an unsere Unterordnung sichern sollten." (Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, Nancy Fraser in: Der Streit um Differenz Feminismus und Postmoderne in der Gegenwart, Seite56).

Durchgängig wird im Text "Jetzt gilt´s" von einem DefinitionsRecht gesprochen, allein die Überschrift wirft vor, dass es sich hier um eine Art Szenegesetz handele, es wird von einem "Kiezgericht", "Rechtsauffassungen", "der Betroffenen als Richterin", ja schlimmer noch von einem "mittelalterlichen Rückfall zu Zeiten der Inquisition gesprochen", dem entgegen wird dann auf "historisch erkämpfte Rechte" und "demokratische Mittel" gepocht. Nicht Bestrafung im Sinne von Rache, sondern Unterstützung und Schutz Betroffener stehen im Mittelpunkt antisexistischer Praxis. Hierzu ist es wichtig auf den Unterschied zwischen Recht und Macht, auf das Gebot der Objektivität und das Konzept der Parteilichkeit näher einzugehen, was wir im Folgenden versuchen.

Die Autor_innen übersehen geflissentlich die Abgrenzung zwischen DefinitionsRecht und DefinitionsMacht. Die Bezeichnung DefinitionsRecht ist auf mehreren Ebenen problematisch. Ein Recht wird von außen zugesprochen oder verwehrt. Dadurch werden betroffene Personen in eine passsive, von der Meinung anderer abhängige Rolle gedrängt. Dieses Recht soll durch eine dritte, scheinbar "objektive" Instanz gewährleistet werden. Von dieser als neutral anerkannten, angeblich außen stehenden Position wird "Normalität" gesetzt. Dadurch werden Machtverhältnisse verschleiert. Der Wunsch nach objektiven Informationen, beide Seiten hören zu wollen, tritt immer wieder in Debatten um sexualisierte Gewalt / Vergewaltigung auf. Betroffene sind Situationen ausgesetzt, in denen ihr Umfeld wissen will, was denn "wirklich" passiert sei, um "objektiv" beurteilen zu können, ob es eine Vergewaltigung war. Doch jedes Erleben und Beurteilen ist ein zutiefst subjektives Geschehen. Außen stehend zu urteilen ist nicht möglich, denn alle Menschen sind Teil des patriarchalen und heteronormativen Systems. Der Ruf nach vermeintlicher Objektivität stärkt somit die vorhandene MachtStrukturen, welche die Existenz sexualisierter Gewalt systematisch in Frage stellen und durch Normierung unsichtbar machen (siehe"soziale Norm"& "Heteronormativität" -Artikel auf wikipedia.org).
Der sonst durchaus wichtige Ansatz, sich eine differenzierte und kritische Meinung bilden zu wollen, Genaueres zu erfahren, stellt im Zusammenhang mit sexualisierter Gewalt eine weitere Grenzüberschreitung für Betroffene dar.
Der Wunsch nach einem objektiven Urteil kommt der Forderung gleich, einen Prototyp Mensch festzuschreiben, anhand dessen dann andere entscheiden, wo deine Grenzen liegen…Dies ist zugleich der Wunsch nach einer bürgerlichen und rechtlichen Instanz, die entscheidet, was sexualisierte Gewalt und Vergewaltigung ist. Im Strafgesetzbuch sieht dies wie folgt aus:

§177 StGB
sexuelle Nötigung / Vergewaltigung

Wer eine andere Person ... nötigt, sexuelle Handlungen des Täters oder eines Dritten an sich zu dulden oder einem Dritten vorzunehmen, wird mit einer Freiheitsstrafe nicht unter einem Jahr bestraft.
In besonders schweren Fällen ist die Strafe Freiheitsstrafe nicht unter zwei Jahren. Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn
1. der Täter mit dem Opfer den Beischlaf vollzieht oder ähnliche sexuelle Handlungen an dem Opfer vornimmt oder an sich vornehmen lässt, die dieses besonders erniedrigen, insbesondere, wenn sie mit einem Eindringen in den Körper verbunden sind (Vergewaltigung)...

Doch was ist mit dieser Definition gewonnnen? Was soll nach dem STGB eine Vergewaltigung sein? Ist sie immer mit dem Eindringen in einen Körper verbunden? Und was soll das sein? Wann werden Grenzen anderer verletzt? Wann fühlen sich Menschen erniedrigt?
Auch die modifizierte Befragungssituation in linken Gruppen ändert nichts an der Tatsache, dass keine Person beweisen kann, dass ihr Wille gebrochen wurde.
Eine allgemein gültige objektive Definition von Vergewaltigung ist absurd.

Im Gegensatz hier zu ist DefinitionsMacht ein Konzept der Selbstermächtigung. Die Bedürfnisse der betroffenen Person stehen hier im Vordergrund.
Es geht darum, der Suche nach der objektiven Wahrheit innerhalb sexistischer / heterosexistischer / patriarchaler Strukturen, die üblicherweise zu Ungunsten der Betroffenen endet, zuvor zu kommen.
Betroffene Personen, und zwar nur sie allein können definieren, was vorgefallen ist und wie sie es benennen möchten. Es ist wichtig die Wahrnehmung der Betroffenen Person anzuerkennen, um ihr nicht noch einmal die Selbstbestimmung über den eigenen Körper z.B. in Form von Zweifeln, nicht glauben etc. abzusprechen. Mit dem Konzept der Definitionsmacht wird die Perspektive der betroffenen Person nicht als objektiv gesetzt, sie ist aber der einzig relevante Bezugsrahmen.

Parteilichkeit ist eine innere Einstellung, die es in Gesprächen mit der Betroffenen ermöglicht, einen Schutzraum herzustellen. Es geht darum, der Betroffenen Vertrauen entgegenzubringen, einen Raum herzustellen, in dem sie nicht zu erwarten hat, dass ihre Wahrnehmung innerlich doch mit der Darstellung des Täters verglichen wird. Dieses Abwägen auf der Suche nach einer vermeintlich neutralen Position führt für die Betroffene zu einer Situation, in der sie doch wieder dem Zwang ausgesetzt ist, sich rechtfertigen zu müssen.
Die hintergründige Frage ist hier, warum es so schwer fällt, Betroffenen von sexualisierter Gewalt einfach zu glauben? Warum wird davon ausgegangen, die betroffene Person lüge, übertreibe oder sei nicht zurechnungsfähig? Diese Frage ist an dieser Stelle nicht abschliessend zu klären und auch sicherlich auf Grund von verschiedenen Herrschaftsverhältnissen sehr unterschiedlich zu beantworten.
Allgemein kann gesagt werden, dass die Position einer Person, deren Grenzen übertreten wurden, die gedemütigt wurde, gesellschaftlich weniger anerkannt ist als die Position, der mit Stärke und Macht assoziierten Person, welche die Grenzen anderer überschreitet.
Eine weitere Erklärung entsteht aus dem Umstand, dass erst mit der Bekanntmachung für das nähere und weitere Umfeld der betroffenen Person und dem_der Täter_in Probleme offenbar werden. So liegt es nahe, der veröffentlichenden Person die

Schuld für "den Stress" zu geben. Ein weiterer wichtiger Faktor ist sicherlich mit den hegemonialen Männlichkeitskonzepten verknüpft, immer noch sind die allermeisten Täter männlich. Das aus dem gesellschaftlich gültigen System der Geschlechterhierarchie abgeleitete Männlichkeitsbild von Dominanz, Macht, Leistung, Härte, Überlegenheit, Verfügung über Frauen und (sexuellem) Erfolg ist unrealistisch aber wirkungsmächtig. Gerade in der dominierenden Konstellation -Täter Mann, Betroffene Frau- sind patriarchale Strukturen für die Entscheidung, wem geglaubt und wer unterstützt wird, von enormer Bedeutung. Rationalität und Vernunft sind eng mit Männlichkeit verknüpft. Mit Weib?lichkeit hingegen Emotionalität und Hysterie. Diese Konzepte werden leider auch in der Wahrnehmung von anderen auf konkrete Personen übertragen, ob sie ihnen entsprechen oder nicht. So kommt es zu einer Gesamtsituation, in der als Männer konstruierten Menschen mehr geglaubt wird, ihre Meinungen und Wahrnehmungen mehr Gewicht haben. In diesem Kontext, führt eine entschlossene parteiliche Position für eine Betroffene langfristig auch zu Veränderungen der hierarchischen Geschlechterverhältnisse.

Parteilichkeit geht also über die ausschließliche Anerkennung oder Akzeptanz, der Wahrnehmung einer Betroffenen hinaus. Niemand kann sich zu einer parteilichen Haltung im direkten Umgang mit Betroffenen zwingen, sind Zweifel da, bleibt nur übrig sich kritisch zu fragen woher diese kommen.

Aufschlussreich ist die Argumentation der Autor_innen von "jetzt gilt´s" hinsichtlich der Unschuldsvermutung. Intentional emanzipative, staatskritische, politische Aktionen im Schutze der Nacht, mit einer Vergewaltigung im Schutze der Nacht zu vergleichen und Vertreter_innen des Definitionsrecht / der Definitionsmacht dem Staat gegenüber zustellen offenbart nicht nur die Unfähigkeit der Autor_innen zu differenzieren, sondern eine komplette Ignoranz in der Analyse. Dieser vollständig aus dem Kontext gerissene Vergleich, aufgezogen an der vermeintlichen Umkehr der Beweispflicht übersieht nicht nur den Unterschied zwischen Vergewaltigung und politischer Aktion, Staat und linkem Subjekt, sondern ignoriert auch, dass es Definitionsmachtvertreter_innen nicht um Beweise und Bestrafung sondern um die Selbstermächtigung von Betroffenen geht.

Weiterhin wird der Umgang in der Linken mit Vergewaltigungsdebatten kritisiert. An dieser Stelle ist es sinnvoll, die Funktion, die Tratsch, Klatsch und Gerüchte haben, genauer anzusehen. Sie dienen dazu, ein vermeintliches "Wir" zu konstruieren, zu bestimmen wer dazu gehört und wer nicht und damit Macht und Status zu sichern.

Der Text "jetzt gilt´s" benutzt auf eine mehr oder weniger subtile Art Gerüchte, die im Zusammenhang mit dem Umgang mit dem Vergewaltiger T. stehen. Bis dato nicht veröffentlichte Vorfälle werden aus der Perspektive von Menschen skandalisiert, die nicht mit betroffenen Personen parteilich sind und somit zu Opfern stilisiert werden.

Dass in der Linken mit Ausschlüssen gearbeitet wird ist nichts Neues, sie werden allerdings nicht erst dann produziert, wenn sie ausgesprochen und eingefordert werden, sondern schon viel früher, in dem Moment, in dem das "Wir oder das "Andere", das Feindbild, existiert. Jede Konstruktion einer Gruppe tut dies.



Ein unausgesprochener Ausschluss findet statt, wenn Betroffene sexualisierter Gewalt Räume meiden, wenn zum Beispiel Frauen damit rechnen müssen zum Objekt gemacht zu werden oder Les-bi-sch-wul-trans Personen diskriminiert werden. Kurzum, wenn Gewalt und gewalttätige Verhältnisse nicht thematisiert werden.

Definitionsmacht ist ein Konzept, das sich aus einer feministischen Praxis entwickelt hat und eben an dieser Praxis muss sich Definitionsmacht beweisen. Sie entstand aus dem Konzept der Parteilichkeit, das in Deutschland durch die autonome Frauenhausbewegung bekannt wurde. Im Laufe der Frauenbewegung wurde es verändert und modifiziert. Definitionsmacht ist also ein praxisnahes Konzept, welches versucht einen Umgang mit sexualisierter Gewalt zu finden. Die Kritiken, die normalerweise an dem Konzept geübt werden, schlagen keine Handlungsmöglichkeiten vor und versuchen nicht, mit sexualisierter Gewalt umzugehen.

Das Problem ist, dass in der linken Szene fast immer nur dann über sexualisierte Gewalt diskutiert wird, wenn ein Fall öffentlich gemacht wurde. Die Frage, wie eine Prävention aussehen kann wird nicht aufgeworfen. Ausgehend von der Tatsache, dass jede Person Grenzüberschreitungen begehen oder betroffen von sexualisierter Gewalt sein kann, wäre dies aber dringend notwendig.

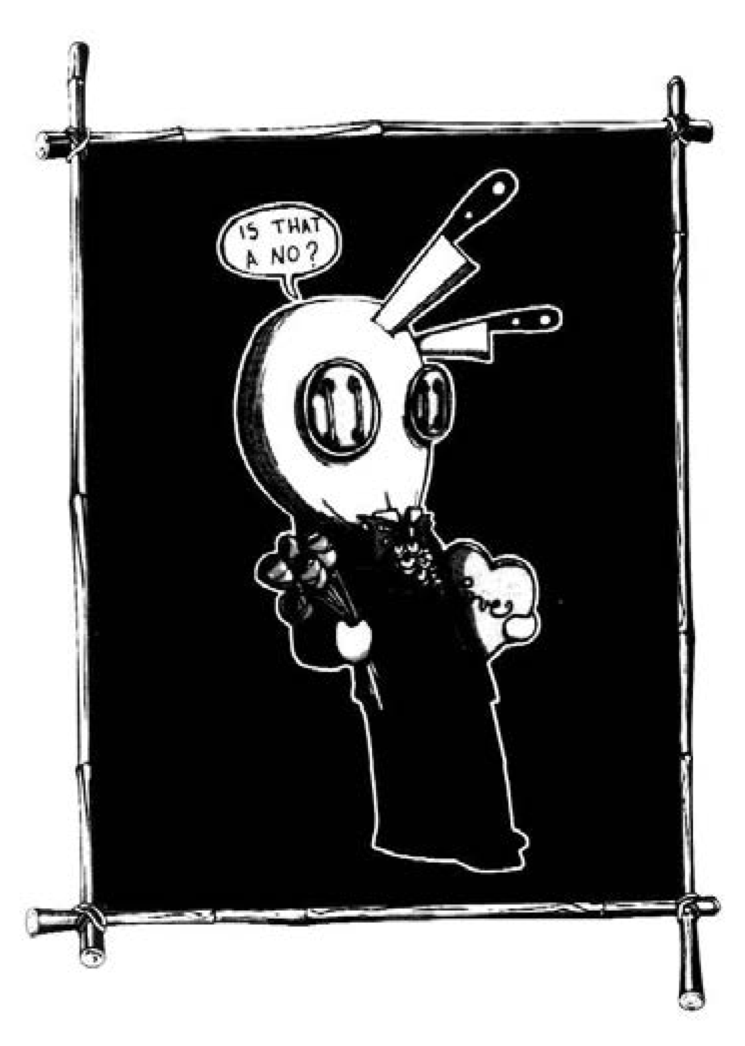
Um eine Veränderung zu erreichen muss zunächst sexualisierte Gewalt, deren Ausmaß und der sexistische Normalzustand thematisiert werden. Dazu gehört neben einer Veränderung der Sprache und der Verbreitung von Informationen über sexualisierte Gewalt auch parteiliches Handeln. Da parteiliches Handeln auch innerhalb linker und subkultureller Strukturen nicht die Norm ist, kann es Sinn machen Parteilichkeit zu äussern. Nicht zur Bildung einer eigenen Identität, sondern um ansprechbar zu sein. Wie nach einer Situation sexualisierter Gewalt mit Betroffenen und Täter_innen umzugehen ist, sollte nicht erst diskutiert werden, wenn sexualisierte Gewalt sichtbar ist oder veröffentlicht wird, denn die Situation ist dann meist zu aufgeladen. Dazu gehört auch, sich mit eigenem möglichen oder bereits begangenen Fehlverhalten auseinander zu setzen, nicht erst, wenn es verlangt wird.

Eine Prävention sexualisierter Gewalt verlangt Veränderung, auch der Sexualität. Hier hilft ein Blick auf queere und SM Konzepte des Konsenssex, in denen es darum geht sich vor dem Sex eines Jas zu versichern, über Sexualität, Vorlieben, Wünsche und Unerwünschtes zu reden.

zum weiter lesen:
www.antisexismonline.tk
www.gender-killer.de
www.frauennotruf-hamburg.de
maedchenblog.blogsport.de
www.gewaltberatung-hamburg.org
(Männer gegen Männergewalt)
AS.ISM Reader des Antisexismus Bündnisses Berlin
Antisexismus_reloaded zum Umgang mit sexualisierter Gewalt - ein Handbuch für die antisexistische Praxis re.ACTion Unrast Verlag

Gilt nicht, gildet nicht!

Eine Aufforderung zur praktischen Solidarität mit Betroffenen sexualisierter Gewalt.



Im Gegensatz zu den kritischen Vorbemerkungen der letzten Zeck Ausgabe halte ich den Text „Jetzt Gilt's" nicht für einen Diskussionsbeitrag, sondern im Kontext der aktuellen Vergewaltigung für eine explizite Form von Täterschutz und einen Angriff auf die betroffene Frau. Dies richtet sich nicht gegen die Veröffentlichung des Beitrags, aber gegen eine weitergehende Diskussion auf der Basis dieses Textes. Bisher habe ich die aktuelle Vergewaltigungsauseinandersetzung eher am Rande verfolgt. Spätestens die arrogante und herablassende Form von "Jetzt Gilt's" hat mich jetzt aber doch noch auf die Palme gebracht.

„Jetzt Gilt's" versucht für und aus einer scheinbar schweigenden Mehrheit zu sprechen. Dieser vermeintlichen Mehrheit wird das Gegenüber eines hegemonialen Establishments innerhalb der autonomen Szene aufgebaut. Selbiges wird schließlich über Ressentiments und andere Allgemeinheiten kunstvoll umgeschossen. Voila!

Übrig bleibt eine konkrete Aufforderung an die „Szene" zur Entsolidarisierung von Betroffenen sexualisierter Gewalt, die im unverdächtig wirkenden Wort der Neutralität verpackt ist.

I. Nebelschwaden und andere Strickmuster

„Jetzt Gilt's" argumentiert nach dem Muster einer klassischen Verschwörungstheorie. Eine vielschichtiges Ereignis, die Vergewaltigungsauseinandersetzung in der Szene, wird in feststehende Lager generiert. Altautonome, Feministinnen und geheime Netzwerke der informellen Macht werden als Drahtzieher enttarnt, denen hirnlose Gefolgschaften von Anfang 2ojährigen zum Opfer fallen. In dieser Logik „gilt's" sich nicht in erster Linie vom gesellschaftlichen Machtverhältnis des Sexismus zu befreien, sondern vom subjektiv als Machtmißbrauch empfundenen Widerstand gegen sexualisierte Gewalt. Die Verdrehung von Herrschaft und Widerstand, von Täter- und Opferperspektive, ist das eigentlich gefährliche bei dieser Argumentation.

Vieles was „Jetzt Gilt's" kritisiert, wird dabei erstmal selbst praktiziert. Wenn richtigerweise Genderdebatten und Auseinandersetzungen um Dekonstruktion angemahnt werden, dann lässt sich dies nur schlecht damit verbinden, dass als Grundlage des Textes ein einheitlicher Umgang der autonomen Szene mit Sexismus geschaffen wird. Weder gibt es „eine Szene" in solcher Form, noch gibt es eine antisexistische Einheitsfront darin .

Die fabelhafte Welt der Dekonstruktion wird floskelhaft ins Feld geführt, um der eigenen eher dünnen Argumentation einen akademischen Glanz zu verleihen. Inhaltlich wird dem zwangsläufig nicht entsprochen. Ebenso ergeht es der armen Frau Butler, die ungefragt zwecks Schützenhilfe in einen Kontext gestellt wird, der nach meiner Ansicht so ziemlich das Gegenteil von deren Theorie und Haltung bedeutet. Schlußendlich wird sogar die alte Parole „Das Private ist politisch" aus ihrem ursprünglichen feministischen Zusammenhang gezogen. So beklagen die Autor_innen, dass die „emanzipativ gemeinte" Formulierung inzwischen zu einer „Drohung verkommen" sei.

Dass so etwas wie Emanzipation auch etwas mit Widerstand gegen Machtverhältnisse zu tun hat, kommt ihnen lieber erst gar nicht in den Sinn. „Genossen auf der Straße, Faschisten im Bett" skandierten italienische Feministinnen jedoch in Anlehnung daran. Es ging bei der Enttabuisierung von Privatheit immer auch darum, die darin liegenden patriarchalen Machtverhältnisse anzugreifen. „Das Private ist politisch" steht daher für mehr als eine Drohung. Es war und ist ein notwendiger Angriff auf die unsichtbare Alltäglichkeit der heteronormativen Gewalt. Es ist die Erkenntnis, dass Vergewaltiger meist nicht bis an die Zähne bewaffnet hinter dem nächsten Baum warten, sondern allzuoft im gemeinsamen Bett, in der WG, im Wohnprojekt oder der Politgruppe. Dies ist der Kern der Sache, dem sich „Jetzt Gilt's" in zahlreichen Windungen und Drehungen zu entziehen versucht.

Das reichlich eingesetzte Stilmittel der Mutmaßung erlaubt dabei, eine vermeintliche Kausalkette herzustellen, die in sich zwar einigermaßen plausibel erscheint, aber letztlich alles ausblendet, was nicht in den eigenen Kram passt. Die utopische Erzähl-

form ist wesentlich bei „Jetzt Gilt's". Denn sie ermöglicht erst aus schlichten Bildern und Zuschreibungen, ein Konstrukt der Wirklichkeit um die eigenen Ressentiments zu erzeugen. Das eigentliche Thema, Vergewaltigung, wird darin kaum thematisiert. Stattdessen wird mit reichlich Kritik an allem möglichen und dem Feminismus im Besonderen, Zeile um Zeile belegt, dass eine Vergewaltigung ja gar nicht unbedingt eine ist und die Definitionsmacht ein inquisitorischer Akt des Mittelalters sei.

„Jetzt Gilt's" verbleibt im nebulösen und unbestimmten und versucht genau hierdurch zu punkten. Wenn sich Beispielsweise in unnachvollziehbarer Weise auf eine Sexismusdiskussion in einem Wohnprojekt bezogen wird, dann habe ich dazu zwar möglicherweise sogar ein Ereignis im Kopf, kann dem aber natürlich auf Grund seiner unkonkreten Form nichts entgegnen. Wenn es sich um jenes Projekt handelt welches ich dazu im Kopf zu hatte, dann entbehrt dieser Vergleich jedoch nicht nur einer angemessenen Grundlage im Zusammenhang mit der jetzigen Vergewaltigung, sondern dann wäre dazu auch wesentlich mehr zu sagen, als die Autor_innen in ihrem Sinne verkürzt darstellen.

Ob sich die Dinge dann freilich noch passsend in das „Jetzt Gilt's"-Strickmuster einpassen lassen, wage ich mal zu bezweifeln. Wenn solche Fässer also aufgemacht werden, dann nicht vom Hörensagen, sondern gefälligst so konkret, dass eine Auseinandersetzung auch wirklich möglich ist. Immerhin verlangen die Autor_innen ja auch klare Fakten von Vergewaltigten. Wer anderen aus Misstrauen in den traumatischen Erfahrungen rumstochern will, sollte sich selbst jedenfalls aus Gründen der Glaubwürdigkeit nicht zu dermaßen oberflächlichen Darstellungen hinreißen lassen.

II. Ismen und Szenefürsten

Dass der Text mit modebewussten Seitenhieben auf die Antisemitismusdiskussion beginnt und endet ist natürlich ein echter Stolperstein. Wem kommt da nicht sofort der Nahostkonflikt mit all seinen unglükklichen Solidarisierungen und Parteilichkeiten in den Sinn. Die vermeintliche Sicherheit einer „neutralen" Position und das Minenfeld darum herum. Tatsächlich ist die Antisemitismusdiskussion aus vielen Gründen ein schwer verdaulicher Brocken. Nicht zuletzt wegen der eigenen und deutschen Geschichte und den notwendigen daraus folgenden Konsequenzen. Auschwitz ist nun mal kein Ereignis dem man sich in irgendeiner Weise entziehen kann. Schon gar nicht als radikale_r Linke_r. Dass „Jetzt Gilt's" sich hinstellt und voller Selbstzufriedenheit vermittelt, dass ihnen die Konsequenzen dieser ganzen Diskussion eigentlich scheißegal und drei Zeilen wert sind, soll wohl für so was wie eine konsequent diskursive Haltung stehen. Was sich darin zeigt ist aber das genaue Gegenteil von Konsequenz:
Eine Ignoranz die ans Kopflose grenzt.

Der Verweis auf Antisemitismus ist eine Gleichsetzung, die aus vielerlei Gründen schief ist. Wenn man dann aber schon das Maul dazu aufmacht, dann doch bitte wenigstens ausführlich, in einem verbindlichen Kontext und nicht nur als Versuch, ein Reich des Bösen herzustellen: Die Ismen, die political correctness, die hartherzigen autonomen Szenefürsten, welche beständig Positionierungen einfordern.

Die Ironie, dass dabei inhaltlich haargenau die gleiche Position beschrieben wird, wie im vermutlich innig gehassten antideutschen Vereinsblatt "Bahamas", fällt den Autor_innen erst gar nicht mehr auf. Artikel von Justus Wertmüller teilen den Antifeminismus, den warnenden Ruf vor der Inquisition und natürlich auch das Beharren auf erkämpfte juristische Mindestmaßstäbe des bürgerlichen Rechts. Wenn es um Vergewaltigung geht, dann gibt es eben weder Klassengrenzen noch Parteien. Nur überspannte Frauen und unschuldige Männer.

III. Definitionsmacht ist kein "juristisches Recht", sondern eine politische Haltung

Im Mittelpunkt der Angriffe steht dabei wie immer die Definitionsmacht. Zwar hält man sich zurück, alle Vergewaltigungen als Humbug und Unsinn darzustellen, aber dies ist ja auch gar nicht nötig. Stellt man eine Vergewaltigung in Frage, stellt man alle in Frage. Es reicht aus, einen potentiell möglichen Machtmißbrauch zu belegen, um vom Prinzipiellen zum Aktuellen zu kommen. „Jetzt Gilt's" schreiben nicht, dass sie die Vergewaltigung, um die sich ihr Text dreht, in Zweifel ziehen wollen. Stattdessen wird man unbestimmt über das Seelenleben von Beziehungen und die Schlechtigkeit des Menschen aufgeklärt. Und natürlich über die Errungenschaften des bürgerlichen Rechts. Wo ist der Beweis? Ist nicht möglicherweise der Vergewaltiger das Opfer einer Intrige oder eines psychischen Problems der Frau? Es wird nichts anderes betrieben, als bei jeder anderen Vergewaltigung auch, die Frau wird als Spinnerin oder Lügnerin hingestellt.

Sicher ist die Möglichkeit gegeben, dass sich Menschen freiwillig zum Opfer stigmatisieren, um anderen eines auszuwischen oder Aufmerksamkeit zu erfahren. Doch gemessen an den realen Verhältnissen, der gewaltigen Dimension und tagtäglichen Praxis von sexualisierter Gewalt, erscheint das völlig unkonkrete Aufgreifen einer solchen Figur - schon aus Gründen der Verhältnismaßigkeit - als konstruiertes und taktisches Verhältniss zur „Wahrheit". Solche Gedankenspiele im bewusst Abstrakten werden eingesetzt, um bei Veröffentlichungen von Vergewaltigung ein pauschales Mißtrauen erzeugen und eine Beweisführung von Vergewaltigten einzufordern.

Der heteronormative Alltag sexualisierter Gewalt erfordert politische Strategien, die zwar ausgehend, aber inhaltlich losgelöst von den jeweiligen Fällen und Personalisierungen, diese Verhältnisse angreifen. Subjektive Betroffenheit, aus welcher Perspektive auch immer, kann kein Ersatz für eine solche Haltung sein. Es geht um eine Sichtweise, die sich der völligen Individualisierung und Psychologisierung der Ereignisse widersetzt und damit eine politische Perspektive erst möglich macht. Unser Leben und das darin erlebte ist kein vorgezeichnetes Schicksal oder persönliches Pech, sondern abhängig von den herrschenden Bedingungen und den darin liegenden Zwängen und Rollenzuweisungen. Das Persönliche ist Politisch, weil es nicht nur uns, sondern immer auch die uns durchdringende gesellschaftliche Gewalt und Herrschaft abbildet. Diese Formen und Ausdrucksweisen von hegemonialer Macht sind es, gegen die ein Aufbegehren, durch Entwicklung eigener kollektiver Begriffe und temporärer Widerstandsnester notwendig ist.

Definitionsmacht ist keine rechtliche, sondern eine politische Entscheidung! Eine Entscheidung zugunsten, aller die sexualisierte Gewalt erfahren. Eine Entscheidung, die herrschende Normalität der Verhältnisse umzukehren. Die radikale Linke besitzt (glücklicherweise) weder die Möglichkeiten noch die Mittel, noch überhaupt die Notwendigkeit, um so etwas wie juristisches „Recht" zu sprechen. „Jetzt Gilt's" haben das offensichtlich weder begriffen noch einen solchen politischen Blickwinkel. Die Zielsetzung von Definitionsmacht ist nicht Strafe, sondern ein Blickwinkel, der geschützte Räume und Bewegungsfreiheit für Betroffene von sexualisierter Gewalt in den Vordergrund stellt. Der beständige Angriff auf die Definitionsmacht als eine Art unge-

„Seit der Veröffentlichung von Baise-moi-Fick mich lerne ich immer wieder Frauen kennen, die mir erzählen: Èlch bin vergewaltigt worden, damals war ich soundso viele Jahre alt und das waren die näheren Umstände.Ç Solche Szenen ereigneten sich derart häufig, dass es fast schon anfing, mich zu stören und zu Anfang überlegte ich mir ernsthaft, ob die mich vielleicht alle anlogen. Das liegt in unserer Kultur, seit der Bibel und seit der Geschichte von Joseph in Ägypten wird die Aussage einer Frau, durch die ein Mann einer Vergewaltigung bezichtigt wird, nur bedingt für bare Münze genommen. Endlich gestand ich es mir ein. Es ist ein Verbrechen das Verbundenheit schafft und Klassenunterschiede auflöst, unabhängig davon, ob die Aufteilung in Klassen nun auf gesellschaftlichen Kriterien beruht oder mit Alter, Schönheit oder charakterlichen Eigenarten zu tun hat. Was hat man also davon zu halten, das sich die Gegenseite so gut wie nie zu Wort meldet: Èlch habe Frau Soundso vergewaltigt, es ereignete sich an dem und dem Tag und das waren die näheren Umstände."

Virginie Despentes [King Kong Theorie]

rechte Rechtsauffassung geht auch auf die Suche nach einer Objektivität zurück, die in diesem Kontext kaum herstellbar ist.

Was ist eine Vergewaltigung? Gibt es einen technischen Sachverhalts- und Kriterienkatalog? Kann ein Täter überhaupt jemals definieren, ob etwas keine Vergewaltigung gewesen ist? Und wenn nicht er, wer dann? Sein Freund_innenkreis oder das Stadtteilplenum nach gründlicher Analyse aller vorgelegten Daten? Die Situation ist offensichtlich: Nur ein von sexualisierter Gewalt betroffener Mensch kann eine Vergewaltigung als solche empfinden und definieren. Doch selbst für diesen ist es oft schwierig bis unmöglich, dies (an) zu erkennen. Dafür sorgt schon unsere Sozialisiation und nicht zuletzt der kollektive, suggestive Blick auf Vergewaltigungsopfer: „Bin ich nicht selber Schuld? ", „Habe ich es nicht doch so gewollt? ", „Stell dich mal nicht so an, war doch gar nicht so schlimm!"

Dieses gesellschaftsumspannende Prinzip der Unsichtbarmachung sexualisierter Gewalt gilt es zu begreifen, anstatt „Mißbrauch mit dem Mißbrauch"-Kampagnen zu starten und einen Täter_innenblick zu entwikkeln, der mittels pauschalisierter Unschuldsvermutung, zum Fortbestand der patriarchalen Norm beiträgt.

V. Drüber reden lassen...

Seit „Woodstock" ist dem Thema der sexualisierten Gewalt wohl selten so einfach begegnet worden wie bei „Jetzt Gilt's". Der Parteilichkeit mit Betroffenen von sexualisierter Gewalt, wird ein lasst uns doch mal drüber reden entgegengesetzt. „Täter"- und „Opfer"-Perspektive werden darin weitgehend gleichgesetzt oder kommen nicht vor. Kein Wort darüber wer mit wem unter welchen Bedingungen spricht. Zufall? Wohl kaum. Um solche Sprechorte zu definieren, müsste eine Vergewaltigung ja erst mal „anerkannt" werden und eben dem wird sich ja mit allen Mitteln erwehrt.

Wenn dies alles zur Zufriedenheit der Beteiligten bestimmt wäre und in einem solchen Rahmen dann wenigstens Klartext geredet würde, dann ließe sich dem ja durchaus etwas abgewinnen. Aber in der zugrunde liegenden Situation, dient eine solche Veranstaltung doch lediglich dem Zweck, die Veröffentlichung und den existentiellen Angriff einer Vergewaltigung als rein subjektive Spinnerei der Betroffenen abzutun.
Es lässt sich oft und viel über Vergewaltigung und sexuelle Gewalt diskutieren. Das dies nicht geschieht, liegt nicht daran, dass zu viele Vergewaltigungen in der Szene öffentlich gemacht werden, sondern zu wenige. Die Aufforderung zur Neutralität wie bei „Jetzt Gilt's" bedeutet nichts anderes als einen Arschtritt für alle, die eine Vergewaltigung erlebt haben. Es ist die Aufforderung, das Maul zu halten und die Dinge so zu belassen wie sie sind. Konsequenzen, Solidarität und Parteilichkeit sind nicht vorgesehen in der schönen Welt eines kuscheligen Diskurses. Solange aber Betroffene von sexualisierter Gewalt befürchten müssen stigmatisiert zu werden, solange wird auch der allergrößte Teil an Vergewaltigungen im Dunkeln bleiben und niemals öffentlich.

Wenn man von sexualisierter Gewalt hören mag, dann ist erstmal notwendig sichere Räume zu schaffen, in denen der konkrete Täter nichts verloren hat. Dann ist notwendig die Definitionsmacht anzuerkennen und Parteilichkeit als eine kritische Solidarität zu üben. Dann ist es notwendig Betroffene, außerhalb einer Rolle als „Opfer", in ihren subjektiven Bedürfnissen und Wünschen zu unterstützen. Ihre Geschichte und Betroffenheit nicht als etwas fremdes in Frage zu stellen, sondern als kollektiven Teil der Geschichte von uns allen zu begreifen.

Weshalb kommt der leichtgewichtige Vorschlag „man müsste mal Allgemein drüber reden", eigentlich immer dann, wenn gerade eine Vergewaltigung öffentlich gemacht wurde? Ich behaupte einfach mal, weil der echte dahinter liegende Grund der ist, dass man in Wirklichkeit eben möglichst doch nichts damit zu tun haben möchte. Doch entgegen dem was in „Jetzt Gilt's" aufscheint, gibt es sie vereinzelt durchaus, jene Spektren und Gruppen, die sich auch ohne aktuellen Vorfall über sexualisierte Gewalt, queere Lebensentwürfe und/oder Heteronormativität auseinandersetzen. Nicht „die Autonomen" sondern meist ebenjene Gruppen sind es dann auch, die nach einer veröffentlichten Vergewaltigung, von allen, die lieber nur drüber reden wollen, als Hüter_innen einer Szenenorm angegriffen werden.

VII. Einige grundsätzliche Gedanken

„Sexismus stellt wie Rassismus oder Kapitalismus eine größere gesellschaftliche Struktur dar, ein Verhältnis, aus dem ein "Ausstieg" durch einen Willensakt oder eine Absichtserklärung nicht einfach möglich ist. Wir alle sind Teil sexistischer Strukturen: Unser alltägliches Verhalten, unsere Geschlechtsidentität, unsere Gefühle und Körper sind Teil und Ergebnis dieser Strukturen und reproduzieren sie gleichzeitig."
Gruppe Antisexistische Praxis - Berlin

Männer unterstützen eine vergewaltigte Frau aus einer anderen Position als Frauen. Denn im Regefall sind es Männer, die Täter sind und Frauen, die vergewaltigt werden. Vergewaltiger sind dabei keine andersartigen Schweine, sondern ganz normale Männer. Ein Blick, der Täter dämonisiert, dient lediglich dem bequemen Verdrängen der unbequemen politischen Dimension von Vergewaltigungen.

Oft gibt es unter Männern den eher unbestimmten Reflex, sich in einer aus den Augen aus dem Sinn Mentalität zum Rollkommando zu machen, dass einen Täter des Ortes verweist und jeden eigenen Bezug zu sexualisierter Gewalt gleich mit. Ist der Andere erstmal weg, hat man sich selbst als besserer Mann versichert, geht die sexistische Normalität ungestört weiter. Männer haben Frauen zu unterstützen ohne bevormundend zu werden, ohne den

Gorilla abzugeben oder die Initiative gänzlich an sich zu reißen. Aber Männer sind darüber hinaus auch in der Verantwortung, eigenständige Positionen und Beträge für eine antisexistische Praxis zu liefern. So schwierig das bisweilen auch sein mag.

Frauen sind nicht gezwungen, sich über Täter Gedanken zu machen. Männer schon. Eine wirkliche antisexistische Praxis von Männern kann sich nicht nur auf Unterstützung der Frau beschränken, sondern muss Vergewaltiger als Teil der eigenen Sozialisation begreifen. Dies darf nicht in Verharmlosung („Alla wir sind ja alle Vergewaltiger"), Täterschutz oder Männerkumpanei abgleiten, sondern ist notwendig um nachhhaltige Perspektiven zum Umgang mit Vergewaltigungen zu schaffen.

Das es nicht ausreicht, einen Vergewaltiger aus der Szene zu scheuchen ist wohl klar. Konkrete Alternativen müssen sich im Einzelfall ergeben. Den räumlichen Rahmen gibt die betroffene Frau vor, entsprechende Forderungen von ihr und die Tat an sich hat der Mann -als Voraussetzung für alles weitere- zu akzeptieren. Eine mit der Frau solidarische Gruppe sollte sich mit dem Täter auseinandersetzen und Kontakt halten, sofern dies von ihm ermöglicht wird. Nur über eine solche anzustrebende Auseinandersetzung ist eine „Normalisierung" möglich.

VIII. Und Nun?

Zwar gab es im aktuellen Fall den Versuch, eine andere Art von Auseinandersetzung zu führen, doch dieser Weg ist ganz offensichtlich gescheitert. Einerseits scheint sein direktes Umfeld sich schlichterdings als Täterschutz positioniert zu haben, andererseits wird die Vergewaltigung als solche geleugnet. Spätestens nachdem der Täter wieder nach Hamburg gezogen ist, ist die Situation vollends untragbar geworden.
Ob es legitim ist, einen Vergewaltiger der in eine andere Stadt gezogen ist „öffentlich" zu machen, hängt von dessen Verhalten in der Auseinandersetzung ab und dem, was die Betroffene darin definiert. Mag sein, das ich schief liege, aber im aktuellen Fall habe ich aus der Ferne eher denn Eindruck, da wurden irgendwie noch andere Sachen drüber geklärt. Zumindest scheint es aus dem Umfeld der Frau und aus dem Umfeld des Täters gleichermaßen zu sexistischen oder teilweise gewalttätigen Vorfällen gekommen zu sein, die keinesfalls zu akzeptieren sind. Unabhängig von diesen Vorkommnissen bleibt der Umstand der Vergewaltigung bestehen und dies ist der Punkt auf den ich mich beziehen kann und will.

Vorraussetzung für eine weitere Auseinandersetzung mit einem Vergewaltiger ist dessen Anerkennen der Vergewaltigung und die entsprechende Rücksicht auf die Bedürfnisse der Frau. Im aktuellen Fall ist diese Einsicht beim Vergewaltiger ganz offensichtlich nicht gegeben. Ein tolerieren von ihm in linken Räumen, würde daher die Unterstützung einer andauernden Grenzverletzung darstellen.

Es ist notwendig dem Vergewaltiger deutlich zu machen, dass er die Forderungen der Frau gefälligst zu erfüllen hat. Hausverbote sind ebenso ein Weg hierzu, wie ein Ansprechen auf Demonstrationen oder Straßenfesten. Es geht dabei nicht darum, irgendwen zu bestrafen oder zu stigmatisieren (beides wird unabhängig vom Wolllen zugegebenermaßen oft anders begleitet), sondern darum, der Betroffenen weitere Verletzungen und Traumatisierungen zu ersparen.

Ein „Wegdrehen" vor dieser Situation, wie die Autor_innen von „Jetzt Gilt's" einfordern, ist eine Solidarisierung mit dem Täter. Wenn von diesen gleichzeitig ein „angstfreies Reden" vorgeschlagen wird, dann muss das wie Hohn und Spott in den Ohren der Betroffenen klingen. Letztlich geht es den Autor_innen erstmal um ihre eigenen Ängste und Befindlichkeiten und die des Täters. Frau soll sich stattdessen mal nicht so anstellen und die Kirche im Dorf lassen. Wo am Diskurs gehobelt wird fallen halt Späne.

VIII. Fazit

„Jetzt Gilt's" kehrt in den sicheren Hafen „bewährter" Gesellschaftsstrukturen zurück. Die Autor_innen entwickeln keine Alternativen. Das vorherrschende Wertesystem in Frage zu stellen ist auch gar nicht die Motivation des Textes. Die liegt vielmehr darin, aus einem direkten Bezug zur aktuellen Vergewaltigung, eine öffentlichkeitswirksame Positionierung gegen die marginalen Ansätze antisexistischer Praxis zu entwickeln.

Dass so manche Allgemeinheit als große Erkenntnis aufgetischt wird, soll wohl die unwiderlegbare Schärfe der eigenen Argumentation demonstrieren. In oberflächlicher Art und Weise selbsterfüllt sich dies dann auch. Spannender wird es lediglich, wenn der Text sich mal nicht in zeitgeistgemäßer Autonomenschelte verliert, sondern um das Wesentliche dreht. Zwischen den Zeilen bleibt vor allem folgendes stehen: Eine Vergewaltigung hat es nicht gegeben, Definitionsmacht ist oller Quatschkram und lasst den angeblichen Vergewaltiger doch mal in Ruhe!

Zum Schluss noch eine Bemerkung zur Unterzeichnung des Artikels. Wenn überhaupt dann hätte ich spannend gefunden welchen geschlechtsspezifischen Hintergrund die Autor_innen haben. Ob sie aus einer gewissen Nähe zum Umfeld des Vergewaltigers stammen. Vielleicht von welchem politischen Hintergrund sie sprechen. Stattdessen gibt es ein nichts sagendes „Wir sind voll super wichtig auf allen Plenas unterwegs". Man fragt sich während des Lesens unwillkürlich, ob diese sperrige Selbstbeschreibung den Autor_innen Autorität oder ihrem gestelzten Gemälde einer homogenen „Szene" Authentitzität verschaffen soll?

Möglich aber auch, dass es sich einfach nur um ein schlichtes Schulterklopfen handelt. Ein Schulterklopfen, dass sich dem eigenen Husarenstück versichern soll, zwar selber irgendwie dazuzugehören, aber moralisch auf der besseren Seite zu stehen und es denen "da oben" mal ordentlich gezeigt zu haben. Mission erfüllt!

Ein altautonomer „Szenefürst"

„Daran sieht man, dass die Männer immer noch ganz genau das tun, was die Frauen sich selbst über Jahrhunderte hinweg angewöhnt haben: Sie nennen das Kind ganz einfach nicht beim Namen, flunkern sich was zusammen und stutzen sich die Sache so zurecht, dass sie bloß nicht das Wort verwenden müssen, das auf treffende Art das bezeichnen würde, was sie eigentlich getan haben. Sie haben halt eine Alte aufgerisssen, bei der sie erst noch „'n bischen nachhelfen mussten", haben sich vielleicht "'n Tick zu doll gehen lassen" oder aber ihre Eroberung war „stockbesoffen", oder Nymphomanin, die natürlich nur so getan hat, als ob sie keinen Bock hätte. Wenn am Ende doch gevögelt wurde, dann deshalb, weil die Frau am Ende ja auch scharf drauf war."

Virginie Despentes [King Kong Theorie]

Vergewaltigungs-Debatte Hahaha?

Zu Beginn des neuen Jahres wurde die in Hamburg laufende Auseinandersetzung über eine Vergewaltigung durch einen längeren Beitrag unter dem Titel "Jetzt gilt's" bereichert, der auch in der letzten Zeck abgedruckt war. Dieser anonyme Text soll nicht unkommentiert bleiben.

"Fragend gehen wir voran", schreibt ihr paradigmatisch am Ende. Das ist ein schöner Satz, der seit dem zapatistischen Aufstand in Mexiko einen wohltuenden Klang in linksradikalen Ohren hervorruft. Leider macht ihr in eurem Text aber genau das Gegenteil. Entgegen eurer Behauptung stellt ihr überhaupt keine Fragen, ihr stellt nur viele abstruse, teils reaktionäre Behauptungen auf. Nach dem ersten Lesen fragen wir uns allerdings, worum es euch denn überhaupt geht?

Es schimmert an verschiedenen Stellen euer Ärger über eine vermeintlich ungebrochene Dominanz des "Differenzfeminismus der 80er Jahre" in der linksradikalen Szene durch, der im Zuge von angeblich initiationsrituellen Vergewaltigungsdebatten immer wieder lähmende "Denkverbote" erneuere. Diese Denkverbote müssten dringend überwunden werden, um endlich eine "antisexistische Vielfalt" in der Szene entwickeln zu können. Ihr phantasiert von einer wirkungsmächtigen "linkskonservativen Verteufelung von Vergewaltigern", die Ausdruck dafür sein soll, dass "wir" (vermutlich ‚die Szene') uns einem "disziplinären K-Gruppen Dogmatismus annähern", der dem Geist autonomer Politik zuwider laufe. Die aktuelle Vergewaltigungsdebatte, und darin vor allem die Frage des Definitionsrechts, nehmt ihr als Beleg. Ihr meint, dass innerhalb der linksradikalen Szene durch die Anwendung und durch die strukturelle Verfasstheit des Definitionsrechts historisch erkämpfte bürgerliche bzw. demokratische Rechtsstandards einem mittelalterlichen Inquisitionsregime geopfert würden.
Ihr reklamiert auch die Errungenschaften postmoderner Diskursanalyse für emanzipatorische Formen von Politik. Ihr kritisiert in diesem Zusammenhang, dass die "Initiatoren der Debatte" ihren "Sprechort verschweigen und sich stattdessen als objektive Instanz setzen", indem sie einen "ernsthaften und seriösen Ton anschlagen". Mit farbenreich aufs Papier gebrachten Bildern illustriert ihr eure Behauptung, dass mit der verhandelten Auseinandersetzung vor allem ein "Kampf um die Diskursmacht" in der linksradikalen Szene ausgetragen würde. Ihr beschreibt "Postautonome Antipatmänner", die allen anderen ihre "antisexistische Pistole auf die Brust" setzten, einen "Knebelvertrag" zur Unterschrift vorgelegen (gemeint ist wahrscheinlich der Bündnisaufruf "Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger", Zeck Nr. 140, Sep./Okt. 2007) und damit durch Bekenntniszwang eine Atmosphäre der Angst verbreiten würden, in der Fragende zu TäterschützerInnen gemacht werden. Euer Text endet damit, dass "das Ziel" (nicht speziell dieser Debatte sondern der allgemeinen politischen Auseinandersetzung vermutlich) sein sollte, einen "diskursiven Raum zu schaffen", der in einem ersten Schritt durch die "Verweigerung, sich positionieren zu müsssen" entstehen könnte. Durch "Ignorieren" sollen die "Wortführer ins Leere " und die "VerteidigerInnen der ‚Standards' auf ihren Platz verwiesen" werden.

Nach einer zweiten Lektüre verwandelt sich unsere Ungläubigkeit in Ärger. Als Beitrag in der laufenden Vergewaltigungsdebatte wird euer Text den diskursanalytisch unkundigen LeserInnen nicht gerade wie ein Musterbeispiel von konsequentem Ignorieren erscheinen können. Dafür würde doch ein kurzes "Vergewaltigungsdebatte Hahaha" von euch, im Wegdrehen lässig hingerotzt, viel ausdruckssträrker sein. Euer Text ist in seiner abstoßenden und denunziatorischen Polemik auch kein überzeugendes Plädoyer für eine andere oder neue Diskussionskultur, von der ihr schreibt. Es bleibt für uns der Eindruck, dass ihr mit "Wegdrehen, Ignorieren und Verweigern" sagen wollt: "Wir weigern uns, einen Menschen einen Vergewaltiger nennen und auch noch bestrafen zu sollen, dessen Schuld nicht von einer unabhängigen Instanz bewiesen wurde."

Schön, ihr wollt euch nicht positionieren. Ihr begründet das sehr ausführlich damit, dass die Anklägerin mit dem Instrument des "grenzenlosen Definitionsrechts" sich auch gleich zur Richterin ermächtigt. Das Definitionsrecht würde ihr nicht nur die Möglichkeit verschaffen, zu sagen, wie sie sich gefühlt habe, sondern tatsächlich "alleinig (!) bestimmen" zu können, was passsiert ist. Besonders perfide ist in diesem Zusammenhang euer rhetorischer Trick, dem Definitionsrecht den Brandgeruch der Scheiterhaufen der Inquisition zu verleihen. Das Definitionsrecht ist selbstverständlich kein göttlicher Ratschluss und auch bestimmt nicht das Ende der menschlichen Befreiungsgeschichte. Es ist in gewisser Weise armselig. Aber nicht, wie ihr behauptet, weil es undemokratisch wäre und hinter bürgerliche Rechtsstaatsprinzipien zurückfallen würde, sondern weil es ein traurig-notwendiger Ausdruck und ein konkretes Ergebnis unserer eigenen sexistischen Gewaltstrukturen und Gewaltgeschichte ist. Es ist eine bittere Reaktion auf konkrete reale Gewalt. Das Definitionsrecht ist genauso willkürlich, wie unser Recht, das staatliche Gewaltmonopol zu ignorieren und leider auch genauso wir-



kungslos. Als Instrument gegen reale Gewalt ist es ebenso jämmerlich und verbesserungswürdig, wie die Idee, mit brennenden Müllsäcken den §129a abzuschaffen und GenossInnen aus dem Knast zu holen. Die Frage ist für uns aber deshalb im Augenblick nicht, ob das Definitionsrecht richtig oder falsch ist, sondern ob es notwendig und legitim ist.

Ihr findet starke Worte für eure Empörung über "heuchlerische Profeministen". Ihr sagt aber wenig zu eurem Ärger über patriarchale Gewaltverhältnisse im allgemeinen, noch weniger über eure ggf. vorhandene eigene Hilflosigkeit im Umgang mit dieser Gewalt wenigstens in unseren Strukturen und überhaupt nichts über eure Empathie für die Betroffenen dieser Gewalt. Warum schreibt ihr nicht einfach, dass ihr gerne andere, bessere, wirkungsvollere Lösungskonzepte als die bekannten vorschlagen würdet, dass ihr aber keine habt? Warum klingt bei euch nur Bedauern für die vermeintlichen ‚Antisexistischen-Kiezjustiz-Opfer' durch? Warum fühlt ihr euch in dem Augenblick, in dem eine Vergewaltigung öffentlich gemacht wird, genötigt, diejenigen anzugreifen, die sich mit der Betroffenen solidarisieren?
Solidarität mit den Betroffenen sexistischer Gewalt sollte eine politische und menschliche Selbstverständlichkeit sein. Sie ist bestimmt nicht die revolutionäre Überwindung des Patriarchats. Die Verweigerung politischer Solidarität ist für die Betroffenen persönlich und politisch katastrophal und deshalb mehr als begründungswürdig. Die Verweigerung von Solidarität bedeutet nicht automatisch die patriarchale Konterrrevolution (in diesem Fall: Täterschutz). Aber eure Suggestion, dass nur durch Verweigern und Ignorieren in dieser konkreten Auseinandersetzung für alle Beteiligten ein abstrakter "angstfreier" diskursiver Erkenntnisraum geöffnet, und damit konkret für Deeskalation gesorgt werden kann, stellt alles auf den Kopf und verdeckt, dass euch die Situation der Betroffenen überhaupt nicht interessiert. Seit Jahren kämpft die Betroffene für den Traum von einem angstfreien Raum so isoliert wie erfolglos. Die realen Bedrohungen und Übergriffe gegen sie und ihr Umfeld sind schon in der Zeit eskaliert, als nichts öffentlich war. Dass das auch nach dem Schritt an die Öffentlichkeit weitergeht, zeigt uns eher, wie stumpf in Wirklichkeit das Schwert des Definitionsrechts und wie überflüssig euer Appell, die Solidarität zu verweigern, ist.

Beim dritten Lesen eures Textes drängt sich dann doch irgendwann die Frage auf, was ihr eigentlich tut, um NICHT den Eindruck entstehen zu lassen, ihr wolltet euch schützend vor den Täter stellen. Natürlich stellt ihr nur dar, wer ganz allgemein in irgendeiner Vergewaltigungsdebatte Gewalt ausübt und wer davor Angst haben muss. Es geht euch um abstrakte Erkenntnis und ihr sucht nach neuen Antworten, weil ihr es angeblich leid seid, untaugliche Standards verteidigen zu müssen und ihr habt noch keine Antworten gefunden, weil das Fragenstellen tabuisiert wird. Versucht doch einfach mal zur Erkenntnisgewinnung die gute alte Klassenfrage zu stellen (die kennt ihr doch sicher noch, oder?): Wem nützt das, was ihr über die "linkskonservative Verteufelung von Vergewaltigern" schreibt? Nützt es vielleicht der Betroffenen? Nützt es tatsächlich dieser nebulösen "antisexistischen Vielfalt" (zapatistisch für: eine Welt, in die viele antisexistische Welten passen)? Dann ist das sicher nicht unsere Vielfalt.

Noch Fragen? Ach ja, nachdem wir jetzt geklärt haben, warum wir das Nichtpositionieren aller Umstehenden politisch und menschlich inakzeptabel finden, wüssten wir zum Beispiel gerne noch, wie denn wohl aus eurer Sicht der richtige Umgang mit dem Vergewaltiger bei einem Vergewaltigungsvorwurf aussehen soll, wenn wir ihn schon nicht dem Definitionstandgericht ausliefern und sämtlicher bürgerlicher Rechte berauben dürfen? Wisst ihr auch nicht?
Im Augenblick sieht die Realität aus wie so oft und es läuft genau so, wie es immer läuft: eigentlich passiert überhaupt nichts und die Auseinandersetzung wird ergebnislos enden, wenn das so bleibt. Wem nützt das?

Der deprimierende Verlauf von Vergewaltigungs-Auseinandersetzungen war immer bestimmt von dem, was den jeweils Beteiligten gerade so einfiel. Das ist auch jetzt wieder so. Habt ihr den Unterstützern von T. wirklich nicht mehr zu sagen, als die 5 Zeilen in eurem dreieinhalb Seiten langen Text? Sogar wenn ihr T. nicht als Täter bezeichnet, solange er es nicht selbst tut, wisst ihr, dass er Akteur in dieser Auseinandersetzung ist, die nicht nur verbal immmer wieder entgleist. Habt ihr irgendwelche guten Ratschläge für ihn, was er vielleicht jetzt tun oder unterlassen sollte, um einen angstfreien Diskurs zu ermöglichen?

Wir hoffen, dass euch beim flüchtigen Lesen dieser Zusammenfassung und Kommmentierung eures Textes wenigstens deutlich wird, wie unverschämt er auf die Betroffenen sexistischer Gewalt wirken muss. Sowohl dadurch, was ihr sagt, und auch dadurch, wie ihr es sagt. Möglicherweise fühlt ihr euch jetzt auf bösartige Weise in ein falsches Licht gestellt, weil ihr nur allgemein über moralische, formale oder strukturelle Probleme beim ‚korrekten' Umgang mit Vergewaltigungsvorwürfen sprechen wolltet, oder weil euch die Scheinheiligkeit selbsternannter ‚Antisexisten' ankotzt, oder weil ihr euer Denken und Fühlen in bipolaren Täter-Opfer-Kategorien endlich überwinden wollt, um die linksradikale Szene einem Zustand allgemeiner Befreiung näher zu bringen. Denkbar ist vieles. Absehbar ist, dass ihr nicht nur an diesem Punkt, sondern generell in den Schoß entpolitisierter und reaktionärer Bürgerlichkeit zurückschreitet. Das wiederholte Kreisen um bürgerliche Rechtsinstitute liest sich wie der Versuch, ein nicht abgeschlossenes Jurastudium einer allgemeinen Entpolitisierungsinitiative zuzuführen. Aber warum dafür so ein langer Text von euch? Warum das kindische Versteckspiel darum, wer ihr seid? Soll das suggerieren, dass ihr euch vor den von euch prophezeiten Täterschützervorwürfen schützen müsstet? Oder ist auch euer Maskieren wieder die zapatistische Geste, die sich als billige Attitüde entpuppt: sich zu maskieren, um gesehen (hier: gehört) zu werden? Dann wäre es wohl pfiffiger von uns, euch einfach zu ignorieren.

Fragend laßt ihr uns zurück. Aber geht trotzdem ruhig schon mal voran.

P.S.: Die Entscheidung der GenossInnen der Zeck, den Text "Jetzt gilt's" abzudrucken, finden wir falsch. Entgegen eurer Darstelllung dient der Text nach Form und Inhalt nicht, wie ihr als Einleitung schreibt, der "konstruktiven Auseinandersetzung". Die reaktionären Aussagen des Textes verschärfen die Situation für die Betroffene und ihr Umfeld, eine Situation die für die Betroffene wie ihr wisst, seit Jahren zu massiven Einschränkungen führt. Auch ist dieser Text die propagandistische Spitze einer Verweigerungsstrategie in Teilen der ‚Szene', sich mit dem Vorfall und mit Sexismus im allgemeinen auseinanderzusetzen. Wenn ihr trotzdem, wie ihr sagt, in eine konstruktive Auseinandersetzung kommen wollt, dann hätte dem Text eine weitergehende kritische Stellungnahme vorangestellt werden müssen. Soviel Parteilichkeit tut Not. Neutralen Grund gibt es in einer revolutionären Perspektive nicht und schon gar nicht in Fällen wie diesem.

gruppe commode, Februar 2008
(www.gruppe-commode.org)

"Niemand hat die Absicht, eure Revolution zu verhindern". Außer uns.

Das Folgende stellt zumindest teilweise eine Antwort auf den Text "Jetzt gilt's", Zeck Nr.142 dar, welcher wiederum eine Reaktion auf den in der Zeck Nr. 140 abgedruckten Text "Sexualisierte Gewalt in linken und subkulturellen Zusammenhängen. Zum aktuellen Umgang mit einem Vergewaltiger" und die damit ausgelösten Ereignisse darstellt.
Die hier Schreibenden sind Einzelne aus dem Bündnis, das sich durch eine klare Parteilichkeit für die von den Vergewaltigungen Betroffene auszeichnet, sprechen aber nicht für das Bündnis.
Wir finden es richtig, den Text "Jetzt gilt´s!" in der Zeck abzudrucken, nicht weil wir Objektivität oder Unparteilichkeit einfordern wollten, sondern da sich andernfalls die AutorInnen hätten wieder zum Opfer der Zensur hätten stilisieren können. Zudem bietet uns der Text, dem auch alle folgenden Zitate entnommen sind, noch mal die Möglichkeit zu versuchen, einige Punkte hoffentlich klarer zu machen.
Allerdings durchbricht der Text keineswegs, wie in dem Vorwort der Redaktion angekündigt, das "reine Reiz-Reaktionsschema" der Debatte. Auch bildet er kaum Ansatzpunkte einer "konstruktiveren Auseinandersetzung". Aber auch wir haben genügend Kritik am bisherigen Verlauf der Diskussion, die eigentlich keine ist. Im Folgenden wollen wir nur auf einige Punkte des Jetzt-gilt's-Textes eingehen, dem alle mit "…" gekennzeichneten Zitate entnommen sind, sowie einige allgemeine Anmerkungen einbringen.

1. Die Definitionsmacht soll nicht die Errungenschaften des bürgerlichen Rechtsstaates negieren, sondern eine ihrer Ungerechtigkeiten ansatzweise ausgleichen. Und nicht, diese Ungleichheit zwischen den Geschlechtern einfach umkehren. Während der Begriff des (Definitions)s eine Instanz voraussetzt, die dieses gewährt und durchsetzt, zielt der Macht-Begriff, wie in vielen anderen linken Bereichen, auf die Ermächtigung von Benachteiligten. Es geht um die Möglichkeit, eine Grenzüberschreitung benennen zu können, ohne in retraumatisierender Art und Weise befragt zu werden und Beweise erbringen zu müssen, die es in den meisten Fällen einfach nicht gibt. Ziel ist die Herstellung eines Schutzraumes für ein ‚Opfer'. Auch das bürgerliche Recht, auf dem hier herumgeritten wird, ist da schon weiter als die vermeintlich so progressiven Autor_innen des Textes. Vergewaltigung in der Ehe ist tatsächlich eine Straftat, auch wenn das Opfer nicht blutend ins Krankenhaus eingeliefert werden muss. Wo es keine Beweise geben kann, wie richtig erkannt wurde, hilft auch die Anhörung beider Seiten nicht weiter. Der Vergleich mit der Inquisition und auch mit den 129a-Verfahren hinkt auf mehr als einem Huf. Die "autonomen Feministinnen" haben keine staatsgleiche Macht inne, und weder die logistischen Mittel noch den Willen, jemanden wegzusperren oder zu therapieren. Wir haben noch keine Scheiterhaufen gesehen. Die Forderungen an die Seite des Beschuldigten sind keine Straferlasse, sondern Versuche, Schutzräume für die Betroffene herzustellen. Es geht auch nicht darum, die Betroffene zur Richterin über das Schicksal des Täters zu erheben, sondern um das um einzig Machbare: Forderungen mit der Betroffenen zu erarbeiten, die ihr wieder ein möglichst freies Bewegen ermöglichen und auf Kompromissbereitschaft, wenigstens in kleinstem Rahmen zu hoffen. Offensichtlich sind wir zu sehr von uns selbst ausgegangen: Würde mir ein solcher Vorwurf gemacht, würde ich, ob schuldig oder nicht, erst mal anerkennen, dass sich jemand von mir unfassbar verletzt fühlt und dass das ernst zunehmen ist. Das würde mir leid tun, und ich würde "freiwillig" vorerst - wenn das gewünscht wäre- von Partys etc. fernbleiben. Als Freund_in der/des Beschuldigten würde ich eine solche Haltung vorschlagen.
Ist das so abwegig?

2. Das Prinzip der Definitionsmacht ist selbstverständlich nicht die ultimative Lösung. Wir haben, auch wenn uns das abgesprochen wird, tatsächlich erhebliche "Bauchschmerzen und handfeste Kritik" an diesem Konzept. Um davon nur einiges zu nennen:
a. Die Definitionsmacht reproduziert das binäre Geschlechtersystem und konstruiert Frauen entlang stereotyper Kategorien als unschuldiges Opfer und Männer als Täter. Eben diesen Opferstatus will es aber durch Selbstermächtigung überwinden. Aber auch Judith Butler sagt ja nicht, dass es hier und heute keine Geschlechter gibt, sondern nur, dass dies nicht so sein müsste. Sexualisierte Gewalt wird immer noch zum allergrößten Teil von Männern gegenüber Frauen ausgeübt. Wie mit sexualisierten Übergriffen z.B. von Männern an anderen Männern, u.a. Homosexuellen, umgegangen werden sollte, muss diskutiert werden
b. Wie jedes Prinzip kann auch dieses bewusst falsch verwendet werden. Wir gehen aber erst Mal davon aus, dass Frauen wisssen, was passiert, wenn sie einen Vorwurf äußern, und dass sie dementsprechend verantwortungsvoll damit umgehen. Wir fragen uns aber, wie eine Frau denn tatsächlich von einem ungerechtfertigten Vorwurf profitieren sollte, da in allen uns bekannten Fällen einer Veröffentlichung von Vorwürfen die Frau die einschneidensten Konsequenzen hiervon trägt. In anderen Situationen vertraut man ja auch darauf, dass persönliche Macht nicht missbraucht wird und wenn dabei Fehler passieren, führt das normalerweise eben nicht zur Abschaffung dieser Mittel (z.B. Hausverboten), sondern bestenfalls zur Weiterentwicklung und Konkretisierung.

c. Die Definitionsmacht sollte ein Orientierungsrahmen für den Umgang mit sexualisierter Gewalt sein, und kein unumstößliches Regelwerk, bei dem es um Ge- und Verbote geht, auch wenn das häufig leider so dargestellt und auch so verwendet wird. Es steht für eine politische Haltung von Parteilichkeit, die Widersprüche und Zweifel zulässt, solange sie nicht die Integrität einer Betroffenen in Frage stellen.

d. Letztendlich sollte es trotzdem darum gehen, eine von einem Übergriff Betroffene zu schützen und anderen Betroffenen von Angriffen auf ihre sexuelle Selbstbestimmung immerhin Möglichkeiten zu bieten, über ihr Erlebtes zu reden und einen gewissen Schutz zu erhalten. In der gegenwärtigen Situation, mit Blick auf das vergangene Jahr, sollte man eigentlich allen (zukünftigen) Betroffenen raten, bloß ihren Mund zu halten und zu Hause zu bleiben. Das sehen auch die Autor_innen des Jetzt-gilt's - Textes wohl ähnlich. Vorwürfe zu ignorieren, hätte der Szene (mit Ausnahme der Betroffenen) ganz eine stressige Zeit ersparen können. Aber wird Ignoranz damit zur aktuell bestmöglichen Strategie?

e. Wenn es irgendwo bessere Konzepte gibt, mit sexualisierter Gewalt umzugehen, Räume zu öffnen, in denen Betroffene über ihre Erfahrung reden können, und ihnen Schutz zu gewähren, sind wir für Vorschläge offen. Leider kommt von vielen Seiten nur

die teilweise gerechtfertigte Kritik, aber keinerlei Alternativen oder Verbesserungsvorschläge. Ja, das Definitionsmachtsprinzip ist nur eine Notregelung angesichts der eigenen Hilflosigkeit. Aber in anderen Bereichen gilt implizit auch eine Definitionsmacht. Niemand fragt mich, wenn ich von einem Bullenübergriff berichte: Bist du dir auch ganz sicher, dass du das nicht auch selber wolltest/selber schuld bist/ dich nicht hättest wehren können, und ob es wirklich sooo schlimm war. Und das ist auch gut so.

"I didn't expect the Spanish Inquisition!"

3. Die Autor_innen des Textes statten die "UnterstützerInnen" der betroffenen Frau mit aller (Diskurs-)Macht zumindest in der auf "500 Auserwählte" reduzierten Szene aus, die Leute ihrer Gruppen und WGs verweisen können, und Männer nur noch als "heuchlerische Soft-Macker" akzeptieren. Natürlich wäre es schön, wenn ein Feminismus, der weit über den 80er Jahre Differenzfeminismus hinausgeht, zu den Standards gehören würde, genauso wie z.B. die Ablehnung des deutschen Staates oder von Rassismus. Da schreit auch niemand, dass hier versucht wurde, eine bösartige Diskurshoheit durchgesetzten. Sondern sie bilden jene politischen Grundlagen, aufgrund derer sich die sog. Szene als ‚linke' betrachtet. Dass zu diesen Grundlagen weder eine antisexistische, geschweige denn feministische Kritik gehört, zeigt sich, wenn der Argumentation des Textes folgend mal wieder die "autonomen Feministinnen" Schuld sind, dass sich keine interventionsfähige, politisch relevante Bewegung etablieren kann und die Revolution Jahr um Jahr verpasst wird. Was diese Revolution, incl. "Hegemoniale(r) Männlichkeit" ("weil die ist so oder so auch immer dabei") durchsetzen würde und wie emanzipatorisch die Gesellschaft dann wäre, sei mal dahin gestellt. Hier besteht eine Ähnlichkeit zur Restgesellschaft: Die Vorherrschaft eines feministischen Dogmas, das überall mit Macht durchgesetzt wurde, wird halluziniert, und dieses gilt es nun in antiautoritärer Manier zu brechen.

4. Auf den konkreten Fall musste reagiert werden, aber gerade um Persönliches ein bisschen raus zu nehmen und da an dem "Täter" eben kein Exempel statuiert werden sollte, wurde auf die notwendige grundsätzliche Debatte verwiesen. Zumal festzustellen ist, dass in Diskussionen, die nur abstrakt bleiben, die Lippenbekenntnisse immer leicht fallen, weil keine Konsequenzen folgen müssen. Von daher war es absehbar, dass Kontroversen entstehen würden. Wenn Vergewaltiger geschützt werden, ist das zwar eine "Meinung", aber die muss und sollte nicht - erst recht in sich als emanzipatorisch verstehenden linken Räumen- akzeptiert werden. Eine Meinung ist keine vernünftige Kritik, sondern nimmt subjektive Eindrücke als Wahrheit an, an der festgehalten wird, egal was kommt. Da die Jetzt-gilt's-Autor_innen selber den Link dahin aufmachen, müssen wir uns das Faschismus-ist-keine-Meinung-sondern-ein-Verbrechen auch gar nicht sparen.

5. Ebenso wie der Text anfangs ankündigt, "prophetisch" einen Ausblick über den Verlauf der Debatte leisten zu wollen, aber dann erst auf der vierten Seite (von vier) eine Pseudo-Prophezeiung aufmacht, ist er auch pseudo-kritisch. Geht es gegen Ende des Textes dann auch mal um die "Sexisten-Schweine", folgt über diesen Begriff hinaus keine Abgrenzung zu diesen, sondern nur die analytisch haarscharf differenzierte Ansicht, sie seien "oftmals genau so" wie die andere Seite. Zudem wird ihnen dann auch noch teilweise Recht gegeben, wenn sich diese über den "lustfeindlichen" und "moralinsauren" Umgang der autonomen Szene mit so genannten "F*-Wörtern" beklagen. Tut uns natürlich leid, dass ihr, liebe Autor_innen, da so lange was völlig falsch verstanden habt und jetzt nachholen müsst. Uns als Feminist_innen machen die F-Wörter (Ficken, Französisch und Feminismus) schon ziemlich lange großen Spaß. Das Unterstellen von Lustfeindlichkeit von antifeministischer Seite ist nicht grade neu, aber immer noch eine absolute Unverschämtheit und zeugt vor allem von der eigenen Abwehrhaltung und Unkenntnis jeglicher Theorie. Antisexismus heißt nicht Anti-Sex. Leuten, die sich gegen Vergewaltigungen aussprechen, ein beschissenes Sexualleben anzudichten, ist noch dümmer, als Antikapitalist_innen zu unterstellen, sie kritisierten nur am Kapitalismus rum, weil sie es nicht ins obere Management geschafft hätten.
In dieselbe Kategorie fällt der Vergleich, den der Jetzt-gilt's-Text zwischen BILD-Zeitung und Feminist_innen zeiht. Bild-Autoren und Feminist_innen seien sich einig, wenn es um Vergewaltigung geht. Schön dazu der fast noch aktuelle Fall des Marco W., der in der Türkei im Knast saß für eine Straftat, die hier in Deutschland auch eine ist. Die BILD verdreht hier hübsch den Täter zu einem garantiert unschuldigen Opfer, und außerdem sei es eine bekannte Wahrheit, dass Frauen nein sagen, wenn sie ja meinen. Typisch feministisch eben.

6. Generell geht es sowohl in der Szene wie auch im Jetzt-gilt's-Text eher selten um das Problem von Vergewaltigung und Übergriffen, sondern eher um das Bashing derer, die sich dagegen aussprechen. Fraglich scheint aktuell, ob das Thema Sexismus überhaupt als problematisch erkannt wird, oder wie gewohnt als Nebenwiderspruch abgetan wird. Oder, noch schlimmer, genauso wie eine gerechtfertigte Kritik am Antisemitismus stets nur als Mittel zur Szenespaltung und Unruhestiftung von notorischen Nörgler_innen verunglimpft wird. Wenn inhaltliche Auseinandersetzungen als Spaltungsversuche klassifiziert werden, ist logisch, dass eine Verweigerungshaltung zur Norm wird. Und sich geradezu stolz darauf bezogen wird, auch bei anderen Debatten, hier der um Antisemitismus, "enttäuscht" zu haben.
Dieser Spaltungsvorwurf denunziert sich zudem regelmäßig selbst. Wenn mensch zumindest perspektivisch eine andere Gesellschaft aufbauen will, muss man sich schon mal überlegen, mit wem und vor allem mit welchen Ansätzen das geschehen soll. Sich eine große harmonische Familie zu erhoffen, in deren Schoß man es sich hübsch identitär gemütlich machen kann, und die dann plötzlich eines Tages den gesellschaftlichen Umsturz wuppen soll, hilft da nicht weiter. Spaltungen sind natürlich oft bitter, gerade da eine politische Szenezugehörigkeit mehr als ein Hobby ist und die meisten von uns einen Großteil ihrer persönlichen Beziehungen innerhalb derselben haben. Aber sie sind notwendig. Wir wollen keine Revolution mit all jenen, die irgendwie dagegen sind. Was soll das schon für eine sein, wenn sie Menschen umfasst, denen z.B. Feminismus ziemlich am Arsch vorbei geht? Unsere nicht.

"Nobody expects the Spanish Inquisition!"

7. "Wie verweigern uns, die linkskonservative Verteufelung von Vergewaltigern zu unterstützen…." Alles klar. Vergewaltigung, find ich eigentlich ganz gut? Natürlich muss jemand, der vergewaltigt hat, nicht in jeder Hinsicht ein Unmensch sein. Ein Täter ist ja nicht nur Täter, sondern darüber hinaus oft in anderen Bereichen ein durchaus toller Mensch. Klar auch, dass ein Szene-Rauswurf nur der allerletzte Schritt sein kann, wenn jemand absolut nicht einsehen will, was er bei jemand anders verursacht hat. Es gibt genügend Fälle, in denen ein weiterer Umgang mit dem Täter sehr wohl angebracht und notwendig ist. Wir fragen uns in diesem Zusammenhang, warum die Autor_innen befürchten, man könnte ihnen mal wieder Handlungsunfähigkeit vorwerfen. Verweigerung ist eine Handlung. Bei ihnen besteht

zumindest dem Text nach ja auch kein Interesse, die aktuelle Situation für die Betroffene zu verbessern.

8. Auf beiden Seiten findet sich eine dezidierte Opferhaltung: Da sich in der Linken normalerweise immer mit Opfern/Unterdrückten solidarisiert wird, gehört es anscheinend dazu, jede Situation so zu deuten, dass die eigene Position mit einem Opferstatus versehen wird, um sich entsprechend empören zu können. So tritt an die Stelle der Solidarisierung eine Identifizierung mit einer Seite (seien es nun der Täter oder das Opfer), um sich quasi selbst als Hauptbetroffene_r einer Debatte zu stilisieren. Auf die jeweils andere Seite wird dann alles projiziert, was man nicht sein möchte. Die eigene Position in der Debatte wird eine identitäre, die nicht mehr nach Inhalten fragt.
Stattdessen sollte es nicht um Identifizierung gehen, sondern um reflektierte Einsicht und Empathie in einem tatsächlich "offen diskursiver Raum" gehen, der nicht, wie im Text, im übernächsten Satz negiert wird mit einer Losung, die eigene Positionierung zu verweigern. Leider haben das sich ja auch schon viele zur eigenen Handlungsmaxime gewählt. So auch der Beschuldigte und sein Umfeld. Wenn "Reflektion … faktisch vielmehr Assimilation" bedeutete, dann hätten wir aktuell ganz andere Probleme. Aber hier findet ja nicht mal ansatzweise eine Reflektion statt, sondern bloße Schuldabwehr.

9. Um aber einen "angstfreien" Diskusssionsraum zu schaffen, braucht es tatsächlich gewisse "Standards", die ausschließen, dass Betroffene zu intimen Einzelheiten befragt werden. Dennoch darf Definitionsmacht nicht zu einem Dogma werden, dass sämtliche Fragen und Zweifel und auch Differenzierungen von sexualisierter Gewalt und Übergriffen einfach verbietet. Es darf nicht dazu genutzt werden, Leute mundtot zu machen und ein repressives Redeklima herzustellen, in dem es nur noch darum geht, ob man für oder gegen das Definitionsmachtprinzip ist. Eine sachliche Debatte, in der alle Beteiligten ihre eigenen Motivationen reflektieren, verhindert, dass Menschen als reine Täter aufgebaut werden, die dann als Projektionsflächen herhalten müssen. An der dann die lebenslang gesammelte Wut über die sexistischen Verhältnisse und eigene Verletzungen ausgelassen wird und auf den, gerade von männlicher Seite, all das projiziert wird, was im eigenen Verhalten und Denken geleugnet wird. Dazu gehören auch begrifflich genaue Differenzierungen. Um Konsequenzen und Handlungsoptionen zu ermöglichen, muss z.B. auch ein Sexismusvorwurf differenziert werden.



10. Schon jetzt - und nicht erst in den prophezeiten fünf Jahren - führt die Art und Weise der Debatte bei vielen zu Rückzugstendenzen. Da vom Thema der Debatte im weitesten Sinne alle betroffen sind - im Grunde geht um Geschlecht, das Benennen und Anerkennen von Grenzen, sexuelle Selbstbestimmung und Sexualität, wovon alle betroffen sind. Es gibt dann verschiedene Wege, damit umzugehen. Gerade, wenn eine_r schon gewaltförmige Erlebnisse darin hatte, schon mehrere solcher ‚Debatten' mitgemacht hat oder ganz allgemein frustriert und überfordert von der Schwierigkeit ist, die Widersprüche und Komplexitäten gerade feministischer Thematiken auszuhalten, bleibt oft nur der Rückzug ins Private. Die Erkenntnis, dass gesellschaftliche Strukturen nicht, egal wie sehr eine_r es versucht, individuell durchbrochen werden können, macht die Sache nicht einfacher.
Für viele, wie auch die Autor_innen des Jetzt gilt`s-Textes, gilt nicht die hierarchische Geschlechterordnung als das Problem, sondern jene, die diese analysieren und dagegen protestieren. Um ja nicht das eigene Verhalten überdenken zu müssen - ist die eigene Beziehung wirklich weitgehend frei von psychischer und physischer Gewalt? Sind mir die Bedürfnisse meiner Partnerin/meines Partners wirklich genauso wichtig wie die Erfüllung meiner eigenen? etc. - wird eine reine Abwehrhaltung eingenommen. Um uns geht es ja hier nicht. Dahinter steht oft die Angst, dass es aber so kommen könnte. Dass man doch vielleicht öfter mal "was falsch gemacht" hat und eigentlich auch Täter ist. Oder, dass eine sich eigentlich auch in der eigenen Beziehung Sachen gefallen lässt, von denen man im Grunde weiss, dass sie nicht okay sind.

11. Wir glauben auch nicht, dass rein repressive Vorgehensweise wie noch ein weiteres Hausverbot etc. hier weiter helfen. Gerade durch die notorische Selbstvictimisierung wird jedes Hausverbot, jedes Nicht-Abdrucken von Texten als Beweis für die Richtigkeit der eigenen Position gesehen. Wir wollen auch nicht (mehr) in andere Strukturen intervenieren und, was auch immer, fordern. Wir fordern eher alle dazu auf, genau zu überlegen, mit welchen Leuten sie sich in welchen Räumen aufhalten wollen, und entsprechend selbst zu entscheiden. Die Entscheidung darüber, ob eine_r sich dann noch in diesen Räumen engagieren will und ob es überhaupt ‚linke' Räume sind, bleibt abzuwarten und umkämpft.
Es gilt, eine Debatte darüber aufzumachen, wie Definitionsmacht an verschiedene Situation angepasst werden kann, wie adäquate Räume hierfür herzustellen sind und, ganz allgemein aber vielleicht am wichtigsten, den Diskurs um Antisexismus, und mehr noch, Feminismus anzufachen.

Einzelne aus dem Bündnis

DIE DREI ???

aus: Jetzt Gilt's Art. 5, Abs. 4, Satz 7

In der Ausgabe 142 der ZECK erschien ein Text unter dem Titel "Jetzt gilt's", im Folgenden mit jgs abgekürzt. Dieser Text versucht eine hypothetische Sicht auf den Verlauf einer aktuellen Vergewaltigungsdebatte. Wir verstehen ihn nicht als Grundlage für eine konstruktive Diskussion um das Thema Definitionsmacht/-recht, sondern als gezielten Angriff darauf. Die Autor_innen stellen das Definitionsrecht als überholt, die autonome Szene als Überträgerin veralteter Wertvorstellungen und die vom aktuellen Vorfall Betroffene als unglaubwürdig dar. Das wollen wir nicht unkommmentiert lassen. Gleichwohl finden wir den Abdruck jgs durch die ZECK richtig, da sich so jede_r selbst eine Meinung dazu bilden kann, auch wenn wir deren Kritik an dem Text etwas schwach finden. Unser politisches Ziel ist es letztendlich, sexuelle Selbstbestimmung zu erreichen. Ein Umgang mit sexualisierter Gewalt ist dafür notwendig.

Kurz zu unserer Begriffsverwendung:
DER Täter DIE Betroffene:
Von sexualisierter Gewalt sind meistens Frauen betroffen, die Täter sind fast ausschließlich männlich. Aus diesem Grund werden wir im folgenden von den Tätern als Männern und den Betroffenen als Frauen sprechen.
Alle aus dem Originaltext jgs entnommmenen Zitate werden im Folgenden "*kursiv*" dargestellt.

Unser Sprechort:

Wenn wir hier von "uns" reden, dann reden wir von uns dreien und nicht von der autonomen Szene. Wer die Szene kennt, weiß wie unhomogen sie ist und funktioniert und damit ist es für uns unzulässig für DIE Sichtweise der autonomen Szene zu sprechen. Was wir aber versuchen können, ist uns einzuordnen in die Diskussionen, die innerhalb der Szene gelaufen sind und an denen wir aktiv beteiligt waren. Ob das die gleiche "Szene" war auf die sich jgs bezieht? - keine Ahnung!
Was wir auch versuchen wollen, ist unseren Sprechort zu umreißen. Im Übrigen ganz im Gegensatz zu jgs, die trotz ihrer massiven Einforderung, einen solchen anzugeben, diesen im Unklaren lassen:
Wir sind 2 Frauen und ein Mann, sind eine altersübergreifende Zusammensetzung und, hoppla, jetzt kommt's: Wir haben alle eine eigene Position trotz unseres unterschiedlichen Alters! Wir bewegen uns im Umfeld der Roten Flora und fühlen uns der autonomen Szene irgendwie zugehörig. Und nun kommt der clou: Ja, wir solidarisieren uns, ganz wie der Text jgs es prophezeit, in scheinbar autonomer und zudem verpönter feministischer Manier mit der Frau und sprechen ihr die Definitionsmacht zu. Und: Feminismus ist bei uns kein generelles Schimpfwort, denn Geschlechterrollen sind noch nicht aufgelöst und der Weg bis dahin ist weit!
Achja und by the way: Wir mutmaßen, dass irgendwelche Auszugsgeschichten in WG's eben nicht Resultat platter Stellungskämpfe waren (ob A den Täter oder B die Betroffene kennt). Sondern vielleicht vielmehr Ergebnis dessen, wie sich Personen, auch in der aktuellen Geschichte, zu sexualisierter Gewalt verhalten haben - und das eventuell bereits weit im Vorfeld!

Was ist Definitionsmacht

Kurz vorweg: Jgs verwendet den Begriff des Definitionsrechtes, wohingegen wir selbst den Begriff der Definitionsmacht bevorzugen. Definitionsmacht verabschiedet sich von der rein juristischen Ebene des Rechts und muss somit nicht zwangsläufig in Täter-Opfer-Kategorien denken.

Das Konzept der Definitionsmacht entstand aus feministischen Diskussionen der 1980er. Da Vergewaltigungen/sexualisierte Gewalt vor Gericht schwer zu beweisen sind und die Justiz zudem stark von einem männlichen Blick geprägt ist, wurde ein Umgang mit Betroffenen sexualisierter Gewalt gesucht, der ihnen die oft entwürdigende Gerichtsverhandlung ersparen sollte. Hintergrund ist vor allem die Erkenntnis, dass die Schilderung des Erlebten (vor dem Gericht) oft eine Retraumatisierung bedeutet, aber auch die Tendenz der Justiz, den Betroffenen eine Mitschuld zu unterstellen.
Im Gegensatz zum juristischen Blickwinkel ist beim Konzept der Definitionsmacht die Wahrnehmung der Betroffenen Grundlage des Umgangs. Das beinhaltet, dass ihre Wahrnehmung nicht Gegenstand von Diskussionen sein darf, weder in ihrem Umfeld, noch (szene-)öffentlich. Fragen zu Details oder gar Hinterfragen des Vorfalls sind für uns damit ausgeschlossen. Weiterhin folgt daraus, dass für die Betroffene Schutzräume geschaffen werden, in denen sich der Täter nicht aufhalten darf. Dabei geht es nicht um eine Bestrafung, sondern einzig darum, die Betroffene zu schützen.

Auch im Umgang mit dem Täter, sei es im Freundeskreis/Umfeld oder in der Gruppe, die sich mit ihm auseinandersetzt, muss die Wahrnehmung der Betroffenen Ausgangspunkt der internen Auseinandersetzung sein. Das Hinterfragen der eigenen Geschlechterrolle auf Seiten des Täters soll - in einem für ihn "*angstfreien Diskurs*" - herbeigeführt werden. Dabei muss jedoch darauf geachtet werden, die Wahrnehmung des Täters nicht als alleinige stehen zu lassen. Die Betroffene muss mitgedacht werden, ihr Wohl stellt den wichtigsten Bestandteil der Täterarbeit dar.
Dies bedeutet nicht, dass der Täter komplett und für alle Zeiten verdammt wird, sondern dass er sich mit dem, wie sein Handeln wahrgenommen wurde, auseinandersetzen muss. Die Wahrnehmung - und damit auch die Definition - der Betroffenen kann, da immer subjektiv, nicht von einer vermeintlich objektiven Instanz, und schon gar nicht vom Täter, in irgendeiner Weise auf ihren "Wahrheitsgehalt" überprüft werden. Eine Diskussion unter diesen Voraussetzungen ist der Ausgangspunkt für einen Umgang mit dem Geschehenen, der nicht nur die Betroffene ernst nimmt und schützt, sondern auch eine konstruktive Entwicklung beim Täter auszulösen imstande wäre.

Wir favorisieren den Begriff der Definitionsmacht gegenüber dem des Definitionsrechts. Von einem "Recht" zu sprechen, weckt Assoziationen an ein Verfahren vor einem bürgerlichen Gericht, bei dem die Bestrafung des Täters im Vordergrund steht. Die Verwendung des Begriffes Definitionsrecht durch die Autor_innen von jgs ermöglicht ihnen, diese Analogie aufzumachen.
Denn so wie das Definitionsrecht eben auch von jgs verwendet wird, wird der "Fall" von einer politischen Auseinandersetzung zu einem quasi-juristischen Streit umdefiniert.
Damit wird der Vergewaltigungsvorwurf entpolitisiert und die sexistischen Strukturen, wie sie in der Gesellschaft existieren, ausgeblendet.
Zudem ist ein Recht etwas, das einmal gewährt wurde, aus einer Machtposition heraus, und das jederzeit widerrufen werden kann. Macht hingegen wird Leuten abgenommen, die sie im Normalfall nicht her-

geben wollen (oder vielleicht auch so tun als hätten sie gar keine, siehe jgs).
Das Definitionsrecht bezieht strukturelle Ungleichheiten in gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mit ein und blendet somit reale Machtverhältnisse aus.
Definitionsmacht setzt bereits an diesem Punkt an und kann somit diesen zentralen Aspekt der Auseinandersetzung weitaus besser fassen: "bei der Definition dessen, was überhaupt wichtige Fragen sind, beginnt die Definitionsmacht. Die generös angebotene "Diskussion" ist vor diesem Hintergrund keine, sondern schlichter Machtkampf"(Mamba - Feministisches Kollektiv, http://arranca.nadir.org/arranca/article.do?id=238).
Genau das ist für uns die Grundlage der Definitionsmacht und damit auch unseres Handelns.

Die Wahl der Waffen

Es gibt etliche Strategien, die Definitionsmacht-Gegner_innen anwenden, um diese zu delegitimieren. Eine davon ist die geäußerte Befürchtung eines Machtmissbrauchs durch Frauen. Hierbei wird weder die Geschichte des Begriffs betrachtet, noch irgendeine Perspektive oder mögliche Alternative erarbeitet. Auch die Autor_innen von jgs stellen die Machtfrage bzw. die Definitionsmacht in Frage:
"*Das Argument, dass Frauen so was nicht erfinden würden...ein Blick in die Anwalts- und Prozessordner genügt, um dies zu widerlegen*". Sie stellen hier eine These in den Raum, die sie nicht belegen (wir sind sicher: auch nicht können). Ebenso zweifelhaft ist die Berufung auf die neutral-reputable Instanz, die Staatsgewalt in Form von Aktenordnern. Ein einziger Einblick - wo hinein denn bitte? Und wem es bisher nicht klar wurde: "*Frauen benutzen diese Möglichkeit der Verleumdung aus unterschiedlichsten Gründen und ziehen dann später meist ihren Vergewaltigungsvorwurf reuig* [sic!] *zurück*." Das klingt, als würden permanent Frauen Vergewaltiger anzeigen und dann ganz beschämt oder auch ertappt ("Wie konnte ich nur!") ihre Anzeige wieder zurückziehen. Es IST eine Umdrehung von Täter-Opfer-Verhältnissen, wenn die Ausnahme zur Regel ernannt, der Täter plötzlich zum Betrogenen und die Betroffene zur aktiven Verleumderin gemacht wird. Aber wir erfahren: "*In verzweifelten Fällen greifen vielmehr beide Geschlechter zu den Waffen, welche sie zur Verfügung haben.*" Dass die Frauen verleumden, haben wir durch jgs erfahren, aber die Männer .. Ja, was sind denn die Waffen der Männer? Gewalt? Lauert da nicht ein "Quid pro quo" ums Eck?

Zu leicht geMacht

Wenn die Autor_innen "*erklären, warum Frauen zu solchen fiesen* [sic!] *Mitteln greifen*" finden sie, dass "*keine patriarchalen Stereotypen bemüht werden*" sollen, "*wie das von der "hinterlistigen Frau*"". Angeblich will sich jgs nicht auf diese Bilder beziehen, genannt und somit suggeriert werden sie jedoch trotzdem. Hinter Verleumdung und Hinterlist steckt jeweils das Gleiche: böse Absicht. Aber wie kommen sie darauf, derlei Mythen zu verbreiten? Klingt der Tenor von denen, die sich tagtäglich damit auseinandersetzen doch ganz anders, wie z.B. nachzulesen auf der Internetseite des Frauennotrufs Wuppertal: "Falschbeschuldigungen sind laut Polizei extrem selten. Viel häufiger verzichten Frauen aus Angst und Scham auf eine Anzeige. Je näher sie mit dem Täter bekannt oder verwandt sind, desto seltener zeigen Frauen eine Vergewaltigung an."
Sexuelle Gewalt passiert alltäglich, meist im Privaten. Wenn der Vergewaltiger ein naher Familienangehöriger ist, dann wird er seine Machtposition nochmals hervorheben um sein Opfer zum Schweigen zu bringen. Und auch der ehemals gute Freund oder der Beziehungspartner kann ordentlich Druck ausüben, schließlich geht es um seinen Kopf, evtl. um eine schwere Straftat, die nach StGB mit Haft geahndet wird. Abhängigkeits- und Dominanzverhältnisse sind eben immer noch in den patriarchalen Grundstrukturen, die in dieser Gesellschaft herrschen, begründet.

Sich gegen sexualisierte Gewalt zu wehren, wenn der Straftatbestand nach staatlicher Norm nicht erfüllt ist, weil keine Zeugen, keine körperlichen Verletzungen oder sonstige gerichtlich verwertbaren Beweise vorhanden sind, ist schier unmöglich. Wenn zusätzlich gar noch Mitverschulden imaginiert wird (knappe Kleidung) ist dies extrem entwürdigend. So läuft es vielleicht in der "Szene" nicht, da wird mit subtileren Mitteln gearbeitet, schön zu beobachten am aktuellen Fall. Hier ist es der Vorwurf der Szenespalterei, der dazu dient, aus einem Vorfall innerhalb einer ehemaligen Beziehung einen Konflikt zwischen zwei Personen machen zu wollen, den diese am besten unter sich ausmachen. Auf keinen Fall soll "*Katastrophenalarm*" oder ähnliches ausgelöst werden. So wird die politische Dimension von sexualisierter Gewalt und somit der Kontext, in dem es diese anzugreifen gilt, nämlich auch im Privaten (dass dann sehr wohl politisch wird), auf einen Kleinkrieg zwischen zwei Personen heruntergebrochen. Vorwürfe wie Verrücktheit oder eben Verleumdung gehen dann gerne mit einher wenn es gilt, die Integrität der Betroffenen in Frage zu stellen.

Die objektive Instanz

Der Ruf nach einer neutralen Instanz entspringt unserer Meinung nach dem Wunsch selbst entscheiden zu können, wie die Schwere der Betroffenheit einer Person zu werten ist. Genau das greifen wir an: Was an individuellen Verletzungen passiert ist, kann nicht davon abhängig gemacht werden, ob jemand die überzeugendere Geschichte liefert, anhand derer selbsternannte Richter_innen ihr Urteil fällen können. Wir fragen uns: anhand welcher Kriterien und wer stellt sie auf? Und nach einer "*gleichwertigen*" Anhörung des Täters zu rufen, zeigt nur die Ignoranz gegenüber der Subjektivität von Empfindungen.

Angriff auf vielen Ebenen

Nachdem also die Wahrscheinlichkeit, dass eine/die Frau lügt und somit die Absurdität der Unterstellung, ein bestimmter Mensch sei ein Vergewaltiger, in dem Text jgs herausgearbeitet wurde, wendet er sich auch der Möglichkeit zu, den Richtigen zu treffen. Selbst für "*den Fall, dass es keine Unschuldigen sind, welche beschuldigt werden*", wird der Begriff der Vergewaltigung als zu offen angegriffen. So soll nun die allgemeine Wertigkeit des Begriffs Definitionsrecht relativiert werden. Instrumentalisiert werden hierzu zwei Konflikte, welche die zwei Enden des "*semantisch offenen Vergewaltigungsbegriffes*" darstellen sollen. Beginnend mit der "*Physisch gewalttätigen Vergewaltigung wie sie im Kriege massenhaft vorkommt*", ist das andere Ende "*das Onanieren des Partners neben seiner Freundin während sie schlief*" (ein Fall aus den 1990ern, der uns nicht bekannt ist). Niemand behauptet, dass dies das Gleiche sein könne. Ist es wirklich nötig derart unseriöse Vergleiche aufzuziehen? Was wollen die Autor_innen damit erreichen? Uns allen ist klar, dass der aktuelle Vorfall nicht im Krieg stattgefunden haben kann, dann muss er wohl doch eher zu der anderen Kategorie gehören. Na, dementsprechend ist ja wohl aus Sicht der Autor_innen nichts weiter passiert.
jgs gibt vor, sich auf allgemein-theoretischer Ebene mit den vermeintlichen Schwierigkeiten des Defintionsrechtes zu beschäftigen. Was sie dabei machen, ist die Wahrnehmung der von sexualisierter Gewalt Betroffenen auseinanderzunehmen und in Frage zu stellen.

Perspektive?

Zum Schluss bleibt, zumindest nach dieser Auffassung, nichts vom Defintionsrecht stehen außer einer Fassade. Der Text lässt die

Frage offen, wie ein praktischer Umgang mit Vergewaltigungen und Täterschaft ausssehen könnte. Diese Diskussion kann allerdings nur in einem vorher definierten Rahmen stattfinden. Dazu gehören nicht: die Relativierung von Erlebnissen mit sexualisierter Gewalt oder das Eintreten für antifeministische Thesen. Es gilt, ein politisches Werkzeug (die Definitionsmacht) zu entwickeln, mit dem der gesellschaftliche und szeneinterne Normalzustand sexualisierter Gewalt und auch dessen stillschweigende Akzeptanz aufgezeigt und überwunden werden kann.

Der vermeintlich ritualisierte Umgang der autonomen Szene mit Vergewaltigungsvorwürfen

Wie jgs die autonomen Szene zeichnet:

Die autonome Szene ist ein kleiner, elitärer und ausgrenzender Haufen. Auf dem "Top of the Pops" thronen einige alte Superstars, die um ihre hart erkämpften Positionen bangen. Diese Positionen sind in den 80ern, spätestens jedoch 90ern nach erbitterten Kämpfen endgültig in Stein gemeisselt worden und - schwupps - war die "autonome Bibel" geboren, nach der mensch genau weiß, was gedacht und wie gehandelt werden muss. Nun aber hat die "Szene" permanent das Problem, dass altgediente Genoss_innen ihr aus unterschiedlichsten Gründen den Rücken kehren. Selbst dafür jedoch hat die "Szene" eine Strategie an Bord: die Nachkommenden werden mit den Weisheiten der "autonomen Bibel" geradezu sektenmäßig gefüttert, bis sie sie gefressen haben. Ab jetzt brauchen die autonomen Stars nur auf den alles entscheidenden "*Auslöser*" zu warten, um die erlernten Position bei den treuen Untergebenen abzuklopfen und sich ihrer kritiklosen Gefolgschaft zu versichern. Und wie ein drohendes Damoklesschwert bauen die autonomen Szenepriester_innen für die Abtrünnigen parallel bereits das schmähliche Kiezgericht auf: Gefolgschaft oder Tod! Die Asche des letzten Scheiterhaufens glimmt noch... Und schon sind alle wieder auf der Spur. Die veralteten Positionen haben zu neuem Glanz gefunden und sind erst mal für die kommenden 10 Jahre unanfechtbar in trockene Tücher gepackt. Bis es wieder heißt: Jetzt gilt's!
Wir wissen nicht wie es der Leser_innenschaft des Textes jgs gegangen ist - aber uns erinnert das verdammt an Verschwörungstheorie!

Wie wir die Szene erleben:

Für uns ist die autonome Szene eine ziemlich heterogene Ansammlung von Menschen und Gruppen. Bei den meisten Themen stehen sich oft ziemlich unterschiedliche Sichtweisen gegenüber, insbesondere bei den Themen Sexismus oder Patriarchat. Und oft waren die Diskussionen schon geradezu anstrengend pluralistisch, sie blieben trotzdem nicht aus. Wir haben sie aber geführt und werden sie auch weiter führen.
Auch haben wir es nicht so erlebt dass die Szene auf "*Auslöser*" wartet um "*Standards*" festigen zu können - auch in ruhigeren Zeiten war die Auseinandersetzung über Unterdrückungsverhältnisse Thema, egal um welche Problematiken es sich konkret handelte. Differenzierungen unserer eigenen Sichtweisen waren oft die Folge - so ist das Leben beruhigenderweise im Gegensatz zum Stillstand.
Die Aufforderungen sich mit Sexismus auseinanderzusetzen sind des öfteren formuliert worden (vgl. Zeck 135, 132, 129...alle unabhängig vom aktuellen Vergewaltigungsvorwurf), wir haben uns zumindest darum bemüht - ob die Autor_innen von jgs mit von der Partie waren? Das wagen wir zu bezweifeln. Sie ermahnen alle, das Thema in "ruhigeren Zeiten" auf den Tisch zu bringen. Das läuft auch oft nicht sonderlich gut - aber was haben sie selbst in dieser Zeit gemacht und wo haben sie diese Diskusssionen eingefordert?
Seit Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, einen Umgang mit Sexismus, sexualisierter Gewalt und auch im speziellen mit Vergewaltigungen hinzubekommen. Die Handlungsoptionen waren gekoppelt an den jeweiligen Vorwurf und führten zu unterschiedlichen Umgängen und Strategien. Es war nie primäres Ziel, einen Täter einfach auszuschließen. Schließlich geht es bei einem solchen Vorwurf nicht um eine exemplarische Bestrafung des Täters, sondern darum, die Frau ernst zu nehmen und sich ihr gegenüber solidarisch zu zeigen.
Wenn wir also nicht die Bestrafung des Täters fordern, so fordern wir doch eine Auseinandersetzungsbereitschaft seinerseits (und im Idealfall seines Umfelds) mit dem Vorwurf! Davon haben wir bei T. und seinen Unterstützer_innen bis jetzt nichts mitbekommen! Es sei denn der Text jgs soll eine solche Bereitschaft suggerieren. Dann ist er allerdings nicht diskussionswürdig, da er die Situation der Betroffenen völlig ausblendet.
Wenn wir von dem Versuch, mit Vergewaltigungsvorwürfen umzugehen sprechen, heißt das nicht, die Frau unglaubwürdig zu machen. Als erstes den Generalvorwurf "Missbrauch mit dem Missbrauch" im Kopf zu haben, ist für uns totaler Quatsch. Von diesem haben wir in der Zeit unserer "Szenezugehörigkeit" wenig mitbekommen, von Vorwürfen bezüglich sexualisierter Gewalt bis hin zu Vergewaltigungen allerdings schon (zu) oft.
Wenn wir uns differenziertere Handlungsstrategien wünschen, dann steht für uns deshalb nicht die Definitionsmacht in Frage, denn Sexismus ist immer noch eine "alltägliche Praxis" und gleichzeitig ein machtvolles und machterhaltendes Prinzip.
Erlerntes Verhalten ist immer noch stark von den gesellschaftlich zugeschriebenen geschlechtsspezifischen Rollen und der damit verbundenen klassischen Sozialisation geprägt und nicht, wie die Autor_innen von jgs behaupten, von irgendwelchen festgeschriebenen Regelanweisungen der autonomen Szene. Die eigene Sozialisation ist über die geschlechterspezifische Erziehung und Rollenzuschreibung nach wie vor wesentlich wirkungsmächtiger als jedes vorgeblich autonome Regelwerk.
Die "befreite Gesellschaft" ist, wie jgs schreibt, tatsächlich noch in weiter Ferne. Denn u. a. das klassische Geschlechterverhältnis, jenseits der Utopie einer Auflösung von Geschlechtern, ist immer noch wirkmächtig - nur vermissen wir Analysen bzgl. patriarchaler Strukturen im Text jgs zur Gänze!

Thema der Saison? - Thema verfehlt!

Eine Auseinandersetzung über einen Vergewaltigungsvorwurf kann unseres Erachtens nie "*Thema der Saison*" sein, da sich solche Geschehen nicht vorhersehen lassen. Sie sind dann Thema, wenn kein anderer Umgang hinbekommen wurde, wenn eine interne Auseinandersetzung gegen die Wand gefahren ist, wenn sich eine Betroffene allein gelassen fühlt - eben wenn schon unglaublich viel in die Grütze gegangen ist! Es mag sein, dass Auseinandersetzungen über einen solchen Vorwurf auch raumeinnehmend sind...aber Thema der Saison? Im Gegensatz dazu haben wir als 2007er Thema den G8 im Kopf, der in Deutschland stattfand. Gerade deswegen scheint es wie eine Farce, so zu tun, als hätte der aktuelle Vergewaltigungsvorwurf als "*hektisch aufgegriffenes*" Thema der Saison gedient, um Standards festzuklopfen. Es war wirklich genug zu tun - auch mit den 129a Verfahren.
Im Bezug auf G8 und Sexismus im Generellen sind wir drei hier Schreibenden übrigens nicht immer einer Meinung, wenn es um die Einschätzung des Ganzen und die daraus folgenden Handlungsperspektiven geht. Wir schafften es trotz unserer Unterschiedlichkeiten, uns zu verständigen und Diskussionen zu führen, Feind_innen sind

wir nicht geworden. Eine konstruktive Auseinandersetzung ist Pflicht.
Wenn jedoch zu den aktuellen politischen Auseinandersetzungen eine zusätzlich Diskussion aufkommt, dann gilt Wegschauen für uns nicht. Die Aufforderung den aktuelllen Vorwurf zu ignorieren ist völlig daneben und macht mitnichten einen "*angstfreien Diskurs*" auf! Vor allem wenn die Situation der Betroffenen außen vorgelassen wird.
Die Aufforderung zum Ignorieren, wie die Autor_innen von jgs sie proklamieren, ist eine bloße Aufforderung sich nicht auseinanderzusetzen - und da fährt dann auch endgültig ihre Position gegen die eigens konstruierte Wand! Ignorieren bedeutet eben auch semantisch: Keine Auseinandersetzung.

Wie politisch ist eigentlich das Private?

Die derzeitige Vergewaltigungsdebatte kreist um die Gretchenfrage: War es eine Vergewaltigung, oder war es der überzogene Vorwurf innerhalb eines Beziehungsgeflechtes und somit keine Vergewaltigung? Für Betroffene von sexualisierter Gewalt muss das wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Für uns ist es müßig, wie jgs den aktuellen Vorwurf bearbeitet: Im Fokus des Interessses steht lediglich noch ob "Täter" wirklich "Täter" und "Opfer" wirklich "Opfer" ist - oder anders gesagt ob es sich nicht doch lediglich um ein reines "Beziehungsmissverständnis" dreht. Dann bräuchten sich Täter und Opfer doch einfach nur zusammmenzusetzen und über ihre verkackte Beziehungsgeschichte reden, um festzustellen, dass alles ganz anders war. Friede, Freude, Eierkuchen, keine_r mischt sich ein - Konflikt ignoriert, Konflikt gelöst. Das ist auch die Sichtweise von jgs auf den aktuellen Vergewaltigungsvorwurf. Nur, der Vorwurf ist nicht aus der Welt geschafft - gerade nicht durch Ignoranz.
Viele tragen einen gesellschaftskritischen Habitus vor sich her, wollen aber parallel die Auseinandersetzungen über Sexismus und sexualisierte Gewalt zunehmend privatisieren. Sexuelle Übergriffe bis hin zu Vergewaltigungen können jedoch nicht ins Private abgeschoben werden . Auch Rolllenverhalten in der Szene, inklusive Sexuallleben, kann durch die strukturelle Ungleichheit zwischen Geschlechtern zum Problem werden. Sexuelle Praktiken dürfen und sollen eigentlich als lustvoll empfunden werden. Was das Ficken angeht: Das kann nur Spaß machen, wenn Sex im gegenseitigen Einverständnis/Konsens erlebt wird, vom Blümchensex bis S/M.

Für uns bleibt das Private politisch, egal ob beim Ficken, der Frage der Geschlechterrrollen oder der Analyse zu den 129a-Verfahren!

Was bleibt?

Die Fragen, die die Autor_innen von jgs aufwerfen, beantworten sie lieber gleich selbst. Ihre Meinung bleibt als einzig gültige übrig, im Kampf gegen die autonome Szene und ihre verknöcherten Sichtweisen auf Feminismus und Vergewaltigungsvorwürfe. Warum sie lustigerweise glauben, dass sie mit ihrer Position auf Seiten der schweigenden Mehrheit stehen und welche Bündnispartner sie da mit einbeziehen, bleibt für uns im Unklaren. Es bleibt die Frage, was uns die Autor_innen des Artkels jgs sagen wollen:
- Dass sie selbst mal wichtig, wichtiger, am wichtigsten waren, mit ihren "*angesehenen informell-hierarchischen Pöstchen*"? - Drauf geschissen, wen interessiert's?
- Dass Feminismus abgeschafft gehört? - Wenn das Patriarchat abgeschafft ist, ist Feminismus überflüssig!
- Dass Männer doch auch nur Opfer von Frauen und deren "*Waffen*" oder eben biologisch determinierte Menschen sind? - Und "*wahrlich das* sind *sie nicht*".
Weitere Kommentare unnötig.

Aber der Gipfel der Aussagen ist: die Betroffene lügt - da bleibt uns nur noch die Spucke weg. Wir fragen uns, wie die Auor_innen behaupten können, von einer außen stehenden, neutralen Position zu sprechen. Für uns ist der Artikel aktiver Täterschutz und damit ihre Position klar! Darüber zu diskutieren lohnt sich nicht.



Aber noch ein Nachsatz zum Text: Ad hoc fallen uns einige F-Worte ein, die Spaß machen können: Feminismus, Flora, Ficken? Aber die hat jgs so sicher nicht gemeint.

3 fragwürdige Gestalten

BAW und BKA außer Rand und Band gegen linke Szene

Das Jahr 2007 wird als ein Jahr wiederholter Repressionsschläge und massiver staatlicher Kriminalisierungsversuche gegen die linke Szene in die Geschichte eingehen. Mit der nach wie vor drohenden Vorladung von Zeug_innen im Verfahren gegen die militante gruppe beim Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) in Karlsruhe geht die staatliche Verfolgung des linken Widerstands nunmehr in eine neue Runde. Wir wollen im Folgenden über die Hintergründe und unseren damit verbundenen Umgang als Zeug_innen informieren.

Zur Vorgeschichte: Im Zentrum staatlichen Verfolgungsinteresses stand unter anderem im Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm einmal mehr die linke globalisierungskritische Szene in der BRD. Eines der Ziele dabei war, jedweden linken Widerstand gegen eine zerstörerische und ausbeuterische Politik zu denunzieren. In diesem Sinne hatten BAW und BKA im Jahr 2007 einiges zu bieten:

- Frühjahr: flächendeckende Postüberwachung mehrerer Hamburger Szene-Stadteile wegen Suche nach vermeintlichen Bekennerschreiben - später vom BHG als offensichtlich unverhältnismäßig gerügt.
- Mai: bundesweite Razzien und Durchsuchungen von über 40 Wohnungen und Projekten in Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Brandenburg und Berlin gegen eine angeblich "militante Kampagne" bzw. militante gruppe im unmittelbaren Vorfeld des G8-Gipfels in Heiligendamm auf Grundlage des §129a StGB - vom BGH ebenso als unbegründet und damit rechtswidrig eingestuft
- Juni: erneut Razzien in Hamburg, Bad Oldesloe und Berlin gegen 11 Personen wegen angeblicher Beteiligung an Aktionen gegen Einrichtungen der Bundeswehr bzw. von Zuliefererfirmen wiederum auf Grundlage des §129a StGB
- Juli: Razzien in Berlin gegen 7 Personen und Festnahme von vier Beschuldigten wegen angeblicher Mitgliedschaft in der militanten gruppe - auch hier hebt der BGH den Haftbefehl gegen einen der Beschuldigten als offensichtlich unbegründet auf. Außerdem Rückstufung der militanten Gruppe von "terroristischer Vereinigung" zur "kriminellen Vereinigung" nach §129 StGB und außer Vollzugsetzung der Haftbefehle gegen die drei weiteren Beschuldigten.

In allen genannten Fällen konnten die Ermittlungsbehörden auf das gesamte Repertoire der zur Verfügung stehenden Überwachungsmöglichkeiten zurückgreifen. Zur Ausforschung des sozialen, politischen und familiären Umfeld der Beschuldigten wurde von Großem Lauschangriff auf Privatwohnungen, Videoüberwachung von Hauseingängen und Objekten, Telefon-, E-Mail- und Internetüberwachung, Handyortung mittels so genannter "stiller Sms" sowie umfangreichen Observationsmaßnahmen bis hin zum Anbringen von GPS-Peilsendern an Fahrzeugen ausgiebig Gebrauch gemacht. Auch vor der Abnahme von Geruchsproben und der erstmaligen Verwendung von Stasi-Opferakten in einem Ermittlungsverfahren gegen linke Oppositionelle wurde nicht zurückgeschreckt. Diese Fälle sorgten in der bundesdeutschen Öffentlichkeit bis hinein ins bürgerliche Lager für einige Empörung.

"Terrorismus" wird grundsätzlich von Seiten des Staates als Kampfbegriff genutzt, um linken Widerstand zu denunzieren. Zugleich wird damit eine Stimmung in der Bevölkerung geschürt, um die Verschärfung und Ausweitung von Sicherheitsmaßnahmen zu legitimieren und damit die vermeintlich gefährdete Sicherheit wieder herzustellen. In den 70er Jahren haben die Aktionen der RAF den Vorwand für eine massive Aufrüstung des Sicherheitsapparates geliefert, der sich in der Folge u.a. aber auch gegen den Anti-AKW-Widerstand und seit den 80er Jahren gegen andere autonome Strukturen gerichtet hat. Mit der Auflösung der RAF 1998 und dem Rükkgang der Bedeutung militanter linker Aktionen in den 90er Jahren, fehlte den hochgerüsteten Sicherheitsapparaten vorübergehend ein "Gegner". Seit dem September 2001 hat Islamismus bzw. "islamistischer Terror" diese Feindbildfunktion zunehmend übernommen. Damit wurde ein neuer Begründungszusammenhang geschaffen, um eine Reihe von Gesetzesverschärfungen zu rechtfertigen. Allerdings: Die Gleichsetzung von angeblich drohenden Selbstmordanschlägen à la Al Kaida mit Farbbeutelattackken und brennenden Luxuskarossen brachte BAW und BKA zuletzt in öffentliche Legitimationsschwierigkeiten.

Obwohl BKA und BAW vom BGH wie beschrieben mehrfach zurückgepfiffen und juristisch gerügt wurden, scheint dies den Ehrgeiz der obersten Bundesermittlerin sowie des BKA erst recht zu beflügeln. Dabei steht das heftig debattierte unterschiedliche Vorgehen von BAW und BGH nur in einem scheinbaren Widerspruch zueinander. Entgegen anders lautender Interpretationen ist das Prinzip des arbeitsteiligen Vorgehens der beiden in Karlsruhe ansässigen Stellen erkennbar: In einem ersten Schritt werden BKA und BAW "von der Leine gelassen" und dürfen systematisch und wider besseren Wissens unter dem Deckmantel des §129a StGB mit maximalen Ermittlungsbefugnissen loslegen. Sind Einschüchterung und Kriminalisierung erfolgreich vollzogen, tritt der BGH auf den Plan um moderierend einzugreifen und die "Funktionsfähigkeit" des Rechts-Staats scheint in der Öffentlichkeit gewahrt ohne die Gefahr möglicher personeller Konsequenzen bei den Ermittlungsbehörden.

Auch bezüglich der Wahl der Ermittlungsmethoden durch die Repressionsorgane gibt es nach den BGH-Entscheidungen keinen Anlass zur Entwarnung. Nicht nur, dass die BAW die Ermittlungen nach der Rückkstufung der militanten gruppe von einer "terroristischen Vereinigung" zur "kriminellen Vereinigung" die Ermittlungen weiterführen darf: Auch der §129 hat sich über Jahrzehnte hinweg als Instrument zur Bekämpfung von politischem Widerstand "bewährt". Die Vorläufer dieses Paragrafen reichen zurück bis zu den so genannten Sozialisten-Gesetzen Bismarcks. So wurden nach dem KPD-Verbot von 1956 politische Aktivitäten ehemaliger KPD-Angehöriger als Bildung einer kriminellen Vereinigung nach §129 verfolgt. Als Reaktion auf die Aktivitäten der RAF der §129a verabschiedet wurde und damit die Bildung einer so genannten "terroristischen Vereinigung" verfolgt werden konnte, sollte der nicht mehr zeitgemäße §129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) abgelöst werden.
Der §129a ist seit dem vor allem als Ausforschungsinstrument der Ermittlungsbehörden gegen linken Widerstand eingesetzt worden. Nur ein Bruchteil der Ermittlungsverfahren nach diesem Paragrafen führen überhaupt zur Verurteilung, nämlich 3 % der gesamten Verfahren. Doch in der aktuellen Lage ist davon auszugehen, dass der §129 erfolgreich reaktiviert werden wird. Auch mit einem Tatvorwurf nach §129 StGB ist das Ausforschen, Einschüchtern

und Kriminalisieren von linken Zusammenhängen möglich. Daran knüpft die Strategie der Zeug_innenvorladungen an. Dabei versprechen sich die Ermittlungsbehörden nicht nur neue Erkenntnisse bezüglich der Tatvorwürfe, sondern es geht zugleich um Einschüchterung und darum, gezielten Druck auf das Umfeld der Betroffenen auszuüben. Zudem sind aus Zeug_innen in der Vergangenheit des öfteren Beschuldigte geworden. Durch den von ihnen erhofften persönlich unterschiedlichen Umgang mit den Zeug_innenvorladungen spekulieren sie auf eine Spaltung des Umfelds.

Vor diesem Hintergrund erwarten wir als Zeug_innen im Verfahren gegen die "militante Gruppe" nach einer ersten Vorladungswelle der BAW im Oktober 2007 nun eine erneute Vorladung, dieses Mal direkt beim Ermittlungsrichter am BGH in Karlsruhe. Damit werden wir unmittelbar Teil des Ermittlungskonstruktes und des politischen Angriffs auf linken Widerstand. Dafür werden wir nicht zur Verfügung stehen.

Wir sind solidarisch mit allen Beschuldigten der aktuellen Verfahren. Das den Ermittlungsverfahren zu Grunde liegende Konstrukt basiert auf sozialen und politischen Kontakten. Es zielt auf die politischen Themenfelder, in denen auch die Beschuldigten arbeiten. In diesem Zusammenhang gibt es keine unverfänglichen Aussagen und keine unwesentlichen Details. Deshalb lehnen wir jegliche Kooperation mit der BAW und dem BKA ab. Unsere Bekannten, Genoss_innen, Freund_innen, und Kolleg_innen sind keine Kriminellen. Kriminell sind die Verhältnisse, in denen wir täglich aufs Neue zu leben gezwungen sind.

Aus diesen Gründen gibt es für uns nur eins: Wir verweigern grundsätzlich die Aussage! Verschiedene Zeug_innen werden sich dabei auf die juristisch beschränkten Möglichkeiten der Paragrafen §§ 53 (Zeugnisverweigerungsrecht aus beruflichen Gründen) und 55 (Zeugnisverweigerungsrecht wegen Gefahr der Strafverfolgung) StPO berufen, aber allen wird gemeinsam sein: Wir werden keine einzige Frage beantworten!

Der Ermittlungsangriff trifft Menschen in unterschiedlichen Lebenslagen, die gezwungen werden, mit der aktuellen Situation einen Umgang zu finden. Sie bedrohen uns mit Erzwingungsmaßnahmen wie Ordnungsgeldern sowie mit bis zu 6 Monaten Beugehaft. Wir setzen dagegen unsere solidarischen Strukturen. Denn praktische Aussageverweigerung bedeutet für uns nicht abstrakte Dogmen zu vollstrecken. Es ist unsere Vorstellung von Solidarität füreinander einzustehen und uns gegenseitig zu unterstützen.

Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle. Für eine kollektive Aussageverweigerung!
Solidarität mit den von Beugehaft bedrohten Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts!
Einige Zeug_innen und die Hamburger Soligruppe

Keine Beweise für die Selbstmordthese

Während Ex-Antideutsche am Beispiel der RAF ihren Frieden mit Deutschland machten, bleibt Karl-Heinz Dellwo auch in seinem neuen Interviewband Beweise für seine Selbstmordthese schuldig
Auch mit dem Ende des Jubiläumsrummels um den Deutschen Herbst bleibt das Thema RAF und die Linke in der Debatte. Nur gibt es jetzt Gelegenheit, über die wesentlichen Fragen in diesem Zusammenhang zu debattieren.
Da fällt auf, dass an die RAF noch immer ein Lackmusstest bei der Frage, wie hältst du es mit dem Staat ist. So kann man nirgends besser die Wandlung der einst antideutschen Bahamas zu Neokonservativen zeigen, als in ihrer Verachtung, ja ihren Hass auf die ProtagonistInnen des linken Aufbruchs. So schreibt der Bahamas-Aktivist der ersten Stunde Uli Krug in der Jungle World 1/2008 in einer Rezension von Jutta Ditfurths Ulrike-Meinhof-Biographie: "Ansonsten hat man eine derart verlogene Idyllisierung der DDR als dem Reich des Antifaschismus und der Volksbildung, in dem auf fröhlichen Künstlerfesten der Wodka floss, während in der Bundesrepublik überall Agenten schnüffelten und alles geradezu ungeheuer reaktionär war, schon lange nicht mehr gelesen". Ob dieser Kotau eines ehemals Antideutschen vor dem Nachfolgestaat des 3. Reiches reicht, um Krug endgültig in den Kreis der Springer-Deutschen aufzunehmen? Wahrscheinlich zweifelt er selber daran. Deshalb hat Krug im selben Text die Isolationsfolter gegen Meinhof gleich noch als "für Meinhofs Seelenzustand zu harte Haftbedingungen" umgelogen.
Es wird amüsant zu beobachten sein, wie tief Krug und Co. sich noch verbiegen werden, bei ihrem Bemühen, ihren Platz in Großdeutschland zu bekommen. Sie haben ein Gespür dafür, dass sich das Abarbeiten an der besiegten RAF dafür besonders gut eignet.

Kampf und Knast

Dem langjährigen RAF-Mitglied Karl-Heinz Dellwo kann man das auf keinen Fall vorwerfen.
In dem aktuellen Buch "Das Projektil sind wir" führt das Hamburger JournalistInnenduo Christoph Twickel und Tina Petersen ein langes Interview mit ihm. In dem Band macht Dellwo deutlich, wie jemand wie er zur RAF kam. Er schildert sehr ausführlich sein Leben als Kind einer Großfamilie, die das Leben der prekären Boheme geführt hat. Dellwos Vater ist aus dem NS und dem 2. Weltkrieg mit einem gesunden Hass auf Deutschland zurückgekommen. Er engagierte sich in Gruppen links der SPD, und hielt es auch mit den deutschen Sekundärtugenden wie Arbeitswahn etc. nicht mehr besonders. Dellwo macht deutlich, wie der Aufbruch der 68er-Bewegung auch einen jungen Menschen in der Provinz immer mehr in den Bann zog. Die anschaulichen Schilderungen einer Jugend im Deutschland der 60er Jahre machen schon eine Lektüre des Buches lohnend.
Wo es dann um Dellwos Umzug nach Hamburg und seinen Weg in die RAF geht, wird Dellwos Erzählstil offizieller. Für Widersprüche und Zwischentöne fehlt of der Platz. Das wird beispielsweise an der Stelle deutlich, wo der Interviewer Dellwo mit der Wahrnehmung eines Freundes konfrontiert, der Dellwo in seiner Aktivität im antiimperialistischen Widerstand als arroganten Politrocker wahrgenommen hat. Sofort kommt die Abwehrreaktion, dass der ihn wohl nicht persönlich gekannt haben könne und dass ihm das Gebaren eines Rockers immer fremd gewesen sei. Dass er für Außenstehende damals trotzdem so gewirkt haben könnte, diesen Gedanken lässt Dellwo bei aller Bereitschaft zu Kritik und Selbstkritik nicht an sich heran.

Folter in deutschen Knästen

Sehr plastisch wird seine Schilderung wieder über die alltäglichen Torturen, die Dell-

lwo und seine MitgenossInnen in den diversen Knästen ertragen mussten. Den Uli Krugs dieser Republik, die sich mit der Leugnung von Isolationsfolter etc. ihren Platz in Deutschland erkaufen wollen, müssten viel mehr solcher Erfahrungsberichte entgegen gehalten werden. Auch jene Linken, für die Folterknäste erst mit Guantanamo anfangen während sie über die Haftbedingungen in Deutschland schwiegen und schweigen, werden mit Dellwos Schilderungen in ihre Schranken verwiesen.

Am Ende enttäuschend

Doch die Mehrheit der RezensentInnen war von dem Interviewband angetan, weil Dellwo dort noch einmal seine seit 1997 bekannte Meinung verbreitete, dass die Gefangenen in Stammheim und auch Ulrike Meinhof unter staatlicher Kontrolle Selbstmord verübten. Da die Frage Mord oder Selbstmord in Teilen der radikalen Linken zum Glaubensbekenntnis stilisiert wurde, sorgt diese Erklärung eines ehemaligen RAF-Mitglieds natürlich für Aufsehen. Doch gerade an dieser Stelle sind Dellwos Aussagen schwach und enttäuschend. Nicht, weil er an einem vermeintlichen Tabu kratzt, das nie eines war, sondern weil er seine Selbstmordthese nicht begründet und weil er keine Zweifel erlaubt. Dabei ist die Frage von Mord oder Selbstmord keine Glaubensfrage, sondern muss sich aus der Untersuchung der konkreten Umstände ergeben. Für alle, die nicht direkt an den Ereignissen beteiligt waren, muss daher zunächst gesagt werden, dass keine endgültige Aussage möglich ist. Es gab aber Untersuchungen einer Unabhängigen Kommission, in der WissenschaftlerInnen, Intellektuelle und JuristInnen mitarbeiteten, die eine Fülle von Details auflisteten, die zumindest deutlich machen, dass die offizielle Version des Todes der Gefangenen nicht stimmen kann. Darauf angesprochen, verwies Dellwo lediglich darauf, dass andere auch anzweifeln, dass Islamisten am 11.09.2001 Flugzeuge in die Hochhäuser von New York und ins Pentagon steuerten. Hier aber bleibt Dellwo unter seinem Niveau und spielt mit Ressentiments, weil er diejenigen in die Nähe von VerschwörungstheoretikerInnen rückt, die sich auf die Ergebnisse der unabhängigen Untersuchungskommission stützen. Wenn Dellwo so überzeugt von seiner Selbstmordthese ist, dass er keine Zweifel zulässt, dann müsste er alle die Argumente widerlegen können. Dabei geht er gar nicht darauf ein. Nur ein Beispiel. Dellwo stützt sich u.a. auf die Aussagen der Kronzeugen Volker Speitel und seines Bruders Hanns-Joachim Dellwo, die die Waffen in die Zellen geschmuggelt haben wollen. Nur wurde sogar von JuristInnen festgestellt, dass es unmöglich gewesen wäre, die Waffen in der Weise ins Gefängnis zu bringen, wie die beiden behaupteten. Deswegen gab es auch keine rechtskräftige Verurteilung wegen dieses angeblichen Waffenschmuggels. Darauf hat Peter O. Chotjewitz in seiner Croissant-Biographie noch einmal hingewiesen.

Gerade weil sonst niemand am Vorfall direkt beteiligt war, ist der Aussage der einzigen Überlebenden Irmgard Möller besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Dass heißt überhaupt nicht, dass sie nicht hinterfragt werden kann und soll. Aber dazu müssen bitte detaillierte Argumente geliefert werden. Doch dazu findet sich bei Dellwo überhaupt nichts. Es gibt nur einige Seitenhiebe auf die "Hamburger Tanten", wie er die Gruppe um Möller bezeichnet, weil die eben seine Selbstmordversion nicht stützt.

Dabei hat Dellwo selber im Gefängnis nach dem Tod von Ulrike Meinhof in einem Brief geschrieben, dass es sich um Mord gehandelt hat. Dieses Schreiben bereut er heute. Auch dazu ergäben sich Fragen. Wenn er neuere Informationen hat, die die Selbstmordthese untermauern, warum nennt er sie dann nicht? Wenn er, was anzunehmen ist, keinerlei weiteren Informationen hat, worauf stützt er dann seine These?

Späte Gerechtigkeit für seinen Bruder

Da käme wieder sein Bruder Hanns-Joachim ins Spiel. Der war Zeitsoldat und hatte zunächst mit den politischen Ansichten von Karl-Heinz nicht das geringste zu tun. Gegen dessen Willen ging Joachim am Höhepunkt des Deutschen Herbstes in den Untergrund, weil er seinen Bruder aus dem Gefängnis befreien wollte. Er wurde bald zum Kronzeugen und lebt heute mit einer völlig neuen Identität in Kanada. Dass erwähnt Karl-Heinz Dellwo, bleibt aber merkwürdig sprachlos zu dessen Kronzeugenrolle. Da sein Bruder neben Speitel der Hauptprotagonist der Behauptung wäre, dass die Gefangenen in Stammheim Waffen hatten, stützt sich Karl-Heinz Dellwo jetzt auf diese Aussage. Will er damit nachträglich seinen Bruder rehabilitieren?

Spielt dabei vielleicht sogar ein Schuldgefühl eine Rolle, weil sich dieser Bruder tatsächlich nur wegen Dellwos Gefangenschaft in politische Aktivitäten stürzte, die mit seinen Überzeugungen überhaupt nichts zu tun hatten? Diese Fragen müssen zumindest gestellt werden, solange Karl-Heinz Dellwo so ohne jeden Anflug von Zweifel eine Selbstmordthese vertritt, die sich auf die Aussagen unter Anderem seines Bruders stützt, ohne auch nur eine weitere Begründung anzuführen.

Peter Nowak

Keine Beugehaft gegen Christian Klar, Knut Folkerts und Brigitte Mohnhaupt

Demonstration am Samstag 22. März, 14 Uhr Rote Flora

Anfang Januar hat der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof (BGH) einem Antrag der Bundesanwaltschaft (BAW) auf Beugehaft gegen drei ehemalige Mitglieder der RAF stattgegeben. Der Vollzug ist momentan außer Kraft gesetzt, bis über Beschwerden der Betroffenen entschieden ist.

Im April 2007 wurde gegen Stefan Wisniewski, der wegen der Schleyer Entführung über 20 Jahre inhaftiert war, ein Ermittlungsverfahren wegen der Erschießung Bubacks und des Angriffs auf das Gebäude der Generalbundesanwaltschaft 1977 eingeleitet, nachdem der notorische Lügner Peter-Jürgen Boock in Zusammenarbeit mit dem Spiegel medienwirksam behauptet hatte, Stefan wäre derjenige, der auf Buback geschossen hätte.

Im Rahmen dieses Ermittlungsverfahrens waren insgesamt 11 ehemalige RAF Mitglieder von Vorladungen der BAW betroffen. Nachdem alle die Aussage verweigert hatten, stellte die BAW Beugehaftanträge gegen Christian Klar, Knut Folkerts, Brigitte Mohnhaupt und Günter Sonnenberg. Dem Antrag gegen Günter Sonnenberg wurde nicht stattgegeben, weil er wegen der Aktion gegen Buback nicht verurteilt ist und sich selbst belasten könnte, so die Argumentation des BGH. Allerdings wurde unverholen mit einer Wiederaufnahme der Ermittlungen gegen ihn gedroht. Bei den anderen Dreien wurde die Möglichkeit einer Selbstbelastung ausdrücklich verneint, mit der Begründung, dass alle drei wegen der Aktion gegen Buback verurteilt sind.

Die andere wackelige Säule, auf dem das Ermittlungsverfahren basiert, ist eine Akte des Verfassungsschutzes (VS) aus dem Jahre

1982, die angeblich weitere Informationen über die Erschießung Bubacks enthalten soll. Der VS hat der BAW bis jetzt nur Teile zugängig gemacht und die Akte im Januar endgültig sperren lassen, weil eine Veröffentlichung ‚dem Wohle des Bundes oder eines Landes Nachteile bereiten würde'. Die Veröffentlichung der Akte würde nämlich belegen, dass die BAW und der VS in dem Prozess gegen Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar 1984 wesentliche Informationen zurückgehalten haben.
Im Klartext heisst das, der VS betreibt im Zusammenhang mit der Buback-Aktion eine offensive staatliche Vertuschungspolitik, während die BAW gleichzeitig versucht Aussagen von ehemaligen Aktivist_innen zu erpressen. Spätestens an diesem Punkt wird klar, dass das angebliche Aufklären der ‚Tat' und das Ermitteln von angeblichen Täter_innen nur ein vorgeschobenes Interesse ist.
Schon bei der öffentlichen Debatte um die Freilassung von Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar im vergangenen Jahr war die Motivation der bürgerlichen Eliten eindeutig. Das staatliche Rachebedürfnis gegenüber den Menschen, die in der RAF organisiert waren, ist ungebrochen. Verlangt werden Reue und Unterwerfung. Ehemalige Militante, die nicht Abbitte leisten, werden weiterhin verfolgt. Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts sollen nach 24 bzw. 18 Jahren Gefängnis unter Sonderhaftbedingungen wieder inhaftiert werden.
Christians Klars Freilassungstermin würde sich nach 26 Jahren Haft um die Länge der Beugehaft weiter nach hinten verschieben. Zudem konstruiert das Justizministerium in Baden - Württemberg aus der drohenden Beugehaft eine angebliche Fluchtgefahr, um die Haftbedingungen wieder zu verschärfen. Anfang Februar sind ihm ganz wesentliche Hafterleichterungen, wie begleiteter und unbegleiteter Ausgang oder Hafturlaub gestrichen worden. Und erschwert somit schon jetzt das Entlassungsverfahren für seine Haftentlassung im Frühjahr 2009.

Das staatliche Bemühen am Fall der Erschießung Bubacks die Geschichte der RAF als Kriminalfall abzuwickeln, ist Teil einer Kampagne, die versuchen soll, die RAF, ihre Geschichte und Diskussionen ihrer politischen Dimension zu berauben. Während die politischen und gesellschaftlichen Rolllen von z.B. Buback oder Schleyer gänzlich hinter ihrer Opferrolle unkenntlich gemacht werden, werden ehemalige Aktivist_innen der RAF als unpolitische Desparados denunziert.
Passend zum 40. Jahrestag der sog. 68er Bewegung wird eine Lawine von Darstellungen losgetreten, die den weltweiten linken Aufbruch wahlweise als clowneske Selbstdarstellung von Wohlstandskindern oder als Wiederholung der Nazibewegung zum Ende der Weimarer Republik beschreiben.
Jede Geschichte linker Bewegung und Aufbrüche wird umgedeutet und geleugnet, die politische und gesellschaftliche Relevanz linker Kämpfe vor allen Dingen der 60er und 70er Jahre weghistorisiert.
Linke Perspektiven jenseits der kapitalistischen Realität sollen in dieser Welt nicht mehr denkbar sein. Menschen, die sich trotzdem organisieren, um diesem Normalzustand Widerstand entgegenzusetzen, werden mit Repression überzogen, wie in den § 129a Verfahren des vergangenen Jahres.

Wir halten daran fest, dass die RAF Teil der linken Geschichte ist und bleibt. Die Beugehaftsanträge und die fortgesetzte Kriminalisierung sind auch Angriffe auf aktuelle linke Mobilisierungen und Organisierung.

Keine Beugehaft für Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Knut Folkerts.
Für die Freiheit von Christian Klar und Birgit Hogefeld.
Für die Einstellung der noch laufenden Ermittlungsverfahren wegen Aktionen der RAF.
Keine juristische Abwicklung und Entpolitisierung linksradikaler Kämpfe und Geschichte.

Solidaritätsbündnis gegen Beugehaft

Call for Action

Keine Stellvertreter_innenpolitik, sondern Fragen, die uns alle betreffen.

Vom 17. bis 24. August findet dieses Jahr ein transnationales antirassistisches Camp in Hamburg statt.

Warum in Hamburg?

Weil die Hamburger Ausländerbehörde mit ihrer restriktiven Politik als Vorreiterin für die Praxis in anderen Bundesländern gilt.
- Weil auch im Hamburger Hafen Schiffe einlaufen, die über die technische Ausstattung verfügen, "blinde Passagiere" aufzuspüren, und damit ein Nadelöhr der Migration erfolgreich geschlossen wurde.
- Weil vom Hamburger Flughafen am 18.09.2006 die erste von EU-Geldern finanzierte deutsche Sammelabschiebung stattgefunden hat, worauf weitere folgten.
- Weil von der Frontex (Europäische Agentur für die operative Außengrenzen) die Abschottung nach außen maßgeblich geführt wird, 2007 Grenzschutzbeamte aus mehreren Staaten in Lübeck für gemeinsame Auslandseinsätze ausgebildet wurden und für 2008 weitere Trainingsmaßnahmen geplant sind.

Das Camp soll jedoch über den herkömmlichen Begriff antirassistischer Politik hinausgehen Es wird voraussichtlich aus vier thematischen Säulen bestehen: Frontex, Abschiebepraxen, Lager und einer weiteren Säule, die die Möglichkeit bietet, eure eigenen Inhalte mit dem Thema AntiRa zu verbinden
Das Camp soll die Möglichkeit eröffnen, die gar nicht mehr so subtile Repressionsmechanismen, die ihre Krakenarme weit über die Gruppe von Migrant_innen hinausstreckt, zu diskutieren.

Politik mit der Angst

Immer wieder bietet die vermeintliche Angst der Mehrheitsgesellschaft vor unkontrollierten Wanderungsbewegungen und so genannten kriminellen Ausländer_innen zuverlässig die populäre Legitimationsgrundlage für die herrschende Politik der Diskriminierung, Kontrolle und Ausgrenzung. Diese u. a. von Medien und Politik suggerierte und produzierte Angst vor Fremdem wird dabei instrumentalisiert. Das betrifft nicht nur illegale Einwanderung. Die gleichen Normierungs-, Disziplinierungs-, und Kontrollmechanismen wirken z. B. auch gegenüber Obdachlosen, "dicken Kindern" und Demonstrant_innen.
Militarisierung des Inneren
In wieweit verschwimmen die Aufgaben von Militär und zivilen Einrichtungen, wie Feuerwehr? Wie wird der Einsatz des Militärs im Inneren akzeptabel gemacht und der Einsatz von Soldat_innen gegen Demonstrant_innen vorbereitet?
Wann fliegen beispielsweise die Tornados nicht mehr "nur" über das Camp in Reddelich und machen "nur" Fotos im Auftrag der Polizei von Campteilnehmer_innen?
Die Grenzen im Kopf
Wir wollen darüber diskutieren und uns austauschen, wie die Grenzen im Kopf mit den Grenzen um die Festung EU zusamm-

menhängen. Wie selbstverständlich ist die Residenzpflicht schon für uns, obwohl diese einzigartig in Europa ist?
Innere Sicherheit fällt auf gesellschaftlich fruchtbaren Boden, Onlinedatenspeicherung ist möglich. Warum?

Themen wie diese können sich im Camp wiederfinden.
Wir sprechen mit diesem Aufruf auch Gruppen und Einzelpersonen in Hamburg an, die sich nicht mit klassischer AntiRaPolitik beschäftigen.
Wir fordern gleiche soziale Rechte für alle und nicht Almosen für Migrant_innen!

-flash-

Nächstes bundesweites Vorbereitungstreffen: am 15.03. im Buttclub.

Call for Papers

Um die Vielfalt der antirassistischen Widerstandsbewegung widerzuspiegeln, aber andererseits eben auch aufzuzeigen, wie vielfältig der alltägliche und strukturelle Rassismus in Hamburg, Deutschland und weltweit ist, welche Zusammenhänge bestehen, aber auch welche Formen des Widerstandes realisierbar sind und werden, gibt es den Aufruf, sich an der Erstellung eines antirassistischen Readers zu beteiligen. Daher sind alle Aktivist_innen, Künstler_innen, Gruppen und Institutionen aufgerufen, sich an einem antirassistischen Reader mit eigenen oder geliebten alten Texten, Aktionsvorschlägen und kreativen Ideen zu beteiligen. Wo liegen die Schnittstellen zwischen antirassistischer Politik und euren Inhalten? Wo liegen linke, solidarische Perspektiven und Gegenentwürfe, wie kann Widerstand gelebt werden, wie kann unsere Stimme lauter werden? Egal ob hochtheoretisch oder auf dem Aktionslevel, es wird sich über zahlreiche Beiträge gefreut.
Die Beiträge für den Reader sollten nach Möglichkeit bis Ende März vorliegen. Ihr könnt sie - möglichst im Format Word oder rtf, Bilder im Format 150 dpi (Graphiken, Logos etc.) bis 300 dpi (Fotos) - an diese Adresse schicken:
camp08@kein.org. Der Reader wird in pdf -Format sein.

Wieso eigentlich Klimacampen?

Im Winter letzten Jahres wurde von einer Gruppe, die letzten Sommer auf dem "Camp for Climate Action" in Großbritannien waren, ein Aufruf veröffentlicht, der einen Prozess für ein deutsches Klimacamp anstoßen wollte. Dieser Aufruf blieb nicht ungehört und so befindet sich nun der Prozess für ein solches Camp für den Sommer diesen Jahres auf dem Weg. Der Prozess ist weiter offen für Ideen und Menschen. Auch wie das Ganze aussehen wird und wie groß und schlagkräftig dieses werden wird, ist weiter offen.
Dieser Text wird sich mit der Frage beschäftigen wieso das Ganze auch für eine radikale Linke ein Thema sein sollte. Es werden einige wichtige Punkte die in der Debatte, welche im Prozess um das Camp eine Rolle spielen, zusammengefasst. Ein größerer Teil der in dem Prozess aktiven Gruppen und Personen begreifen den Klimacamp-Prozess auch als ein Fortsetzung eines in Heiligendamm begonnen Bündnissprozesses. In der Kontinuität zur Gipfelmobilisierung zum G8 in Gleneagels hat sich auch in Großbritannien der Klimacamprozess entwickelt. In Großbritannien gab es jedoch auch schon vorher eine radikale Umweltbewegung und Gruppen die zum Thema Klima arbeiteten. Es ist Zeit, solch einen Prozess auch hier in Deutschland anzustoßen. Denn radikale, linke Positionen zum Thema Klima gibt es nicht, bzw. sie sind nicht sichtbar. Sichtbar sind, in einem von Medien, Politik und Teilen der Wirtschaft geprägten Diskurs, in der die Positionen der Umweltverbände meist nur in der Forderungen nach höheren Reduktionszielen und individualisierten Verzicht unterscheiden, nur Kapitalismus-reformistische Positionen.

Ein Klimacamp und der Prozess darum wird sich an der Frage messen müssen ob es geschafft wird in die herrschende Klimadebatte mit Systemkritik zu intervenieren. Denn es kann nicht darum gehen als "bessere Klimaschützer" darzustehen und höhere Reduktionsziele gefordert zu haben. Es besteht eben auch die Gefahr in einem medialen Korridor unterzugehen, in welchem eine nette Massenblockade vor einem Kohlekraftwerk mit der Forderung nach erneuerbaren Energien sich super auf Seite Eins der deutschen Tageszeitungen macht. Ein kritischer Umgang mit der Symbolik, die für ein solches Camp gewählt wird, ist deshalb, auch nach den Erfahrungen mit symbolträchtiger Politik in Heiligendamm, angebracht.
Das Herausarbeiten linksradikaler Positionen zum Thema Klima wird die Aufgabe dieses Prozesses sein. Ein Ziel dabei ist es, den Begriff Klimawandel neu zu besetzen. Es kann nicht darum gehen, übers Wetter zu reden und damit davon auszugehen, dass wir alle im selben Boot sitzen. Das hinter dem Klimawandel politische Konflikte um Energie und weltweite Verteilung von Wohlstand stehen, muss sichtbar werden. Denn die Folgen des Klimawandel treffen primär den globalen Süden, wo auf die Folgen des Klimawandels weniger flexibel reagiert werden kann.

Solange sich eine radikale Linke mit dem Klimawandel nicht beschäftigt, bietet dieses Politikfeld unwidersprochene Legetimationsgewinne für Politik und Wirtschaft. Diese können sich als handlungsfähig und an dem Wohl "Aller" interessiert darstellen. Merkel, die sogar Bush Zugeständnisse abringt, verschafft sich weltweit einen Ruf als Klimaschützerin und in Australien wurden vor kurzem mit der Klima-Thematik sogar die Wahlen gewonnen, um von Al Gore mal nicht zu sprechen. Worauf eine Klimapolitik unter den herrschenden Zuständen zusteuert, ist sicher nicht der ökonomische Kollaps nach einem Ende des fossillistischen Energieregimes, sondern ein Grüner Kapitalismus, in dem sich an den Produktionsverhältnissen und den weltweiten Ungleichheiten sicher nichts ändern wird.
Ein wichtiger Punkt in der Debatte um das Klimacamp, ist auch die Frage wie in einer Zeit, in der linke Politik ein Alles für Alle fordert, damit umgegangen wird, dass durch die Übernutzung von Flächen und fossilen Ressourcen unser Planet überstrapaziert wird. Hier gilt es Antworten zu finden die nicht in einer bürgerlichen Verzichtsdebatte enden, bei welcher die Nutzung von Transport und Gütern wieder am Geldbeutel hängt.

Die radikale Linke und auch die Hamburger "Szene" sollte aufpassen diesen Prozess nicht als "Öko" Thema rechts liegen zu lassen. Es bietet sich die Möglichkeit mit dem Thema eine radikale systemkritische Um-

weltbewegung wieder zu beleben. Eine Bewegung die es in den 90er Jahren im Umfeld des "Auftakt Kongresses" und der daraus enstandenen Jugendumweltbewegung schon mal gegeben hatte. Gerade auch im Hinblick auf die 2009 stattfinde Konferenz zur Unterzeichnung eines Kyoto nachfolge Protokolls in Kopenhagen wäre es wichtig dort mit einer Bewegung auftreten zu können, die nicht am Katzentisch sitzen will, sondern für die Blockade der Veranstaltung sorgt. Ob und wie ein Klimacamp aussehen wird, wird auch davon abhängen wie sich die radikale Linke über die Teils vorhandene Berührungsängste gegenüber Ökothemen hinweg in diesem Prozess einmischen wird.

Das Klimacamp wird diesen Sommer in Deutschland stattfinden, Ort und Zeit stehen noch nicht fest werden aber bald bekannt gegeben werden

Einige aus der Vorbereitungsgruppe

www.klimacamp.org
(hier finden sich unter Debatte auch viele interessante Artikel



Fight Capitalist War -Fight Capitalist Peace!

Bericht und Auswertung zu den Aktionen gegen die so genannte NATO-Sicherheitskonferenz (SiKo) in München vom 8.-10. Februar

Fight Capitalist War -Fight Capitalist Peace! Unter diesem Motto nahm dieses Jahr der Internationalistische Block an der Demonstration gegen die 44. Nato-Sicherheitskonferenz in München teil. Im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren gab es weder lokal noch bundesweit ein linksradikales Vorbereitungsbündnis, nur zwei öffentliche Stadtplenas in München im Vorfeld. Das spiegelte sich dann auch in den Vorbereitungen der Aktionen wider, die von einer vergleichsweise geringen Zahl von Aktivist_innen getragen wurden. Dennoch war der (schwarze) Block auf der Demonstration größer als in den vergangenen Jahren. An dem Aufzug vom Marienplatz zur Residenz, dem Ort des exklusiven Abendessens der Konferenzteilnehmer, beteiligten sich über 5000 Menschen (Polizei sprach von 3000, Teile der Veranstalter von 8000), darunter etliche Hundert im Black Block. Nach wochenlangem Streit mit der Stadtverwaltung und der Polizei um die Demonstrationsroute, zeitweise mit Streckenverbot, setzte sich das Aktionsbündnis gegen die Sicherheitskonferenz durch, und der direkte Weg mitten durch die nobelsten Teile der Münchner Fußgängerzone bis vor die Residenz wurde genehmigt. In der Praxis bedeutete dies allerdings, dass fast die gesamte Strecke mit Absperrgittern vor den Geschäften gesäumt war und ein Wanderkessel durch enges Polizeispalier gebildet wurde. Die Residenz wurde vor allem deswegen ins Visier genommen, weil dort jedes Jahr die so genannte "Friedensplakette" überreicht wird; eine Ehrung für Kriegsakteure, die der SiKo einen Frieden stiftenden Charakter verleihen soll. Dieses Jahr wurde ein kanadischer Soldat ausgezeichnet, der im Dienste der Nato mit Waffen Frieden stiftet. Allerdings fand die Zeremonie im kleinen Rahmen im Bayrischen Hof statt, um den Protesten zu entfliehen. Auf der Kundgebung des Demobündnisses wurde als Antwort darauf der Jahrespreis "Frieden durch Überzeugung" an einen amerikanischen Deserteur aus dem Irakkrieg vergeben.

Zudem wurden auf der Kundgebung Grußbotschaften mit der zeitgleich stattfindenden Demo gegen Repression in Bologna ausgetauscht und eine Erklärung von Axel, Olli und Florian verlesen, denen ein versuchter Brandanschlag auf Bundeswehrfahrzeuge angelastet wird. Zu ihrer Kriminalisierung erklären die Angeschuldigten:
"...Mit den Paragraphen 129 (a) und (b) soll ein innerer absoluter Feind konstruiert und bekämpft werden. Die Staatsmacht verfolgt nur ein Ziel: Den Widerstand gegen die herrschende Politik zu zerschlagen. Unsere Antwort ist die offensive unteilbare Solidarität miteinander und der gemeinsame Widerstand gegen Krieg, Folter und Terrror!"

Schon am Vortag gab es eine satirische Jubeldemo ("Join the White Block") mit 300 Leuten, die trotz geringerer Größe als in den Vorjahren starke Medienresonanz erzeugte. Am Abend gab es eine Kundgebung des Aktionsbündnisses auf dem Marienplatz. Die Polizei war von Donnerstag bis Sonntag mit starken Kräften und Unmengen von Fahrzeugen und Absperrgittern in der gesamten Innenstadt präsent. So entstand bei Passant_innen auch Abseits der Demonstrationen der Eindruck eines Ausnahmezustandes, der viel Kopfschütteln erzeugte.

Kurz und schmerzlos

Der Plan, sich mit der Mobilisierung auf das Abendprogramm (Verleihung der Friedensplakette und Abendgala in der Residenz) zu konzentrieren sorgte für Verwirrung. Die extrem kurze Route und der Wunsch, schnell möglichst nahe an die Residenz zu gelangen, führten zu einem zügigen Verlauf der Demo. Die Seitentransparente, per Auflage verboten, wurden daher erst auf den letzten Metern entrollt. Vor Ort waren die Erfolgschancen für eine Blockade extrem ungünstig, da klar war, dass weitere mögliche Zugangswege offen bleiben würden, weswegen der Versuch einer Blockade nicht unternommen wurde. Diese Einschätzung war aber vielen Angereisten nicht bewusst. Das Aktionsbündnis verzichtete bereits im Vorfeld auf eine offensive Mobilisierung zu Blockaden und rief stattdessen mit der irreführenden Parole "Wir stellen uns quer" zur Demo auf, ohne dass sie effektiv blockieren wollten.
Zwei auf die Residenz abgefeuerte Leuchtraketen stießen nicht nur unter den Demonstranten auf Begeisterung, auch in den Lokalzeitungen fanden sie ausreichend Beachtung. Überrascht zeigten sich viele Aktivist_innen davon, dass die Demonstration nicht brutal von der Polizei angegriffen wurde, wie es in den letzten Jahren fast schon zum Ritual geworden war.

Die Nachdemo

Im Anschluss an die Demonstration gab es noch einen Versuch, ohne Polizeispalier

durch die Einkaufsmeile Kaufingerstraße zu demonstrieren. Dies ging nur wenige hundert Meter gut, ehe von mehreren Seiten größere Polizeihorden anstürmten. Wer davonlief wurde in einen Kessel gedrängt. Aber viele, die ruhig auseinander gingen blieben unbehelligt. Es waren auch im Anschluss immer wieder Parolen zu hören, nach Ladenschluss allerdings leerte sich die Innenstadt recht schnell. Hier hätte der Treffpunkt für die Anschlussdemo früher gewählt werden sollen, um mehr Öffentlichkeit zu gewährleisten. Etwas mehr Flexibilität (entschieden weitergehen statt davonrennen, durchsickern statt sich im Pulk zu sammeln, etc.) im Auftreten gegenüber Bullen auf öffentlichen Plätzen mit Menschenmengen würde noch mehr Spielräume öffnen, die dann aber auch genutzt werden müssen. Viele Teilnehmer waren scheinbar so überrascht davon, einfach weitergehen zu können, dass sie komplett vergaßen, weiter zu rufen, geschweige denn andere Aktionen zu starten.
In der Nacht brannten dann noch vereinzelt Mülltonen in der Stadt und an der Kanzlei des Anwalts Seybold wurden Scheiben eingeschmissen und Farbbeutel an der Fassade hinterlassen. Die dauerhaft stationierte Polizeiwache vor dem benachbarten Konsulat der USA konnte nur tatenlos zusehen. Seybold veranstaltet jedes Jahr im Rahmen der SiKo ein privates Diner für Konferenzteilnehmer in dem Luxusrestaurant Käfer.

Auch in diesem Jahr gab es außerhalb Münchens Soliaktionen mit Bezug zur SiKo: Zwischen Husum und Kiel kam es in der Nacht auf Sonntag zu einer Ankettaktion, mit der ein Zug mit Kriegsmaterial und Fahrzeugen auf dem Weg zum Truppenübungsplatz Jägerbrück für einige Stunden gestoppt werden konnte. Die Züge verkehren dort eine Woche lang, um ein Manöver der Bundeswehr für die NATO-Response-Forces vorzubereiten. In Mannheim zogen 70 Kriegs- und Kapitalismusgegner_innen in einer spontanen Solidemo durch die Innenstadt.

Hinter den Türen

Die Eröffnung der Siko unter dem Motto "Frieden durch Dialog" durch den türkischen Ministerpräsidenten Tayip Erdogan sorgte nicht nur unter den zahlreichen kurdischen Demonstranten für Ärger; schließlich steht Erdogan für einen sehr eigenwilligen "Dialog" mit der kurdischen Minderheit. Dazu gehören die Bombardierungen kurdischer Dörfer im Nordirak, Verbotsdrohungen gegen kurdische Parteien und Repression gegen kurdische Medien, wie von der Föderation Kurdischer Vereine in Deutschland e.V. (YEK-KOM) kritisiert wurde.
Ansonsten bestimmte die Situation in Russland, dem Kosovo und vor allem Afghanistan die Konferenz. Die Skepsis über einen Erfolg des Afghanistaneinsatzes war selbst unter den Teilnehmer_innen der SiKo deutlich zu vernehmen. Aber trotz der handfesten Krise ist an ein Ende nicht zu denken. Die Bundesregierung verkündete eine Ausweitung ihres Kriegseinsatzes auf eine weitere Provinz im Westen Afghanistans und eine Aufstockung auf 5-6000 Soldaten.

Und Jetzt?

Der schrumpfende Vorbereitungskreis und die daraus erwachsene Überlastung der Gruppen in München sollte Antimilitaristen darüber nachdenken lassen, ob nicht bundesweit schon im Vorfeld mehr Beteiligung an den Planungen möglich wäre. Denn entgegen der Umzugsgerüchte im Vorfeld wird die SiKo der Isarmetropole auch 2009 erhalten bleiben, im Gegensatz zu Horst Teltschik, der seinen Posten als Ausrichter der SiKo an den Nagel hängt. Neben der Organisation von Bussen sollten verstärkt der Ablauf der Aktionen vor Ort bedacht werden und - wo es geht - konkrete Aufgaben übernommen werden.

Es gibt zu viele Bundeswehrfahrzeuge - Kriegslogistik sabotieren!

Was ist die Sicherheitskonferenz

Gegründet wurde die Konferenz 1962 als "Wehrkundetagung", ausgerichtet von Ewald von Kleist, einem ehemaligen Wehrmachtsoffizier, der entfernt dem konservativen Widerstandskreis vom 20.Juli 1944 angehörte. Somit stand er für militärische Tradition, war aber durch seine Verbindung zum Widerstand nicht in der Gefahr, als Ewiggestriger angesehen zu werden.

Später wurde die Tagung in "Konferenz für Sicherheit" umbenannt, aber nach wie vor treffen sich dort hochrangige Militärstrategen, Generäle und Rüstungsexperten sowie die Außen- und Verteidigungsminister der NATO und EU-Staaten und Vertreter der Waffenindustrie. Der informelle Rahmen bietet die Möglichkeit, lukrative Rüstungsgeschäfte zu tätigen, aber auch Raum, um Konflikte innerhalb der Militärbündnisse wie der Nato zu regeln (oder im Hinterzimmer Aktionen wie z.B. die Entführung des ehem. PKK-Vorsitzenden Öcalans aus Syrien vorzubereiten); und das ohne den Druck einer offiziellen Konferenz. Begeleitet wird das ganze Spektakel von einem großen Medienaufgebot. Formal wird die SiKo seit 1998 von der BMW-eigenen "Herbert-Quandt-Stiftung" ausgerichtet. Sie hat den Status einer privaten Veranstaltung, wird aber zu großen Teilen mit staatlichen Mitteln finanziert. So zahlte der Bund 2008 rund 840.000 Eur. Viel brisanter ist allerdings der Einsatz der Bundeswehr im Inneren, die mit 110 bewaffneten Soldaten das Hausrecht im Bayrischen Hof ausübten. Obwohl dieser eindeutig verfassungswidrige Einsatz seit Jahren praktiziert wird, wurde er dieses Jahr erstmalig in einer breiteren Öffentlichkeit skandalisiert. Die letzten 10 Jahre wurde die SiKo von Horst Teltschik - ehemaliger außenpolitischer Berater Helmut Kohls und Vorstandsmitglied des Rüstungskonzern Boeing -geleitet.

Sein Nachfolger wird Wolfgang Ischinger, der zuletzt als deutscher Botschafter in Großbritannien tätig war. Zuvor war Horst Teltschiks Wunschkandidat Politischer Direktor im Auswärtigen Amt, Staatssekretär und Botschafter der BRD in den USA und EU-Chefunterhändler im Kosovo.

Mehr Informationen unter www.no-nato.de

"Es regnet Kaviar ..."

Interaktives Stadtteilfest gegen Gentrification am 4/5.April auf St.Pauli

St. Pauli 2008: Kupferne Investorenarchitekturen wachsen in den Himmel, die Mieten steigen, es schneit Dividende. Ein medialer Gewaltdiskussions-Tsunami überschwemmt das Viertel. Radikal erweiterte Waffenverbote zielen auf die Kriminalisierung Jugendlicher. Überwachungskameras an jeder Ecke. Schon wird ernsthaft über ein Alkoholverbot im öffentlichen Raum nachgedacht. Dieunterschiedlichen Maßnahmen stehen im Zusammenhang: der Ruf nach Ordnung und gewaltsamer Durchsetzung von Ruhe und Mainstreamkultur korrrespondiert mit den Interessen von Immmobilienbesitzern und neuen Mittelschichten. Die an den Landesgrenzen wegfallenden Kontrollen werden im Inland wieder aufgebaut: die unter dem Vorwand der Verbrechensbekämpfung installierten Gesetzesverschärfungen lassen die bürgerlichen Rechte allgemein erodieren, insbesondere aber die eines ganzen Stadtteils. St. Pauli als Testgebiet für eine Zonierung der Stadt." (Aus einer der Einladungen zu den Vorbereitungstreffen)

Weil diese Umstrukturierung sehr viele und sehr unterschiedliche Leute betrifft, hat sich der Plan für ein Straßenfest am 4./5. April entwickelt, auf dem all diese Dinge diskutiert werden sollen.
Das ganze findet im Rahmen der internationalen Aktionstage am 11./12.April (http://april2008.squat.net/de/) für besetzte und autonome Räume statt - hat aber zum Teil andere Betonungen, die sich aus der Situation hier vor Ort ergeben. Uns geht es neben Freiräumen vor allem um Gentrificationprozesse und Vertreibung durch Umstrukturierungen, wie man sie in St.Pauli sehr deutlich sehen kann.
Der genaue Charakter der Aktionen hängt von der Gesamtheit unserer Aktivitäten ab, an denen wir gerade noch diskutieren und feilen. Die Ausrichtung der Gesamtaktion erfolgt als gemeinsamer Diskussionsprozess und soll nicht durch vorschnelle Veröffentlichungen festgeschrieben werden. Die verschiedenen Stimmen und Argumentationen der an den Vorbereitungen Beteiligten sollen erhalten bleiben. Wir beziehen uns aufeinander, aber die Aktionen können einen eigenständigen Charakter behalten. Klar ist aber, dass wir ein politisches Fest wollen, mit dem wir über einen netten Tag mit Nachbarn hinaus klare Akzente setzen. Das soll neben Plakaten und Flyern mit Transparenten an den beteiligten Projekten passieren, sowohl im Vorfeld als auch während der Aktionen und auch Jingles sollen einen gemeinsamen Rahmen vermitteln. Zentral sind Themen wie (Kamera-) Überwachung, Verdrängung und Gentrification. Im Vorfeld werden wir mit einer Pressekonferenz unsere Standpunkte kundtun, solidarisch, aber jeder mit seiner eigenen Stimme.

Was geht die Tage

Am Freitagabend, 4. April, vor dem Fest, wird es eine große Diskussionsveranstaltung zu Gentrification und Umstrukturierung mit kurzen Eröffnungsbeiträgen geben, um die Situation von unterschiedlichen Blickwinkeln her zu analysieren.

Am Samstag, den 5. April schließt sich dann ein Demorave (von Country bis Techno) und ein großes Fest an, das sich vom Hein-Köllisch-Platz über den Park Fiction bis an die und über die Hafenrandstraße, die Bernhard Nocht Straße und um die Hafenstraßenhäuser erstreckt.
Es wird verschiedene Areas mit unterschiedlichem Charakter (laut, leise, Kinderzone, Essenszone etc.) geben. Ein Bestandteil ist die Idee einer gemeinsamen Essenstafel, an der gemeinsam gegessen wird - ohne bezahlen zu müssen. Das Esssen wird von allen mitgebracht und darf nicht verkauft werden.

Viele Aktionen sind bereits in (konkreter) Planung, werden aber zum Teil erst bei dem Fest bekannt gegeben. So soll z.B. ein neues Wandbild in der Hafenstraße entstehen, das sich mit Gentrification, der Umstrukturierung des Viertels und dem Widerstand dagegen, aber auch mit Vorstellungen eines ganz anderen Zusammenlebens beschäftigt. Ideen dafür werden schon im Vorfeld gesammelt (können in der Hafenvokü abgegeben werden), können aber auch an dem Tag entwickelt werden. Die derzeitige Idee ist, dass die Vorschläge während des Festes öffentlich an eine Häuserwand projiziert werden und als Grundlage zur Entwicklun eines Bildes dienen sollen, das auch im Sommer noch realisiert werden soll.

Es werden sowohl die Entwicklungen der letzten Jahre auf St. Pauli analysiert und auch bereits gelaufene Aktionen in Filmen und Ausstellungen in Erinnerung gerufen.
Natürlich wird es auch ein breites Kinderprogramm, Flohmarkt und eine Konzertbühne sowie DJ's geben, deren Programm noch veröffentlicht wird.

Wer macht mit

Bisher umfasst der Vorbereitungskreis, u.a.: Vokü Hafenstraße, Störtebeker, GWA St. Pauli, Fanladen des FC-St.Pauli, Park Fiction, Hafenklang, Soziales Zentrum Norderstedt, Mujeres Sin Fronteras, Schwule Baustelle, Golden Pudel Klub, Wohnprojekt Plan-B, Wagenbewohnerinnen, Hedonistische Internationale, Kein Mensch ist Illegal, St. Pauli Archiv, St. Pauli Kirche, Wohnprojekt Parkhaus, Einzelpersonen.
Angefragt werden/wurden bzw. Interesse bekundet haben: Abenteuerspielplatz am Brunnenhof, Café mit Herz, Avanti, Wohnprojekt Marktstraße, Ganztagsschule St. Pauli, Buttclub und einige mehr.

Der Erfolg des Stadtteilfestes und sein politischer Charakter hängen stark von der Beteiligung anderer Gruppen und Einzelpersonen ab. Wenn Ihr interessiert seid, könnt ihr euch gerne der Vorbereitung anschließen oder einfach eigene Aktionen planen. Die nächsten Vorbereitungstreffen könnt ihr über st-pauli-strassenfest@safe-mail.net erfahren. Es geht aber nicht nur darum, ein (einmaliges) Straßenfest zu veranstalten. Innerhalb des Vorbereitungskreises gibt es einen regen Austausch über Umstrukturierung und Gentrification und das gemeinsame Straßenfest gibt uns die Möglichkeit, einander (wieder) besser kennen zu lernen und damit den Grundstein für weitere gemeinsame Interventionen zu legen.

Trotz der Gefahr, durch ein Straßenfest selbst Teil der Gentrifizierung zu sein, bleibt es für uns der (vorerst) beste Ansatz, um mit vielen Menschen aus unserer Umgebung in einen Austausch zu treten und Widerstand gegen Umstrukturierung zu entwickeln.

Beteiligt euch - sagt es weiter - feiert mit - macht Aktionen!



Schöner wohnen versus Wagenplätze?

Ein altbekanntes Thema: Ende 2002 wurde der Hamburger Wagenplatz Bambule geräumt und es formierte sich zum bislang letzten Mal eine große bundesweite Protestbewegung zur Thematik Wagenleben, die auch Teile des bürgerlichen Spektrums mit einbeziehen konnte.
Damals gelang es trotz allem nicht, die Räumung zu verhindern oder ein Ersatzgrundstück durchzusetzen. Auch die langfristige Wirkung der Auseinandersetzungen dieser Zeit ist ambivalent zu beurteilen, denn nur zwei Jahre später konnte das Wendebekken in Hamburg-Barmbek, diesmal ohne den ehemaligen Innensenator Schill, und ohne große Anteilnahme, geräumt werden. Jedoch blieb die Räumung der Henriette Anfang 2004 aus, und es gab nach dem Wendebecken keine weiteren Räumungen. Doch 2005 musste der Wagenplatz in der Hafenstraße dem linken Wohnprojekt Plan-B weichen.
Plan-B entstand, um zusammen mit der Hafengenossenschaft die "Freifläche" zu kaufen, auf der sich zu der Zeit noch der Wagenplatz befand. Die Fläche zwischen den Hafenhäusern stand zum Verkauf aus, da das Nutzungsrecht gegenüber der Stadt ausgelaufen war und das Vorkaufsrecht der Genossenschaft nur bis 2004 Bestand hatte.
Die Alternative zum heutigen PlanB wären standardisierte Mietshäuser der GWG gewesen, welche ihr Interesse an den Grundstücken schon bekundet hatte und beide komplett bebauen wollte.
So konnte durch das Entstehen des Plan-B-Projekts verhindert werden, dass ein weiterer städtischer, profitorientierter Vorzeigewohnklotz mit Hausmeister_in und Vermieter_innen-Stress geschaffen wurde. Dafür entstand ein neuer unkommerzieller, selbstverwalteter Wohnraum für rund vierzig Menschen, der Wagenplatz jedoch verschwand sang- und klanglos zwischen Umstrukturierung und alternativem "schöner wohnen".
So nahm in diesem Fall nicht die Stadt die Position ein, den Wagenplatz zu räumen, sondern PlanB forderte die Wagenbewohner_innen auf, dem Neubau zu weichen. Es kam zum ruhigsten Verschwinden eines Platzes der letzten Jahre in Hamburg.
Um die Baugenehmigung für den Neubau zu bekommen, musste die Hafenstrassengenossenschaft einen Vertrag unterzeichnen, vorallem auf Dringen des Bezirks Mitte, und speziell der SPD. Dieser Vertrag verpflichtet die Genossenschaft dafür zu sorgen, dass keine Nebenanlagen, keine Stellplätze - also auch keine Bauwägen mehr - auf dem Grundstück Platz finden. Mit Hilfe dieses Vertrags, der die Androhung eines Zwangsgeldes bei Verstoß gegen ihn beinhaltet, überträgt die Stadt die juristische Verantwortung, einen neuen Wagenplatz zu unterbinden, an die Hafenstrassengenossenschaft.
Die Stadt als Akteurin verschwindet aus dem Blickfeld und folglich entsteht für Außenstehende das Bild, dass das Verschwinden des Hafenstraßen-Wagenplatzes aus einer quasi "natürlichen" Stadtteilentwicklung hervorgeht. Diese Entwicklung jedoch ist selbstverständlich (wie z.B. der erwähnte Vertrag zeigt) von der Stadt gewollt und geplant. Ziel ist ein sauberes und schönes Sankt Pauli mit tourismuskompatiblem, alternativem Flair und einer geschlossenen, repräsentativen Fassade der Hafenstraße ohne Wagenplätze am Hafenrand.

So werden die Bewohner_innen der Hafenstraße und Plan-Bs, entgegen ihrer Bestrebungen, selbstbestimmtere Wohnformen zu schaffen, dazu gedrängt, andere alternative Wohnformen wie das Leben im Wagen am Hafen zu verhindern.

Ob diese fremdbestimmten Grenzen alternativen Wohnens akzeptiert werden, ist aber immer noch eine Entscheidung der Bewohner_innen.



Diskussionspapier zur Debatte um Klimawandel, KlimaAktionsCamp

und warum sich die radikale Linke da einmischen sollte (Teil 1)

Wir wollen hier einen Beitrag zur Diskussion im Vorfeld des Klimacamps leisten. Dazu gehen wir zuerst auf die Veränderungen in der Energieversorgung in der kapitalistischen Entwicklung ein. Anschließend erklären wir, warum die Klimadebatte mit der sozialen Frage verknüpft ist.
Im nächsten Abschnitt wollen wir den Glauben an die herrschende Wissenschaft zerstören. Dann beschäftigen wir uns kurz mit den Folgen des Klimawandels auf die weltweiten Migrationsbewegungen. Nicht wegzudenken beim Thema Klimawandel sind die Nichtregierungsorganisationen (engl. Non-Goverment Organizations NGOs). Deshalb sehen wir uns gezwungen auf ihre Rolle einzugehen und sie zu kritisieren. Und ganz zum Schluss eine ganz kurze Skizze von dem wo wir mal hinwollen. Viel Spaß beim Lesen!

Alle reden vom Wetter ? wir nicht

Mit dem Klima scheint es ein Problem zu geben. Zumindest wird das von verschiedenen Seiten betont, in aufwendigen Kinofilmen, auf internationalen Konferenzen, in den Medien sowieso. Es gibt da also das Klimaproblem, manche sprechen sogar von der Klimakatastrophe, und WIR ALLE müssen handeln. Am besten natürlich sofort sonst geht die Welt unter. Das einige Leute und Kapitalfraktionen der Zeit hinterher hinken und die Dramatik der Lage nicht verstehen wollen, kann eine_n da natürlich zur Verzweiflung treiben.

Das Problem, wenn mensch den Klimawandel bzw. die Klimakatastrophe in diesem Maße als Faktum voraussetzt, ist das dadurch erzeugte Bild: Wir sitzen alle im gleichen Boot. Was für ein Quatsch. Im Gegensatz zu dieser vereinheitlichenden Sichtweise ist es vielleicht gewinnbringender, von politischen Konflikten um die Deutungshoheit in Sachen Klimawandel und Energiepolitik auszugehen. Und wichtiger noch und daran geknüpft, von unterschiedlichen Interessen, von gesellschaftlichen Macht- und Herrschaftsverhältnissen.

Kapitalismus und (Energie-)Ressourcen

Die Verfügungsgewalt des Kapitals über die Produktionsmittel und damit auch der Zugriff auf (Energie-) Ressourcen ist wohl in jeder kapitalistischen Formation von zentraler Bedeutung. Die Zerstörung von Natur ist dabei schlichtweg notwendig, sie kann nicht durch Effizienz und Nachhaltigkeit ?weggelassen werden?. Wir kommen darauf zurück, im Folgenden soll erstmal versucht werden, historisch unterscheidbare kapitalistische Produktionsmodelle skizzenhaft zu vergleichen. Wir interessieren uns vor allem für das Energiesystem und für regionale bzw. globale Ressourcen- und Warenströme. Damit soll die zentrale Bedeutung des Themenfeldes Energie im Kapitalismus sowie daran geknüpft die langfristige Verschiebung von Kräfteverhältnissen beleuchtet werden.
Frühe kapitalistische Formationen beruhten hinsichtlich ihrer Energieressourcen auf nachwachsenden Rohstoffen. Die Produktion war damit örtlich und zeitlich an die Ressource Holz gebunden. Das war hinsichtlich der Produktionsabläufe einigermaßen unpraktisch, weil das Kapital an bestimmte (waldreiche) Regionen gebunden war. Auch die vorherrschende Lebensweise kann aus heutiger Sicht als unpraktisch bezeichnet werden. Der Reproduktionsbereich war noch nicht dem Kapitalkreislauf untergeordnet, Subsistenzwirtschaft spielte eine entscheidende Rolle. Das bedeutet u.a., dass der Bereich der Nahrungsmittelproduktion in weiten Teilen nicht über den kapitalistischen Markt organisiert war. Natur wurde also zumindest teilweise noch nicht als Ware angesehen.
Dieses Energiesystem stieß im Rahmen der gesellschaftlichen Transformation zum Fordismus schnell an Grenzen. Mit Fordismus bezeichnen wir ein Modell der Herrschaftssicherung, eine Art und Weise, kapitalistische Gesellschaften zu regulieren, zu stabilisieren. Mit dem Fordismus waren bis in die 1970er Jahre verschiedene Institutionen, Normen und Leitbilder verbunden: Das fordistische Produktionsmodell bedeutete vor allem die Massenproduktion von Konsumgütern. Die Arbeiter_innen wurden durch hohe Lohnzuwächse und die Beteiligung am Konsum integriert, ihre Organisation an den runden Tischen der Sozialpartnerschaft gezähmt. Subsistenzwirtschaft wird mehr und mehr vollständig verdrängt. Produktion und Reproduktion sind (im globalen Norden) fast ausschließlich über den kapitalistischen Markt organisiert.

Die Fabrik kann als Ikone dieser Zeit angesehen werden. Neben der ?wissenschaftlichen Optimierung der Arbeitsorganisation eine rigidere Kontrolle der Arbeiter_innen durch die Bosse und das Reduzieren ihrer Tätigkeit auf ein Anhängsel der Maschine war hierbei vor allem ein anderes Energiesystem nötig, weil nachwachsende Rohstoffe den immensen Energiehunger der Produktion nicht ansatzweise stillen konnten. Das fordistische Energiesystem beruhte deshalb vor allem auf fossilen Brennstoffen und der Atomenergie. Fossile und nukleare Energieträger sind vergleichsweise leicht zu transportieren. Sie haben für den Produktionsprozess den Vorteil einer größeren räumlichen und zeitlichen Unabhängigkeit, was dem kapitalistischen Drang zu Expansion und Beschleunigung zugute kommt. Der Kapitalismus wird also nuklear undfossilistisch.
An dieser Stelle kommen auch hinsichtlich des Energiesystems die globalen Warenströme ins Spiel. Einerseits dadurch, dass riesige Mengen Öl, Kohle und Uran in die kapitalistischen Zentren transportiert werden, andererseits durch den Transport von Gütern und von in Ware transformierte Natur, also bspw. Kaffee oder Soja. Alleine für diesen Transport sindimmense Mengen Energie nötig. Die globalen Warenströme haben eine ganz bestimmte Richtung, sie fließen vom Süden in den Norden, aus der Peripherie in die Zentren. Das fordistische Energiesystem beruht auf bereits bestehender, auf kolonialer Herrschaft fußender Ungleichheit, indem der Zugang zu Öl und Uran in der Regel über den Energiemarkt geregelt wird. Nicht alle Gesellschaften können hier mit Einkommen und Vermögen mithalten, eine direkte Folge kolonialer Herrschaft.
Nun, mittlerweile haben wir Postfordismus. Das heißt keinesfalls, dass sich an globalen Herrschaftsstrukturen etwas grundlegendes geändert hat. Wenn wir das Energiesystem betrachten, gibt es aber seit den 1970er Jahren eine Diskussion über die ?Grenzen des Wachstums?, darüber, dass das fordistische Energiesystem nicht nachhhaltig sei. Das ist es auch nicht, Nachhaltigkeit war nie ein Anspruch, der mit der fordistisch-imperialen ?wir nehmen uns das, was uns zusteht?-Mentalität verbunden war.
Aber heute ist das wie eingangs erwähnt anders. Nicht zuletzt soziale Bewegungen wie die Ökologie- und Anti-Atom-Bewegung haben seit den 1970er Jahren bewirkt, dass die Konsequenzen des Fabrikregimes Naturzerstörung, Luftverschmutzung, aber auch die Reduzierung der Arbeiter_innen auf Rädchen der Maschine öffentlich bekannt und skandalisiert wurden. Die Endlichkeit der Ressourcen Kohle, Öl und Uran, die ökologischen Katastrophen, die

mit einem weiter so interessierter Öl- oder Atomkonzerne verbunden sind bzw. wären? das alles ist nichts, worüber mensch großartig streiten müsste.
Das Fabrikregime mit seinen immensen Verbrauch hat sich in den letzten Jahren modernisiert und wird sich weiter modernisieren. Aus der Ikone der schwerfälligen Fabrik wurde der global vernetzte, schlanke Konzern, der im Krieg der Standorte flexibel reagiert. Diese Ikone bereitet dem global sourcing den Weg, das Kapital hat neue Möglichkeiten, auf Arbeitskräfte und Ressourcen flexibel zuzugreifen. Sie beziehen sich dabei flexibler auf ?ihren? Staat und versuchen durch die Diskussion um Standorte die neoliberale Politik der Deregulierung zu forcieren. Die Kräfteverhältnisse haben sich hierbei massiv verschoben ? zu Gunsten des Kapitals. Gleichzeitig war die Kritik von sozialen Bewegungen innerhalb dieser Transformation ein zentraler Faktor. Sie wurde nach und nach integriert, einzelne Forderungen ver-rückt, d.h. teilweise aufgegriffen und entpolitisiert. Innerhalb heutiger Kräfteverhältnisse ist es etwas vollkommen anderes, für bspw. Windparks zu streiten. Vor dreißig Jahren innerhalb der energiepolitischen Diskussion geäußert, war eine solche Position gegen das monströse fordistische Energiesystem als ein zentrales Projekt gerichtet, heute liegt sie im Mainstream. Wie gesagt. Ein Streit um effiziente Energienutzung ist für eine linke-Bewegung politisch nicht ungefährlich, wenn es dabei auch um Emanzipation und Befreiung gehen soll.

Fortsetzung in der nächsten Ausgabe.

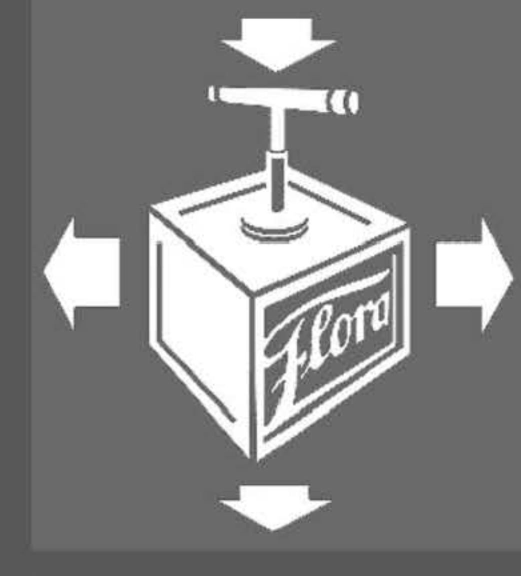
Dokumentation:

In der Nacht vom 17.02. auf den 18.02. haben wir bei 6 Funktionären in Hamburg

Archibald Felsch, Vogesenstr. 12
Franz Senftleben, Saselherg 12b
Günther Schlemer, Trommelstr. 27
Helmut Dörlitz, Wexstr. 26
Manfred Beyer, Bachstr. 101
Oswald Dannenberg, Windloh 8

der faschistischen DVU unseren Widerstand gegen deren Umtriebe zum Ausdruck gebracht.
Die DVU ist die extreme Ausprägung des rassistischen Grundkonsenses und law & order Mentalität mit ihrer Anti-Moschee-Kampagne knüpfen DVU und NPD direkt an die von den etablierten Parteien geschürten Ressentiments an, welche die rassistischen Ausfälle der DVU und NPD nutzen um ihre Sicherheits- und Ordnungspolik weiter zu verschärfen (Kasernierung von Flüchtlingen in Lagern, Knast für Jugendliche).
DVU und NPD sind durch ihre extreme Propaganda Stichwortgeber fur zahlreiche Überfalle. Nachdem sich DVU und NPD im "Deutschandpakt" geeinigt haben nicht gegeneinander bei Wahlen anzutreten sondern im gegenteil sich gegenseitig zu unterstützen, droht der Einzug der DVU in diverse Bezirksparlamente.

Dem braunen Mob offensiv entgegentreten!
Verhindert den Naziumzug am 1.Mai in Barmbeck! No Nation/No Border/Fight The System



Rote Flora im März

Fr 07.03. Infoveranstaltung: Blankenburg révolté
Vortrag zum Widerstand der Bewohner_Innen des Abschiebelagers Blankenburg Infoveranstaltung im Rahmen der antirassistischen Informations- und Aktionsreihe „Jenseits der Grenzen“
Veranstalter_In: antirassistisches Plenum Oldenburg/Blankenburg
anschl. Konzert/Party: NO BORDER - NO NATION!
Antira-Soli-Konzert-Tanz-Party Abschluss der Info/Aktionsreihe „Jenseits der Grenzen“ 18 Uhr

Di 11.03. Konzert:
Ein Radio Gagarin-Konzert
mit: Griefer, Brutophilia (beide Canada) und Rainer Deutschmann und seinen Freunden (alle HH). 21Uhr

Sa 15.03. Party
Braincore- eure ohren werden heute durchgepustet von:
TOTMACHA, VOLTAIK, WHODINI, THE NEODYM
IGOA und BOOT-SECTOR-VIRUZ. 23 Uhr

Mo 17.03. Konzert:
HC/Punk – Show: Press Gang (punk aus münster - mit neuer platte) Circle Kit (polit Hc aus berlin) circlekit.blogsport.de Out Come The Wolf (early 80s Hc - Barcelona) 21 Uhr

Mi 19.03. Konzert:
Sinaloa/ Daniel Stripped Tiger 21 Uhr

Do, 20.03. Konzert:
Undressed Army (Punk-Ruhrpott), Sidetracked (Punk/Hardcore-Dortmund) 21 Uhr

Sa 22.03. Konzert:
Rollergirls (Screamo-Darmstadt), Radiator 865 (fröhlicher Überpunk-Hamburg) 21Uhr

So 23.03. Konzert:
Bomb Legère, Kaputt Krauts, Mikrokosmos 23. 21 Uhr

Mi 26.03. Konzert:
HC/ Punk-Show: GOODBYE SWEET HALO (melodischer Hc/ Punk) & ZERO HERO (TRashcore), & GIROLAMO´S WALK (mid90s emo/screamo) 20 Uhr

Do 27.03. Konzert:
Radio Gagarin improvisiert: Crank Sturgeon (Improvnoise / USA, www.cranksturgeon.com), Transindustrielles Toyorchester (Improvspielzeugnoise / Hamburg.), Sylvianecker & Gunnar (Improvnoise / Hamburg). Crank Sturgeon (US) mischt junk sound, faux pas, actionist ethos (act-shun pathos), fisch kopf psychedelia, non-art-performance-art und trägt unpraktische Kostüme. 21 Uhr

Fr 28.03. Party:
rotzige beatz + hedonistische internationale feiern zusammen...
techno dubstep drum n bass. 24 Uhr

Mo 31.03. nach der demo ist vor der demo
Teil II: Diskussion zu perspektiven in der autonomenLinken.
19. 30 Uhr

15.03. Aktionstag gegen Polizeiwillkür

12 Uhr St. Georg/HBF:
Polizeigewalt gegen Drogenkonsument_innen stoppen!
Infos und Aktion.

14.30 Uhr Schanzenpark am Turm
Gegen Platzverweise und Aufenthaltsverbote

16 Uhr Polizeiwache 16 (Lerchenwache)
Kundgebung gegen repression und Polizeigesetz (SOG)

Regelmässige Termine
Montag: Kochsession veganes Essen ab 19 Uhr (Essen ab 21 Uhr); Offene Motorradwerkstatt - schrauben und klönen ab 17 Uhr; Fahrrad Selbsthilfe Werkstatt 18.30 -21 Uhr; Archiv der Sozialen Bewegungen 15 - 20 Uhr (Tel. 433007);
Flora Baugruppe 19 Uhr im Bauraum
Dienstag: Dubcafé 19 - 23 Uhr
Mittwoch: artcafé - Café wie es euch gefällt ab 20 Uhr
Donnerstag: Kochkollektiv veganes Essen ab 19 Uhr